

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 4. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Ein Vorspiel zum französischen Parteitag.

Paris, 30. Januar. (Fig. Ver.)

Der Parteitag der französischen Sozialisten, der in der kommenden Woche in Nîmes tagen wird, findet eine ziemlich komplizierte, ja konfuse Situation vor. Vor allem sind es zwei Fragen, die in der Partei eine mehrfache Spaltung der Meinungen hervorgerufen haben. Die Frage der Stichwahltaktik, die von früher her zu den unstrittigsten Gegenständen des Parteilebens gehörte, ist diesmal durch die aktuell gewordene Frage des Proportionalwahlrechts noch verwickelter geworden. Gab es ehemals für sie drei Lösungsvorschläge: die Aufrechterhaltung aller Kandidaturen im zweiten Wahlgang, die Unterstreichung der im ersten Wahlgang begünstigten bürgerlichen Kandidaten, deren Wahl im Interesse der sozialen Republik und des Proletariats lag (diese Auffassung ist in der bisher maßgebenden Resolution von Chalons ausgesprochen) und die unbedingte Unterstützung des einen Vorkämpfers der bürgerlichen Republikaner gegen den „Reaktionär“ (die sogenannte „republikanische Solidarität“), so kommt diesmal noch das Eintreten für den Anhänger des Proporzess in Betracht, wobei wiederum zwei Auffassungen zutage treten, je nachdem diese Unterstützung nur Links-Republikanern oder auch „Reaktionären“, d. h. Monarchisten, Nationalisten und „Liberalen“ gewährt werden soll.

In der Seine-Föderation, die von jeher eine Musterart aller Nuancen des französischen Sozialismus darstellt, sind diese verschiedenen Richtungen auf dem vor vierzehn Tagen einberufenen Kongress heftig aufeinander geprallt. Die endlose Geschäftsordnungsdebatte, worin sich die fortgeschrittene Desorganisation kund gab, machte aber überhaupt jede gedeihliche Diskussion unmöglich, und es blieb nichts übrig, als alle Fragen der Tagesordnung der Beratung in einer Kommission zu überweisen. Auf diese Art war es dann möglich, am letzten Sonntag in einer zweiten Versammlung des Kongresses die Beschlussfassung herbeizuführen.

In der Frage der Wahltaktik erhielt keine der vorgeschlagenen Resolutionen die absolute Mehrheit. Es wurden abgegeben:

123 Stimmen für die Resolution Langer. Sie fordert den Rücktritt der sozialistischen Kandidaten, wenn die im ersten Wahlgang erhaltene Stimmziffer die Aufrechterhaltung nicht gestattet. Die Motivierung lehnt sich an die Resolution von Chalons an.

65 Stimmen für die Resolution Jobert. Sie fordert unbedingte Aufrechterhaltung der Kandidatur mit „insurrektioneller“ Motivierung. Jobert will „die Wahlen sabotieren, weil die Wahlen die sozialistische Doktrin sabotieren.“ In Wirklichkeit steht also die Sache so, daß die Insurrektionellen Antiparlamentarier sind, aber gleichwohl in die Wahlagitation eingreifen, um der Propaganda willen, wie sie sagen, aber auch, um nicht formell zu den von der sozialistischen Internationale auf ihren Kongressen beschlossenen Zulassungsbedingungen in Widerspruch zu geraten. Für Jobert sind alle Parlamentarier — „Schuste“ — also auch die sozialistischen. Die Wahlagitation soll also nicht ihre Wahl fördern, sondern die Wähler mit Mißtrauen gegen jede Demokratie, auch die sozialistische erfüllen. „Sabotiert“ wird bei diesem Verfahren in erster Linie die sozialistische Organisation.

46 Stimmen für die Resolution Ducreux. Auch sie fordert Aufrechterhaltung der Kandidaturen im zweiten Wahlgang, aber unter Anerkennung der Notwendigkeit der parlamentarischen Aktion. Die sozialistische Kandidatur soll bis zum Schluß den unüberbrückbaren Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien zur Geltung bringen.

60 Stimmen für die Resolution Poncet, die den Föderationen die Bestimmung der Taktik freigibt, aber sie gleichzeitig auffordert, die sozialistische Kandidatur zugunsten des im ersten Wahlgang begünstigten Anhängers des Proporzess ohne Rücksicht auf seine Parteistellung zurückzuführen.

Diese Abstimmung wurde als Schlüssel für die Aufteilung der 25 Mandate für den Parteitag angenommen. Zu den Delegierten der ersten Gruppe (Resolution Langer) gehören die Genossen Bailant, Sembat, Groussier, Dubrenilh und andere. Zur zweiten Gruppe Frau Dr. Pelletier, der Redakteur der „Guerre Sociale“ Perreau, der gemäßigtere Postbeamte Chastanet. Zur dritten der Querschnitt Cambier.

Die zweite Hauptfrage, die der Altersversicherung, wurde in gleicher Weise erledigt. Hier lagen fünf Resolutionen vor und wiederum fand keine die Mehrheit des Kongresses.

Die erste sagt: Die sozialistischen Deputierten sollen für die Vorlage stimmen und alle Kraft aufwenden, das Gesetz zu verbessern. Sie erhielt 99 Stimmen.

Die zweite: Die Fraktion kann nicht für ein Gesetz stimmen, das der arbeitenden Klasse keine Bürgerschaft gibt. Sie bekam 81 Stimmen.

Die dritte: Die Deputierten, die den Fehler begangen haben, das Gesetz das erste mal zu bewilligen, sollen es bekämpfen und ablehnen. (Bekanntlich war das Gesetz, für das die Fraktion in der letzten Kammer gestimmt hat, sehr verschieden von dem Projekt, das aus der Garküche des Senats herauskommen wird. Aber es basierte die Versicherung gleichfalls auf die Kapitalisation und ein großer Teil der französischen Genossen hat sich mit der Mehrheit der Arbeitskonföderation in einen merkwürdigen Fanatismus für das Umlageverfahren verrannt. Ann. d. Ver.). Die Resolution erhielt 74 Stimmen.

Die vierte: Ohne den Deputierten ihr Verhalten vorzuschreiben, beauftragt der Parteitag die verschiedenen Organe der Partei, sofort im Lande eine Kampagne für die Abänderung des Gesetzes in dem von der Arbeitskonföderation angegebenen Sinne zu beginnen. Die Resolution fand 7 Stimmen.

Die fünfte: Die Partei erklärt, daß sie in den eigentlichen Arbeiterfragen strikte den Anweisungen der C. G. T. folgen soll, die der wesentliche Organismus der Arbeiterklasse ist. Sie erhielt 13 Stimmen.

Von den Ausführungen der Referenten ist das vom Insurrektionellen Moric bei der Begründung der dritten Resolution vorgebrachte Argument, daß die Partei sich nicht in Gegensatz zur Arbeitskonföderation bringen dürfe, sehr charakteristisch. Als es sich auf dem Parteitag in Nîmes darum handelte, das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft prinzipiell zu klären, waren es gerade die Syndikalisten und die damals mit ihnen noch intim vereinigten Herosisten, die den Gedanken jeder Vereinbarung der beiden proletarischen Organismen auf das heftigste zurückwiesen. Jetzt soll ihre „Autonomie“ den Sinn haben, daß die sozialistische Partei ihre Selbstbestimmung an die von Anarchisten durchgeführten Gewerkschaften, genauer: an ihre Scheinmajorität dahingeben soll. Die Zumutung ist umso sonderbarer, als die Beschlüsse der Konföderation die Gewerkschaften selbst nicht binden, so daß die sozialistische Partei zu der Vorstandsmehrheit der Konföderation in einem stärkeren Abhängigkeitsverhältnis stünde als die konföderierten Verbände. Im übrigen veröffentlicht die „Action Ouvrière“, das Organ der reformistischen Gewerkschaften, soeben ein Manifest, das die vorbereitete Altersversicherung bei aller Hervorhebung ihrer schweren Mängel doch für besser erklärt als den bisherigen Zustand. Das Manifest ist u. a. von den Sekretären der Mechaniker, Buchdrucker, Handelshelfen und Lithographen, ferner vom Eisenbahner Guérard unterzeichnet. Wenn also auf dem Föderationskongress geltend gemacht wurde, daß die Zustimmung zum Gesetz die der Partei angehörenden Gewerkschaften in einen inneren Konflikt bringe, so könnte dieses für die reformistischen Gewerkschaften gerade von der Ablehnung gelten. In Wirklichkeit sind für die sicher diskutierbare Entscheidung über die Taktik der Partei in der Versicherungsfrage andere Argumente in Betracht zu ziehen, als die ohne Vorbereitung und Studium beschlossene Meinungsäußerung des von politischen Absichten mehr oder minder verkappter Anarchisten beeinflussten Konföderationsvorstandes. Es ist einigermaßen verwunderlich, daß dieses Argument auch von Parteigenossen ins Feld geführt wird, die sonst mit Eifer dagegen gekämpft haben, daß die Partei ein Schwanz der Konföderation werde.

## Die Sozialdemokratie und die Dernburgische Kolonialpolitik.

Am Schluß der Dienstag-Sitzung hatte Herr Dernburg sich an der Sozialdemokratie zu reiben versucht, indem er behauptete, in der Sozialdemokratie sei eine Strömung vorhanden, die seiner Auffassung von der Kolonialpolitik zuneige; in Leipzig habe man schon „gar nicht mehr von der Kolonialpolitik zu reden gewagt“! Die Ablehnung des Kolonialrats durch die Sozialdemokratie komme ihm so vor wie das Verhalten eines Mannes, der hinten auf einem Bogen sitzend den Vorteil des Fahrens ausnützt, aber wenn es ans Bezahlen geht, abspringt und sich seitwärts in die Büsche schlägt! Diesen geistvollen Vergleich übertrumpfte er zum Schluß noch dadurch, daß er seine Kolonialpolitik mit dem Eindringen Karls des Großen in das Sachsenland in Vergleich stellte.

Zunächst antwortete darauf der von Dernburg direkt angegriffene Genosse Roste. Er stellte fest, daß auf dem Parteitag in Leipzig deshalb über Kolonialpolitik nicht gesprochen worden ist, weil niemand die grundsätzlich ablehnende Haltung der Fraktion angegriffen habe. Dieses Schweigen fährt also genau zu dem umgekehrten Schluß! Ebenso unglücklich ist, wie Roste weiter ausführt, Dernburgs Beispiel von der Kutsche. Die deutschen Proletarier werden zum Zahlen gezwungen, dafür daß einige Kapitalisten den Vorteil haben, in der Kutsche zu fahren! Karl der Große aber hat im Sachsenlande die grausamste Ausrottungsstrategie getrieben, und das deutsche Volk hätte zu seiner Entwicklung nicht einer solchen Eroberungsbarbarei bedurft.

Roste ging auch noch auf die Verteidigung der Aufsichtsratspolitik durch den General v. Siebert ein, indem er im

Sinne früherer Ausführungen von unserer Seite bekräftigte, daß wir es für sehr bedenklich halten, wenn ein Abgeordneter seinen Namen als Vorkämpfer für koloniale Gründungsprojekte hergibt.

Das verfehte den freisinnigen Abg. Soller mächtig in Erregung. Er meinte, die Sozialdemokraten wollten es wohl den Abgeordneten verwehren, sich in den Kolonien selbst zu betätigen. Herr Erzberger dagegen gab bis einem gewissen Grade der sozialdemokratischen Auffassung recht, indem er meinte: in wie weit ein Abgeordneter die Beteiligung an kolonialen Gründungen in seiner Tätigkeit im Reichstag vereinen dürfe, das sei wesentlich eine Frage des Taktes.

Der Staatssekretär Dernburg wiederholte einfach seine Behauptung, daß die Sozialdemokratie wegen der Abstimmungen zugunsten der Regierungsauffassung in bestimmten Einzelfragen sich kolonialfreundlicher stelle als früher. Das bleibe, so meint Dernburg, aber nur eine platonische Freundschaft, so lange sie nicht auch die geforderten Mittel bewillige.

Hierauf erwiderte Genosse Ledebour, daß Dernburg offenbar ebenso wenig den sozialdemokratischen Standpunkt begreifen könne wie Dr. Trendt und andere Politiker dieses Schlags. Von jeher sei in einzelnen Fragen die Sozialdemokratie für Regierungsforderungen eingetreten, unbeschadet der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die kapitalistische Kolonialpolitik. Bei der Zurückweisung der Angriffe der Ueberzudachter Bürger auf die Diamantpolitik Dernburgs habe sich die Budgetkommission und mit ihr die Sozialdemokratie in der Lage eines Richterkollegiums befunden, das nur nach Recht und Gerechtigkeit urteilen dürfe. Wer nicht verstehe, daß die Sozialdemokratie auch einem Gegner gegenüber Gerechtigkeit liebe, ohne dadurch dessen politischen Rechtslagen entgegenzukommen, der zeige dadurch nur, daß er — gleich dem Reichsverbande zur Bekämpfung der Sozialdemokratie — einem politischen Gegner gegenüber jedes, auch das schäblichste Mittel für geboten halte.

Was die Aufsichtsratspolitik anbetrifft, so betonte Ledebour: Die Sozialdemokratie vermage es keinem Abgeordneten, wenn er sich in kolonialen Unternehmungen betätige; er dürfe seinen Namen aber nicht als Reklamemittel für Gründungen ausnutzen lassen und müsse so viel Takt besitzen, sich nicht in der Budgetkommission oder gar als deren Referent in Kolonialfragen zu betätigen! Die Frage hätte angeschnitten werden müssen, da es leider bereits an diesem Takt gefehlt hätte. ... Oder sei irgend jemand im Hause, der es für taktvoll halte, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrats der Gesellschaft Südkamerun in der Budgetkommission die Erhöhung des Gehalts für den Gouverneur von Kamerun beantragt habe? Auf diese direkte Frage hielten sich die bürgerlichen Mitglieder des Hauses in verlegenen Schweigen.

Ledebour wies aus den Denkschriften und Missionsberichten nach, wie „segensreich“ die Dernburgische Kolonialpolitik auf die Eingeborenen in Südwestafrika wirkt. Der Reichstag habe vor zwei Jahren auf einen Antrag der Sozialdemokratie hin die Regierung aufgefordert, den Eingeborenen Land für selbständige Wirtschaftsbetriebe zurückzugeben. Darauf ist jetzt ein Bescheid erfolgt. Danach lehnt die Regierung die Forderung ab mit der Begründung, die unterworfenen Eingeborenen hätten ja kein Vieh, deshalb könne ihnen auch kein Land etwas nützen, da sie nur bei Viehzucht selbständig existieren können. Wenn die Hereros kein Vieh besäßen, so fügte der Redner dem hinzu, so liege das daran, daß es ihnen durch einen Erlass des Gouvernements verboten sei, Rindvieh zu halten; nur Kleinvieh sei ihnen erlaubt! Wenn jetzt der Regierungsbefcheid den Mangel an Vieh bei den Eingeborenen als Grund für die Nichtbeachtung der Forderung des Reichstages anführe, so liege in einem solchen Bescheide nicht nur eine Verhöhnung der unglücklichen Eingeborenen, sondern auch des Reichstages. Der wahre Grund sei der, daß Herr Dernburg mit allen solchen Mitteln — wozu noch die schon durch Roste gekennzeichnete Prügel-Arbeitsordnung komme — die Eingeborenen, an Händen und Füßen gebunden, den Farmern zur Ausbeutung überliefern wolle.

Zu dieser Ausbeutung komme noch die Verseuchung der Eingeborenen mit Krankheiten durch die Weissen! In Ergänzung der im „Vorwärts“ bereits besprochenen offiziellen Missionsberichte verlas Ledebour Stellen aus gleichzeitigen Berichten der namentlichen Missionen, aus denen eine noch weit schlimmere Korruption und Verseuchung hervorgeht. Heißt es doch in einem der Berichte, daß bei den Hereros wegen der Ansiedlung mit Geschlechtskrankheiten kaum noch gesunde Kinder geboren werden! Ledebour richtete im Anschluß daran die Frage an den Staatssekretär: ob etwa die „Aethiopische Mission“ der Regierung diese Tatsachen verschwiegen hätte oder ob im Regierungsbureau die Berichte für die amtliche Ausgabe „frittiert“ seien. Zum Schluß rief der Redner im Hinblick auf diese Gräueltaten: er möchte wohl denjenigen Sozialdemokraten sehen, der es fertig brächte, diese auf brutale Anrechtung und Ausbeutung der Eingeborenen angelegte kapitalistische Kolonialpolitik des Herrn Dernburg zu bewilligen.

Herr Dernburg zog es vor, die Frage wegen der „Frittierung“ der Missionsberichte ebenso unbeantwortet zu lassen wie die Kritik des Bundesratsbescheides. Mit Zuversicht konnte er sich auf die Interesslosigkeit der bürgerlichen Parteien für das Schicksal der Eingeborenen verlassen. Sie stieren nur noch mit verzückten Augen auf die Diamantensunde und übernehmen leichten Herzens die Mitverantwortung für Dernburgs Anrechtungs- und Ausbeutungspolitik.

### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Kolonialzeitung oder deren Raum 50 Pf. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (Freitag) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

# Die Erntewahl im pfälzischen Landtagswahlkreis Landau.

Die neue Parteigruppierung im Deutschen Reichstage hat bei dieser Wahl (deren Ergebnisse wir in Nr. 26 meldeten) ihren Ausdruck gefunden in der genannten Erntewahl zum bayerischen Landtage. Sie bietet einige interessante Momente zur Beurteilung der kommenden Reichs- und Landtagswahlen.

Zum ersten Male geschah es in unserer Pfalz, daß unter Ueberbrückung der bisher sehr starken konfessionellen Gegensätze die Zentrumspartei und der Bund der Landwirte, dessen Mitglieder fast durchweg Protestanten sind, gemeinsam Wahlfortschritt zugunsten eines gemeinsamen Kandidaten betrieben. Damit ist eine Schranke beseitigt, die der Liberalismus aufgerichtet und an deren Erhaltung er sehr eifrig gearbeitet hat. Mit dieser Schranke ist wieder ein Bollwerk des pfälzischen Liberalismus, wohl das letzte überhaupt, gefallen.

Das Experiment, über die religiösen und zum Teil geistig-kulturellen Gegensätze hinweg die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen und Grundzüge in den Vordergrund zu stellen und zu ausschlaggebender Bedeutung zu erheben, muß als gelungen bezeichnet werden. Die Anhänger des Zentrums haben geschlossen für den protestantischen Bauernbündler gestimmt. Freilich ist der Versuch vorläufig nur einseitiger. Es ist noch nicht erprobt, ob umgekehrt auch die protestantische Bauernbevölkerung ebenso geschlossen für einen Zentrumskandidaten eintritt. Das wird wohl etwas schwerer halten und mehr Agitation erfordern. Aber es besteht heute schon kein Zweifel, daß bei den nächsten Reichstagswahlen unter scharfer Betonung der einseitigsten agrarischen Interessenpolitik die pfälzischen protestantischen Bauern auch für den Zentrumskandidaten stimmen werden. Damit fällt das einzige Bedenken, das einem allgemeinen Bündnis zwischen beiden Parteien für Reichstags- und Landtagswahlen noch entgegenstand.

Ein Charakteristikum auch dieser Wahl ist das gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen im allgemeinen und besonders auf dem Lande. Aus den Einzel-ergebnissen der Bezirke sind im folgenden einige herausgegriffen, die das Fortschreiten der Sozialdemokratie seit 1907 zeigen:

1907:	1910:
110	251
4	24
5	23
17	109
3	18
19	83
1	18
2	32
1	38
18	50
2	35

Dabei handelt es sich gemeist um kleine Landorte von 700 bis 1500 Einwohnern. Die Einzelresultate zeigen außerdem, daß selbst rein katholische Dörfer schon stark sozialdemokratisch infiziert sind. Die sozialdemokratische Partei hat ihre Stimmenzahl von 1907 ab von 320 auf 1001 erhöht. Ein glänzendes Ergebnis in einem Wahlkreis mit sehr wenig Industrie und durchaus ländlicher Struktur.

Sehr deprimierend trotz des Sieges ist das Ergebnis für die liberale Partei. Sie hat noch einmal den Wahlkreis gehalten. Das nächste Mal ist er ohne sozialdemokratische Unterstützung verloren. Denn die Erfolge des Bundes der Landwirte sind unter den besonders gelagerten Verhältnissen bemerkenswert. Er hat aus eigener Kraft etwa 800 Stimmen aufgebracht. Das ist ein Erfolg, wenn man in Rechnung zieht, daß der Wahlkreis bisher zur Einflussphäre der Liberalen gehörte und der Bund fast so gut wie keine Organisation besitzt. Der Bund ist mit Erfolg in Dorfgemeinden eingedrungen, deren Bevölkerung seit Bestehen des Deutschen Reiches nie anders als liberal gewählt hat. Das Wahlergebnis auf dem Lande stellt dem Liberalismus eine schlimme Zukunft, ja den Untergang, vor Augen.

Der Liberalismus der Pfalz kann das Wort für sich gelten lassen: „Noch ein solcher Sieg und ich bin verloren.“ Es besteht kein Zweifel mehr: Bleibt die Parteigruppierung im Reiche, so geht auch in der Pfalz der Bund beider nächsten Reichs- und Landtagswahlen mit dem Zentrum zusammen und der Liberalismus wird zerrieben. Ein trauriges Schicksal, aber ein wohlverdientes.

## Der Zar und die auswärtige Politik.

Der Minister des Aeußern, Graf Lambdorsff, Witte und alle anderen Minister haben vor Ausbruch des russisch-japanischen Krieges stets Japan gegenüber zur Nachgiebigkeit geraten. Der Zar ist als Friedenszar in der ganzen Welt bekannt und doch ist es zum Krieg gekommen — also haben die Japaner den Krieg angefangen. So die offizielle russische Legende.

Wir haben bereits kürzlich an der Hand von geheimen Dokumenten nachweisen können, daß der Zar mit seinem Günstling, dem Konteradmiral Abasa, dem Vertreter des Besonderen Komitees des Fernen Ostens, der sich aber natürlich in Petersburg aufhielt, hinter dem Rücken seines Ministers des Aeußern eine verantwortungslose Politik getrieben hat, deren Ergebnis der Krieg war.

Noch während des Krieges gab dieses „Besondere Komitee des Fernen Ostens“ ein sogenanntes Drangebuch heraus unter dem Titel: „Sammlung der Dokumente anlässlich der Unterhandlungen mit Japan in den Jahren 1903 bis 1904, aufbewahrt in der Kanzlei des Besonderen Komitees des Fernen Ostens“.

Der erste Teil dieses Drangebuchs bringt eine historische Uebersicht, der zweite Dokumente.

Dieses Sammelwerk wurde an die bedeutendsten Mitglieder der Regierung, natürlich auch an den Minister des Aeußern Grafen Lambdorsff geschickt; und daraus erst erfuhr dieser zum ersten Male, daß er eine Puppe, ein Rarr war, der nur den Namen eines Ministers des Aeußern hatte, daß sich die Verhandlungen, die wider seinen Willen den Krieg herbeiführten, ohne sein Wissen abgehandelt hatten, daß der Zar mit seinem Günstling Abasa Rußland in diese Katastrophe gestürzt hatte.

\*) In dem Verlage Eberhard Fromme, Berlin-Charlottenburg, erscheint in diesen Tagen ein Buch von Wladimir Burzew in deutscher und russischer Ausgabe: „Der Zar und die auswärtige Politik“, in dem Burzew bisher unbelamte Geheimdokumente bringt, nämlich ein geheimes Memorandum des Grafen Lambdorsff an den Zar und das geheime Drangebuch, Dokumente, die von der russischen Regierung auf das sorgfältigste gehütet wurden. Wir sind schon heute in der Lage, aus der Menge der Dokumente, deren Abdruck nur mit Genehmigung des Verlages gestattet ist, unseren Lesern einige zu bringen.

Darauf schrieb Lambdorsff ein Memorandum an den Zar, eine zurückhaltende Schrift in streng bürokratischem Stil und in den untertänigsten Worten, in der aber überall der Jörn auflodert, das nun in einigen Hundert Exemplaren verbreitet werden soll, was den Zar, was ganz Rußland in ungläublicher Weise bloßstellte. Er verlangte die Zurückziehung der schon verteilten Exemplare, denn er fürchtete vor allem die ausländische Presse. Der Zar stimmte ihm zu und befahl, das Drangebuch zu unterdrücken.

Wir führen einige wenige Stellen aus dem Memorandum des Grafen Lambdorsff wörtlich an. Er spricht von der historischen Uebersicht des Drangebuchs:

„Die Form dieser Uebersicht selbst läßt die unbegründete Vermutung aufkommen, als trage sie den Charakter eines Regierungscommuniqués über politische Angelegenheiten. Der Autor benutzt überall die Ausdrücke, wie unsere Politik, unsere Interessen, unsere Agenten.“

In der Sammlung findet sich ein Antworttelegramm des Statthalters auf den allerhöchsten Namen, datiert vom 25. September (Nr. 9), das mit den Worten beginnt: „Das allerhöchste Telegramm Eurer kaiserlichen Majestät vom 22. September hatte ich das Glück zu empfangen“ — aber das Telegramm Sr. kaiserl. Majestät selbst ist in dem Buche nicht enthalten.“

Der russische Minister des Aeußern hat eben dieses offenbar sehr wichtige Telegramm des Zaren nicht gefannt.

Endlich muß auf den ängstlich betrübenden Umstand hingewiesen werden, daß das Besondere Komitee des Fernen Ostens es als möglich erachtet hat, die höchst konfidentielle eigenhändige Notiz Seiner Majestät des Kaisers (Nr. 87) und die Allerhöchsten Geheimbefehle in dem Buche abzurufen, die offenbar nicht für die Publikation bestimmt waren und deren Veröffentlichung in einem Sammelbuch, das in einigen Hundert Exemplaren verfaßt ist und leicht in ausländische Preßorgane geraten kann, ein Staatsverbrechen darstellt.“

Die hier erwähnte Notiz des Zaren im Drangebuche lautet:

Nr. 10.

„Indem man vor der Landung der Japaner in Korea einschließlich bis Tschemulpo die Augen schließt, ist es erforderlich, daß auch sie wissen, bis zu welcher Grenze wir ihre Landung gestatten werden. Sonst kann ein nicht gutzumachendes Mißverständnis entstehen. Es wäre natürlich besser, wenn die Landungsstelle weiter vom Norden entfernt ist.“

Die Politik des Zaren beabsichtigte nämlich, was im Drangebuch ausführlich auseinandergesetzt wird, die Verhandlungen mit Japan abzubreaken. Japan würde dann Korea zum Teil besetzen, was für Rußland nützlich sei. Pro forma werde man protestieren und auch, wenn möglich, die anderen Mächte zum Protest veranlassen, aber Japan habe aufgehört, das Inselreich zu sein, dem man nicht beikommen könne, und Rußland werde es nun von zwei Seiten erdrücken. Bei diesen politischen Ausführungen spielt auch Amerika eine Rolle, das man mit der Versicherung fördern will, Wladivostok werde ein Freihafen werden.

Weiter sagt Graf Lambdorsff in seinem Memorandum: „Unter Nummer 5 ist in der zweiten Spalte unter der besonderen Uebersicht: „Allerhöchst gutgeheißenes Projekt der russischen Vereinbarung vom 10. August 1893“ ein Dokument abgedruckt, das weder dem Minister des Aeußern noch dem Statthalter, noch dem russischen Gesandten in Tokio bekannt ist.“

Lambdorsff erklärt nun offen, daß Japan Mitteilungen gemacht sein müssen durch irgend jemand, die es zum Abbruch der Beziehungen drängten. Abasa teilt dem Statthalter des Fernen Ostens in „einfacher russischer Darstellung ohne diplomatische Winkelzüge“ die „persönliche Interpretation des Kaisers“ mit. Das war neun Tage vor Ausbruch des Krieges. Aber noch mehr, er setzt sich auch mit dem japanischen Gesandten in Petersburg in Verbindung.

Darüber schreibt Lambdorsff:

„Endlich, und dieser Schritt erscheint vollkommen unglücklich, entschloß sich Konteradmiral Abasa, wie das Dokument Nr. 31 beweist — am 16. und 17. Januar in direkte Verhandlungen mit dem japanischen Gesandten und seinen Sekretären zu treten, nachdem er ihm sein eigenes Projekt mitgeteilt.“

Diese Notiz Abasas vom 18. Januar lautet:

„Gestern erklärte ich dem japanischen Gesandten, bis zu welchen Punkten der Küstenlinie die Landung in Korea gestattet werde. Heute sandte der Gesandte zweimal im Laufe des Tages seinen Sekretär mit einer sehr langen Bitte zu mir.“

Abasa der Günstling des Zaren gibt nicht nur dem Statthalter des Fernen Ostens Anweisungen, er verhandelt auch mit dem japanischen Votschafter, begehrt also im Grunde Vorschwär.

Aus den Schlussdokumenten des Drangebuchs geht schließlich hervor, daß der Zar und Abasa diese Politik, die zum Ausbruch des Krieges drängte, hinter dem Rücken des Grafen Lambdorsff weiterführten, daß Abasa sogar dem Zaren Telegramme an den Statthalter aufsetzte. Gekrönt wird diese Politik durch das Telegramm des Zaren an den Statthalter, in dem er, der Friedenszar, seinen Statthalter auffordert, die Japaner zuerst anzugreifen und ihm dazu den Beistand Gottes wünscht.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 3. Februar 1910

### Forsien und Domänen.

In der Sitzung vom Donnerstag füllte das preußische Abgeordnetenhaus wieder einmal das Bedürfnis zu beweisen, daß es vernünftigen Anregungen und zeitgemäßen Reformen durchaus abgeneigt ist. Zunächst lehnte es den sozialdemokratischen Antrag zur Verpachtung der administrativen Jagdbezirke an den Reichsständen gegen die Stimmen der Antragsteller ab. Das gleiche Geschick widerfuhr einem von Liebknecht begründeten Antrag, der im wesentlichen auf eine Reform des Forstverstehrs und des Feld- und Forstpolizeigesetzes hinauslief. Zwar wurde die scharfe Kritik, die unser Genosse an den rüchardigen und gefährlichen Gesetzesbestimmungen übte, sogar von freikonservativer Seite als berechtigt anerkannt, aber da die Mehrheit des Dreiklassenparlamentes grundsätzlich an veralteten und überlebten Bestimmungen festhält, so mußte sie konsequenterweise unseren Antrag niederstimmen. Daß sie sich damit vor aller Welt lächerlich macht, ist ihr gleichgültig.

Nach diesem Vorspiel kam es endlich zu der schon längst angelegten Debatte über die Erhaltung der Wälder in der Umgegend von Städten. Die Regierung will in ihrer zu sozialistischen Zwecken betriebenen Verwüstung des Grunwalds fortfahren, sie hofft im Staatsjahre eine Einnahme von 7 1/2 Millionen daraus zu erzielen, in Wirklichkeit wird diese Summe aber wohl noch erheblich überschritten werden. Den einzig konsequenten Standpunkt gegenüber dem Regierungsfiskalismus nahmen die Sozialdemokraten ein, die in Form eines Antrages an die Regierung das Erlöschen richteten, in Zukunft Forstverkäufe erst dann zum Abschluß

zu bringen, wenn der Landtag seine Zustimmung erteilt hat. Im Gegenfalle dazu begünstigen sich die Konservativen mit einem Antrage, der die Regierung zu nichts verpflichtet, da er sie lediglich auffordert, die Wälder vorzugsweise an die an ihrer Erhaltung interessierten Gemeinden zu verkaufen. Der sozialdemokratische Antrag wurde von Bergmann in längerer Rede begründet, die eine schwere Anklage gegen die Städtefeindlichkeit der Konservativen bildet. Dem Einwand, daß der Antrag nicht mit dem geltenden Staatsrecht im Einklange stehe, hielt er geschickt die Bemerkung entgegen, daß ja das Haus jederzeit die Gesetze ändern könne. Eine Anspielung Borgmanns auf die hochverrätherischen Pläne des Herrn v. Oldenburg erregte den Unmut der Konservativen in so hohem Maße, daß einer ihrer Führer, Herr v. Erffa, sofort zum antirendenden Vizepräsidenten Dr. Krause lief, um Borgmann zu denunzieren. Aber vergebens, Herr Doktor Krause tat den Scharfmachern nicht den Gefallen, unseren Genossen zur Ordnung zu rufen, wozu ja auch kein Grund vorlag.

Daß der sozialdemokratische Antrag abgelehnt wurde, versteht sich von selbst. Der konservativste Antrag wurde der Budgetkommission überwiesen. Ein nationalliberaler Antrag, der die Regierung ersuchte, zwecks Förderung der Selbstbildungen der Schuljugend sozialistische Terrains zu Spielplätzen herzugeben, gelangte einstimmig zur Annahme. Auch unsere Genossen stimmten dafür, obwohl sie sich bewußt waren, daß solche „Selbstbildungen“ oft nur ein Vorwand sind, die jungen Leute zu Sozialistenrefreien zu erziehen. Wir fürchten uns, wie Borgmann mit Stolz sagen konnte, vor solchen Maßnahmen nicht.

Die übrige Debatte war belanglos. Nach Bewilligung des Etats der Forst- und der Domänenverwaltung vertagte sich das Haus auf Freitag. Auf der Tagesordnung stehen die Gerichtskostenetze und der Justizetat.

### Abgeschüttelt.

Die Aufgeblasenheit der „Alldeutschen“ hat in letzter Zeit einen fast nicht mehr zu übertrumpfenden Höhegrad erreicht. Obgleich nur ein winziges Häuflein, fordern sie, daß das Deutsche Reich in der auswärtigen Politik andere Bahnen einschlägt und energisch seine „Weltmachtstellung wahr“, d. h. in klarem Deutsch überlegt, wegen allerlei nebensächlicher Vagarellen die Kriegsjurie entwirft. Charakteristisch für den Dünkel dieser Kriegsküsterern Clique ist folgender von der „Nordd. Allgem. Zig.“ mitgeteilter Briefwechsel:

Die Vereinigung rheinisch-westfälischer Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes hat am 31. Januar durch ihren Obmann an den Reichstagskanzler eine Zuschrift richten lassen, in der es heißt:

Die am 30. Januar 1910 in Düsseldorf als Vertreter von 38 Ortsgruppen tagenden rheinisch-westfälischen Vertrauensmänner des Alldeutschen Verbandes erachten es als vaterländische Pflicht, anzusprechen, daß in ihren Kreisen das Auswärtige Amt alles Vertrauen verloren hat.

Diese Reichsbehörde hat fortgesetzt durch ihre Maßnahmen tatsächlich fremdländische Interessen zum Nachteil reichsdeutscher gefördert, ja geradezu dem Ausland die Waffen gegen deutsche Unternehmungen geliefert und in wichtigsten Fällen große reichsdeutsche Interessen schwer geschädigt.

Mit besonderer Sorge fragt die Versammlung, wie lange der Reichstagskanzler solches politisch und wirtschaftlich gleich schädliche Gebahren des Auswärtigen Amtes mit seiner Verantwortlichkeit decken will.

Euerer Erzeulenz bitte ich, dieser Entschliegung eine wohlwollende Aufnahme entgegenzubringen und ihr eine geneigte Beachtung zu teil werden zu lassen.

Euerer Erzeulenz ganz ergebenster  
gez. Carl Zrenplitz.

Darauf hat Herr v. Bethmann Hollweg erwidert:  
An die Hnupileitung des Alldeutschen Verbandes  
Mainz.

Der Hnupileitung des Alldeutschen Verbandes beehrt ich mich mitzutheilen, daß mir aus Wülheim-Ruhr das beifolgende Schreiben zugegangen ist.

Es ist unverantwortlich, daß von Gliedern einer Organisation, die, wie der Alldeutsche Verband, nach ihren Sägungen im nationalen Sinne wirken will, gegen eine Reichsbehörde so unwürdige und beweislose Anschuldigungen geschleudert werden.

Ih lehne es ab, diese Entschliegung entgegenzunehmen.  
Der Reichstagskanzler.  
v. Bethmann Hollweg.

Diese herbe Abschüttelung der „alldeutschen“ Kriegsküsterheit ist recht nützlich. Nimmt man auch in Deutschland das Geschrei dieser Jingos nicht ernst, so nicht ihm doch das Ausland eine viel größere Bedeutung zu, als es verdient.

### Ein Reinwaschungversuch.

Die Berliner Polizei, deren Manieren erst jüngst im Gerichtssaale eine so grelle Beleuchtung erfahren haben, hat das Bedürfnis, ihr Vorgehen zu rechtfertigen. Sie erklärt eine lange Verteidigung gegen die Vorwürfe, die immer wieder erhoben werden müssen. Sie erzählt zunächst, daß bei Straßendemonstrationen die „demonstrierende Menge nicht nur aus harmlosen Blägern besteht“, was sicher sehr richtig ist, denn es sind bei Straßendemonstrationen höchst überflüssigerweise auch — nicht immer harmlose — Schugleute mit und namentlich auch ohne Uniform anwesend. Aber ihrer weiteren Versicherung, daß es eine „große Anzahl von Personen gibt, die es sich bei solchen Massenmüßigen geradezu zu einem Sport machen, von der Menge bedeckt, durch Beleidigungen und tätliche Angriffe gegen die Schugleute diese anzustacheln und zu reizen“, wird man schon skeptischer gegenüberstehen müssen. Denn im allgemeinen gibt es wohl angenehmere und ungefährlichere Zerstreuungen, als es solche sinnlosen Provokationen wären. Ungefährlich wären diese allerdings für Lospieler. Wenn es überhaupt zu solchen Vorfällen kommt, so verhält es sich in der Regel so, daß Abwehrbewegungen oft grundlos erfolgter als Angriffe dargestellt werden.

Es gibt übrigens ein sehr einfaches Mittel, Zusammenstöße bei Demonstrationen, die wir durchaus zu vermeiden wünschen, hintanzuhalten. Die Polizei möge die Aufrechterhaltung der Ruhe unseren Ordnern überlassen und wir garantieren ihr dafür, daß wir imstande sind, auch unerkennbare Elemente, falls sie Lust haben sollten, sich in die Reihe politisch aufgeregter Arbeiter zu drängen, mit der nötigen Energie im Zaum zu halten.

### Drohung mit dem Zollkrieg.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ will erfahren haben, daß die deutsche Regierung der französischen keinen Zweifel darüber gelassen habe, daß sie, falls der Senat den von der Deputiertenkammer beschlossenen, gegen die deutsche Einfuhr gerichteten Zollserhöhungen ohne Rücksicht auf die deutschen Beschwerden und Wünsche zustimmen sollte, unverzüglich zu Gegenmaßnahmen schreiten würde. Regierung und Reichstag seien völlig einig darin, daß in diesem Falle alles geschehen müsse, um die französische Einfuhr nach Deutschland durch entsprechende Repressalien empfindlich zu treffen.

### Die Bürgerchaftswahl in Hamburg.

Das am Mittwochnachmittag veröffentlichte offizielle Wahlergebnis bestätigt unsere Mitteilung über den Ausgang der Wahl. Wiedergewählt sind die Genossen Umland, Bartels, Raffke,

Esler, Grosse, Henke, Kasse und Paeplov, neu gewählt ist Genosse F. Lesche. Auf die vereinigten Liberalen entfallen zehn Abgeordnete, so daß die Gegner der Wahlentscheidung 19 und der Block der Wahlrechtsträger 19 Mandate erobert haben. Außerdem stehen, wie schon berichtet, drei Kandidaten der vereinigten Liberalen im Landgebiet in Stichwahl mit „Modgenossen“, wobei unsere Genossen den Ausschlag geben. Der Ausgang der Wahl ist ein vernichtendes Verdikt gegen den Wahlrechtstraub. Sozialdemokraten und vereinigte Liberale erhielten — jeder Wähler gibt 12 Stimmen ab — rund 238 000 und der „Block“ rund 180 000 Stimmen. Für die Sozialdemokratie haben im Stadtgebiet 11 883, darunter 720 in der ersten Klasse (über 2500 M. Einkommen), und 398 Wähler auf dem Landgebiet gestimmt; mithin haben in der gesamten Staatschiffte 12 281 Wähler für die Sozialdemokratie votiert, das ist seit sechs Jahren ein Zuwachs von 4856 roten Wählern! Der 1. Februar 1910 ist ein Freitag in der Geschichte der Hamburger Sozialdemokratie und bildet ein Meilenstein für die herrschenden Gewalten der plutokratischen Republik.

### Die Neuregelung der deutsch-amerikanischen Zollverhältnisse.

Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Amerika regelt. Das jetzige Übereinkommen läuft am 7. Februar ab. Es müßten dann beiderseits die höchsten Zollsätze in Anwendung kommen. Dieser Zustand soll dadurch vermieden werden, daß das Abkommen am Sonntag im Reichstag erledigt wird, zu welchem Zweck zwei aufeinander folgende Sitzungen abgehalten werden müssen. Arbeit im Eiltempo ist aber nur möglich, wenn im Reichstag keine Partei Widerspruch erhebt.

Deutschland gewährt Amerika seinen Minimaltarif, Amerika bietet Deutschland seinen Konventionaltarif, der die Reichsgünstigung gewährleistet. Die Einfuhr von Fleisch und Fleischwaren aus Amerika nach Deutschland ist auch ferner ausgeschlossen und zwar durch unsere veterinär-polizeilichen Gesetze, die bekanntlich in Wirklichkeit eine Ergänzung der Schutzzollpolitik darstellen.

### Verflechtung von Staatsgeldern.

Kürzlich wurde im „Vorwärts“ berichtet, daß von den von der preussischen Regierung im Interesse des Vordringens des Deutschtums in Nordschleswig aufgekauften Höfen über die Hälfte von deutschen Besitzern gekauft seien. Diese Politik, die bisher dem Dänentum nichts geschadet, den nordschleswigschen Agrariern durch die Steigerung der Bodenpreise aber um so größeren Vorteil gebracht hat, wird erst richtig beleuchtet durch die Art, wie die preussische Regierung die aufgekauften Höfe vertwert. Der dänisch-nordschleswigsche Reichstagsabgeordnete Hansson hat sich der Mühe unterzogen, aus dem neuesten Berichte der preussischen Domänenverwaltung einige Tatsachen herauszuschälen, die den Beweis erbringen, daß bei der unsinnigen und vollständig preislosen Verpreihungspolitik in Nordschleswig das Geld der preussischen Steuerzahler geradezu verschleudert wird. Wir vernehmen „Gejndal“, in dem Herr Hansson diese Verpreihungspolitik beleuchtet, folgende Tatsachen:

Der Hof Zühlomünde im Kreise Hadersleben, 282 1/2 Hektar groß, Wert 6530 M., ist von der Domänenverwaltung angekauft für 119 000 M.; der Hof ist verpachtet und der Pächter zahlt eine jährliche Pacht von 12 075 M. = 3 1/2 Proz. der Kaufsumme. 104 287 M. Kaufsumme, 4530 M. Pacht = 2 1/2 Proz. der Kaufsumme. Northolm auf Mien: 102 Hektar, 2412 M. Reinertrag, 180 230 M. Kaufsumme, 4200 M. Pacht = 2 1/2 Proz. der Kaufsumme. Die Kaufsumme für die Höfe Bellehof, Kontruphof, Mandberg und Haraldsholm wird durch die Pacht mit 2,6 Proz., 2,6 Proz., 2,5 Proz. und 2,8 Proz. verginzt. Der Herrenhof von Augustenburg hat dem Staate 25 025 M. gekostet, er ist verpachtet für 11 784 M. oder 2,6 Proz. des Kaufpreises. Der Staat selbst aber muß, wenn er Geld pumpt, es mit 4 Proz. verginzen!

Die Wirkungen einer solchen Politik können natürlich nicht abzulesen. In Nordschleswig haben die deutschen Agrarier keinen schärferen Wunsch, als den, daß ihr Besitz von der preussischen Domänenverwaltung für schweres Geld aufgekauft und sie oder ihre Söhne dann als Pächter auf den Hof gejezt werden zu einem lächerlich geringen Pachtzins! Diese so vom Staate auf Kosten der Steuerzahler ausgehaltenen Pächter sind stramme Vertreter der Zwangspolitik in Nordschleswig. Wie die obigen Beispiele zeigen, haben sie begründete Ursache dazu!

### Der Protest des Proletariats.

Gegen die freien Staatsverträge des Junkers Didenburg erhoben die Arbeiterbewegungen am Dienstag in zwei gewaltigen, überfüllten Versammlungen energischen Protest.

Die Arbeiterschaft Breslaus protestierte am Mittwoch in zwei Rieserversammlungen. Es war nur eine Versammlung für das Gewerkschaftshaus angeordnet, jedoch war ein zweiter Saal für eventuelle Fälle bereit gehalten; beide Säle waren überfüllt. Die Polizei hatte die bekannten „umfangreichen Verleumdungen“ getroffen. In der Nähe des Gewerkschaftshauses waren nicht weniger als sechs Kommissare mit Polizeitruppen und eine Abteilung Verleumdungen untergebracht. Doch fanden sie nichts zu tun. Die Versammlungen nahmen einen glänzenden Verlauf.

Am Sonntag hat die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den Reichstagswahlkreis Züllichau-Krossen (Dobrowitz) eine scharfe Protestresolution angenommen.

### Aus dem elsass-lothringischen Landesauschuß.

Im elsass-lothringischen Landesauschuß kam es gestern zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen der Landesregierung und den Zentrumsparteilern. Der Abgeordnete Gauß legte namens der Zentrumspartei Verwahrung ein gegen die Rede des Reichsanwalters über die Weissenburger Denkmalsfeier wegen falscher Beurteilung Elsas-Lothringens, die auch der Grund sei, weshalb die Gewährung der Autonomie vorläufig keinen Fortgang nehme. Der Redner gab der elsass-lothringischen Regierung die Schuld, weil sie den Reichsanwalt nicht besser orientiert habe. In der Weissenburger Angelegenheit hätte sie großzügiger sein müssen und der Statthalter hätte als erster einen Antrag am Denkmalniederlegen müssen. In der Frage der Autonomie verlange man Ehrlichkeit. Er bedauere die Führung des politischen Kampfes mit unehrlichen Mitteln, was dazu geführt habe, den Elsas-Lothringern die Sympathien des Zentrums und der Freisinnigen im Reichstags zu nehmen.

Staatssekretär Freiherr Horn v. Dalach erwiderte, der Vordränger habe der Rede des Reichsanwalters eine falsche Deutung gegeben. Dieser habe nur die Bemerkungen einiger Reichstagsabgeordneter beleuchtet. Die Autonomiefrage sei sehr schwer zu lösen, und eine Rede, wie sie der Vordränger soeben gehalten, würde die Erledigung noch für Jahre zurückziehen. Der Staatssekretär verlas dann einen Bericht der elsass-lothringischen Regierung an den Reichsanwalt über die Weissenburger Denkmalsfeierlichkeit, in dem dar-

gelegt wird, daß jene Vorfälle durch einige alldeutsche und französische Korrespondenten dramatisch verändert worden sind.

Dann beantwortete der Staatssekretär mit Bezug darauf, daß der Abgeordnete Gauß die Bischöfe in Schutz genommen habe, den Streit der Bischöfe und Lehrer. Der Schritt der Bischöfe sei entschieden voreilig gewesen, und es sei die Pflicht des Staates, den Bischöfen entgegenzutreten, wenn diese ihre Wahmungen verallgemeinerten. Die Bischöfe hätten für den Glauben in der Schule nichts zu fürchten, weil er durch das Gesetz gewahrt werde. Schließlich wies der Staatssekretär die Unterstellung zurück, als hätte die Regierung den Kulturkampf beginnen wollen.

Heute vormittag nahm die Debatte ihren Fortgang. Der Prälat Winterer erklärte, daß die Bischöfe in ihrem Ermahnungsschreiben an die Lehrer, nicht dem Deutschen Lehrerverein beizutreten, einen Eingriff in die Rechte des Staates nicht getan hätten, und man möge es bei den Erklärungen bewenden lassen. Hierauf gab Unterstaatssekretär Dr. Pezzi die Erklärung ab, daß die amtlichen bischöflichen Befugnisse gesetzlich auf rein geistliches Gebiet beschränkt seien. Der Anschluß der Lehrer an den Lehrerverein sei eine rein weltliche Angelegenheit, wenn sie auch eine religiöse Seite habe. Eine öffentliche Erklärung der Bischöfe sei nur in rein geistlichen Angelegenheiten zulässig. Sie hätten sich nicht an ihre Diözesanen gewendet, die zufällig Lehrer seien, sondern ausdrücklich an die Lehrer.

Die liberal-demokratische Fraktion des Landesauschusses (das Parlament ist noch sozialistenrein) hat einen Antrag auf Aenderung der Verfassung eingebracht. Gefordert werden: Gleichstellung Elsas-Lothringens mit den übrigen Bundesstaaten und Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zum Landesauschuß.

### Die neue Reichswertzuwachssteuer.

Wie die „Verl. Pol. Nachr.“ offiziell mitteilen, wird der in der Reichstagskommission vorangekündigte Entwurf eines Reichswertzuwachssteuergesetzes dem Reichstag bis zum 1. April n. J. bestimmt zugehen:

Die Erhebungsarbeiten auf dem Gebiete sind längst eingeleitet. Ende vorigen Jahres waren an der zuständigen Reichszentralstelle die Ergebnisse der von den verschiedenen Bundesstaaten veranlasseten statistischen Erhebungen eingegangen. Das Material wird jetzt gesichtet und dann wird an die Formulierung des Entwurfs herangegangen werden. Es darf aber auch weiter betont werden, daß mit dem Reichsgesetzentwurf den jetzt bei einzelnen Gemeinden und Privaten sich geltend machenden Bestrebungen auf Erreichung von Sonderverträgen Abbruch getan werden wird. In der Reichstagskommission ist den Gemeinden, die die Wertzuwachssteuer bis zum 1. April 1909 eingeführt hatten, der Weiterbezug des Durchschnittsertrages auf eine Reihe von mindestens fünf Jahren gewährleistet. Bezüglich der Gemeinden, die nach diesem Zeitpunkt die Wertzuwachssteuer eingeführt haben oder einführen werden, ist nichts angeordnet. Es darf aber wohl als sicher angesehen werden, daß das Reich sämtlichen Gemeinden, die die Zuwachssteuer haben oder einführen werden, einen Ertragsanteil auch auf die Dauer zubilligen wird. Andererseits ist es aber auch selbstverständlich, daß darauf gehalten werden wird, die Gemeindeanordnungen mit den Bestimmungen des Reichsgesetzes in Einklang zu bringen. Und wenn schließlich die Privatkapitalisten glauben, vor dem Erlaß des Reichswertzuwachssteuergesetzes durch die Verschleierung von Grundstücksübertragungen Vorteile zu erlangen, so wird dabei übersehen, daß auch in dem Reichswertzuwachssteuergesetz eine Bestimmung vorgesehen werden kann, wonach das Gesetz mit rückwirkender Kraft ausgestattet wird.

### Vom antisozialpolitischen Kurs in Sachsen.

Dresden, 2. Februar. Vier sozialpolitische Anträge standen in der zweiten Kammer des sächsischen Landtages am Dienstag zu gleicher Zeit zur Veratung. Zwei gingen von den Freisinnigen aus, die Ergänzung der Fabrikinspektion durch Mitwirkung praktischer Arbeiter, und Ausschüsse für Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben forderten. Letzteres verlangte auch ein weitergehender sozialdemokratischer Antrag, der noch das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter gesichert und Garantie für ein geistliches Wirken der Arbeiter ausstufte durch Erlaß eines Gesetzes forderte. Ein anderer bezugte, Staatsarbeiten nur an solche Unternehmer zu vergeben, die das Koalitionsrecht und die Tarifverträge in jeder Beziehung beachten; außerdem solle der Regierung zur Pflicht gemacht werden, zu Zeiten ausgebreiteter Arbeitslosigkeit und zum Besuche der Lohnridererei ausländische Arbeiter auf Staatsbauten nicht zu beschäftigen.

Bei ihrer Begründung der sozialdemokratischen Anträge nahmen die Genossen Richter und Frähdorf die Gelegenheit wahr, die Zustände in den Staatsbetrieben und bei Vergebung von Staatsarbeiten schmerzlos zu geißeln. Besonders scharf wurde das Demunziantenwesen gerügt, das durch Vorgesetzte förmlich gezüchtet wurde. Als Genosse Richter treffend bemerkte, daß solche Salunken in Staatsbetrieben noch begünstigt würden, erlitt ihn zwar ein Ordnungsruf, an der Tatsache wurde dadurch aber nichts geändert. Sie wurde durch große Erregung am Regierungstisch geradezu bestätigt, dort hätte man sich offenbar getroffen. Genosse Frähdorf hielt der Regierung besonders vor, daß sie bisher für die Arbeiter recht wenig übrig gehabt hätte, daß sie wohl sehr schnell sei, wenn es gelte, etwas gegen die Arbeiter zu unternehmen, daß aber ein Schreckensgang zu beobachten sei, wenn etwas für die Arbeiter geschehen solle.

Was der nun folgenden Rede des Finanzministers Dr. Rieger, der ein verächtlicher Reaktionsist und ohne jedes sozialpolitische Verständnis ist, ging hervor, daß die Regierung nicht einmal gewillt ist, ein Schreckensdemoprogramm in den angeschnittenen sozialen Fragen einzuschlagen. Nichts, gar nichts hat sie dafür übrig. Beamtenausschüsse wurden aus Gründen der Disziplin abgelehnt, ebenso der weitere Ausbau der Arbeiterausschüsse. Im übrigen behauptete der Finanzminister, daß teilweise schon bestände, was gefordert werde, womit er aber sehr im Irrtum ist. Soweit es besteht, wie die jetzigen Arbeiterausschüsse, ist es nichts als wertlose Dekoration. Auch die Forderung auf Ausbau der Gewerbeinspektion fand keinen Bekämpfer in dem Ministerialdirektor Raiser, obwohl das der einzige Herr im sächsischen Ministerium ist, bei dessen Reden wenigstens gelegentlich zu bemerken war, daß er sich etwas mit sozialen Angelegenheiten beschäftigt hat. Die Verhüte von Arbeitern bei der Gewerbeinspektion hält er für wünschenswert, aber es könnte immer nur für bestimmte Betriebe eine solche Mitwirkung in Frage kommen. Zum Teil sei dies schon verwirklicht in Sachsen, denn es seien bereits Bruchausheber in Sachsen tätig, die früher als Bruchmeister praktisch gearbeitet hätten. Nur wenn sich für besondere Betriebe ein Bedürfnis nach Ergänzung der Gewerbeaufsicht durch Arbeiter herausstelle, wolle man darauf zurückkommen.

Die Genossen Heldt, Fleißner und Birth geißelten das Verhalten der Regierungsvorsetzer, die von Vorkämpfern bürgerlicher Parteien noch unterstützt worden waren. Auffällig war insbesondere das Verhalten des Nationalliberalen Petner, der zum Schluß eines Abschnittes seiner langen Rede immer wiederrief, was er am Anfang gesagt hatte. Es war ein richtiger nationalliberaler Tanz um die sozialpolitischen Anträge — ein Schritt vorwärts, zwei zurück.

Die Anträge wurden der Reichstagsdeputation überwiesen, die nebensächlich auch als Deputation für soziale Angelegenheiten funktionieren soll. Nach dem Verhalten der Regierung zu urteilen, besteht leider keine Aussicht, daß etwas Wesentliches erreicht werden könnte.

### Konserbative Madaverammlung.

Um zu zeigen, in welchem Maße ihre politische Gestaltung sie zur Herrschaft befähigt, veranstalteten seit einiger Zeit die Konserverbaten in Berlin wüste Madaverammlungen. Gestern hielt wieder in den Hohenzollernsälen in Roabit die „Konserbative Vereinigung“, das heißt jene Berliner Gruppe, die sich wegen des Verhaltens der Konserverbaten zu den Reichsfinanzreformvorlagen von der Richtung Heydebrand-Didenburg-Kretsch getrennt hat, eine Versammlung ab. General Reim und Starer Koch referierten. Schon während deren Reden lachten und lächelten die unter Führung ihrer Lokalgruppen, der Herren Ulrich, Kluge, Schewe, Donner usw., erschienenen Anhänger der Heydebrand-Didenburgschen Richtung. Seinen Höhepunkt erreichte jedoch der Tumult erst, als der Rechtsanwalt Frederod das Wort ergriff, und nun der Generalsekretär der „Konserbativen Vereinigung“ mitteilte, daß ihm bekannt geworden sei, die Heydebrandischen beabsichtigten die Versammlung zu sprengen. Von allen Seiten wurde geflucht und getrompelt, bis schließlich die Leiter der Versammlung erklärten, daß sie von ihrem Hausrecht Gebrauch machen müßten und eine Anzahl der Schreier aus dem Saale wiesen. Nach wiederholten gegenseitigen Beschimpfungen legte sich der Tumult.

### Soldatenleid.

Vor dem Oberkriegsgericht in Koblenz stand der Sergeant Wichert von der dritten Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 68. Er hat eines Sonntagmittags einem mit weißer Hofe besetzten Soldaten, weil dieser sich beim Essen ein wenig veripfelt hatte, befohlen, sich auf den durch das Regenwetter beschmutzten Kasernenhof zu legen. Der Vorgesetzte wollte dem Manne damit den Sonntagnachmittagsausgang unmöglich machen. Der Soldat legte sich so hin, daß er mit der Hofe den Boden nicht berührte. Darauf setzte Wichert ihm den Fuß auf den Rücken und drückte ihn so in den Straßenschmutz hinein. Das Gericht verurteilte ihn wegen vorschriftswidriger Behandlung und Beleidigung zu einer Woche Mittelarrest.

### England.

#### Die türkische Note.

London, 3. Februar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, legt die letzte Note der türkischen Regierung an die Schutzmächte dar, die Sperte würde eine Entsendung kritischer Deputierter in die griechische Nationalversammlung als casus belli betrachten. Der türkische Vorkämpfer, der dieser Lage das bestmögliche Ausmaß abzumessen hat, die türkische Regierung in Kenntnis setzte, hat die Versicherung erhalten, daß die britische Regierung den Ernst der Lage vollständig würdige; weiter ist ihm erklärt worden, die Schutzmächte seien einig in der Absicht, eine so provokatorische Handlungsweise nicht zu dulden, es würden strenge Maßnahmen ergriffen werden, wenn die Kreter auf dieser Politik beharren sollten.

### Dänemark.

#### Der Alberti-Skandal.

Der dänische Justizminister hat dem Assessor Schen, dem Untersuchungsrichter in der Alberti-Affäre, Auftrag zu einer feindlichen Untersuchung gegen die Direktion der Privatbank erteilt. Es soll untersucht werden, ob die Transaktionen, die zwischen dieser Bank und der Seeländischen Bauernspardank stattgefunden haben und die es dem dänischen Justizminister Alberti möglich machten, seine Millionenhöfchen immer weiter zu betreiben, Grund zu einer Anklage gegen die Leitung der Privatbank geben. Einer der vier Bankdirektoren erklärt im Tone der Entrüstung, die Untersuchung sei lediglich aus politischen Gründen eingeleitet. Es sei zugleich gewisslos, einen solchen Schritt zu unternehmen und neue Unruhe zu schaffen, die das Erverdsleben in Gefahr bringen könne. Die Regierung könne unmöglich selbst glauben, daß damit etwas erreicht werde. Die Börse zeigt aber offenbar weniger Vertrauen in die Unantastbarkeit der Bankdirektoren, denn die Aktien der Privatbank sind plötzlich von 104 auf 100 gefallen.

### Finnland.

#### Eine erfolgreiche Protestbewegung.

Der finnische Landtag hatte in der letzten Session neue Sätze für die Stempel- und Alkoholproduktionssteuer, fast die einzigen Steuern, die der Landtag jährlich neu zu bewilligen hat, angenommen. Die Alkoholproduzenten wandten sich infolge der schärferen Besteuerung des Alkohols an den Ruffensent mit dem Gesuch, er möge auf dem Wege der Verwaltung den Beschluß der Volksvertretung illusorisch machen. Der Senat, dieses willige Werkzeug des Generalgouverneurs Schen, versagte denn auch, daß die alte Steuer erhoben werde. Gleichzeitig verfügte er auch, daß der zweite Beschluß des Landtages wegen der Stempelsteuer nicht bewilligt und die alte Steuer erhoben werde. Wegen diese willkürlichen Bestimmungen des russischen Satropen, der sogar die Kompetenz des Ruffensent an sich gerissen hatte, erhob sich ein starker Protest im Lande. Vor allem waren es die Sozialdemokraten, die gegen das gemeinsame Vorgehen der Alkoholproduzenten und des Ruffensent protestierten. Gleichzeitig erließen die Rechtsanwälte einen Aufruf, daß man die alte Stempelsteuer hochkottiere. Das Hofgericht zu Abo prüfte diese Frage und kam zu dem Ergebnis, daß diese Steuer ungesetzlich sei. Der weitaus größte Teil der Beamten weigerte sich, diese Steuer zu erheben. Und nun kommt aus Petersburg die Nachricht, daß der Zar beide entsprechenden Beschlüsse des Landtages bestätigt und dadurch die Verfügungen seines Vertreters in Finnland als ungesetzlich gebrauchbar hat. Wie gering an Umfang diese Protestbewegung auch war, so kann sie doch als interessantes Vorpiel zu den Kämpfen angesehen werden, die Finnlands Volk in nächster Zukunft wird ausfechten müssen.

### Türkei.

#### Die Beziehungen zu Bulgarien und Griechenland.

Aus Konstantinopel kommt eine Nachricht, die, wenn sie sich bestätigt, geeignet wäre, die türkisch-bulgarischen Beziehungen, die durch die Ereignisse in Mazedonien sich so verschärft hatten, wieder in normalere Bahnen zu lenken. Danach hat die Porte beschlossen, die acht Todesurteile, die das Gericht in Saloniki am 27. Januar wegen des Ueberfalls in Revrotop gegen acht bulgarische Vandalenmitglieder gefällt hat, und die den Anstoß zu der Protestbewegung in Bulgarien gegeben haben, in Freiheitstrafen umzuwandeln.

Als ein Zeichen der nachlassenden Spannung kann auch betrachtet werden, daß das Kriegsministerium das Kommando des dritten Korps angewiesen hat, die abgedienten Truppen des Jahrganges 1907 zu beurlauben.

Dagegen bleibt die Lage in Griechenland völlig im Unklaren. Die Worte hat immer wieder erklärt, daß sie die Vornahme von Wahlen in Areta sei es zum Parlament, sei es zu der einzuberufenden Nationalversammlung unter keinen Umständen dulden wolle. Daß es darüber aber zum Kriege kommen sollte, ist vorläufig wenig wahrscheinlich. Vielmehr werden die Schutzmächte England, Frankreich, Rußland und Italien den Schritt, den sie etwas voreilig gemacht haben, wieder zurückun und Areta aufs neue besetzen müssen, um Provokationen zu verhüten.

Die englische Regierung hat übrigens ein Geschwader, bestehend aus einem Linienschiff, drei Kreuzern und vier Torpedobootzerstörern unter dem Befehl des Konteradmirals Callaghan nach dem Piräus abgeschickt.

# Gewerkschaftliches.

## Rebellierende Staatsarbeiter.

Die Breslauer Eisenbahner setzen sich gegen den Druck von oben immer offener zur Wehr. Kürzlich stellte man an sie das Ansuchen, „freiwillige“ Beiträge für eine — Zedlitz-Trübsal-Stiftung zu spenden. Die Vorgesetzten ließen durchblicken, daß man „oben“ diese Spenden wünsche. Ja, man hatte sogar auf den Listen für jede Kategorie der Angestellten die Höhe der Beträge, die man „freiwillig“ zeichnen sollte, genau aufgezeichnet. Aber nur ein kleiner Teil der Eisenbahner zeichnete. Die anderen weigerten sich und gaben offen zu, daß sie keine Ursache hätten, einem junksocialistischen Oberpräsidenten zu Liebe ihre Groschen herzugeben. Ja, sie sandten der „Volkswacht“ eine ganze Anzahl Schreiben, worin sie gegen die „freiwilligen“ Spenden protestierten und betrieten, daß verschiedene Beamte diejenigen, die nichts gezeichnet, als — Sozialdemokraten denunziert hätten. Das gab in den Amtsbüros eine große Aufregung. Aber die Aufsehnung half.

Durch ihren Vertrauensmann ließen ferner die Eisenbahner beim preussischen Parteitag, speziell bei den Breslauer Delegierten, sich herzlich bedanken, weil sie sich der Klagen der Eisenbahner so warm angenommen. „Oben“ sieht man mit Schrecken der Weiterentwicklung dieser „Rebellion“ entgegen.

### Berlin und Umgegend.

## Die Gewerbeordnungs-Novelle und die Kostümschneiderei.

Wie in anderen Berufen, wo viele weibliche Arbeitskräfte beschäftigt sind, möchten auch die Arbeitgeber in der Kostümschneiderei über die neue Gewerbeordnungs-Novelle hinwegkommen, ohne, sei es auch nur scheinbar, irgendwelche Einbußen zu erleiden. Es handelt sich in dieser Branche nur um eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung an den Sonnabenden und den Vorabenden der Feiertage. Die Arbeitnehmer wollen selbstverständlich für diese geringe Verbesserung, die die Gewerbeordnung gebracht hat, nicht mit einem Lohnausfall büßen, aber auch die Arbeitszeitverkürzung nicht durch Nachholen der halben Stunde preiszugehen. Zur Regelung dieser Angelegenheit ist nun am Montag zwischen dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes für die Kostümbbranche und dem Präsidium des Schneiderverbandes verhandelt worden, eine Einigung wurde jedoch nicht erzielt. Die Arbeitgeber haben den Vorschlag gemacht, daß die Mittagspause an den Sonnabenden um eine Viertelstunde verkürzt und die Weisepause weggelassen sollte. Die Arbeitnehmer bestanden natürlich darauf, daß die Arbeitszeitverkürzung den Arbeiterinnen wirklich zugute kommen sollte, und zwar ohne Lohnausfall. Es wird nun am 15. Februar eine Versammlung der Kostümschneider und Schneiderinnen stattfinden, um weiter zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

## Lohnbewegung der Schuhmacher.

Am Dienstag vormittag fand in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße, eine öffentliche Schuhmacherverammlung statt, welche zu der von dem Arbeitgeberverbande angekündigten Aussperrung Stellung nahm. Dally erstattete den Bericht und ging auf die Vorgänge ein, welche sich bei der Firma Dreispacher schon im Oktober abgespielt hatten und aus denen sich organisch erst der heutige Kampf entwickelt hat. Damals wurde eine Stepperrin entlassen, die schon in zwanzigjähriger Tätigkeit bei dieser Firma ihre Kräfte verbraucht hatte, und eine jüngere Kraft um einen um 5 M. pro Woche niedrigeren Lohnsatz eingestellt. Hieraus schloß die Gewerbeleitung, daß der Grund der Entlassung nur in der Absicht liege, an Arbeitslohn zu sparen und den durch Abschluß des Tarifvertrages im vorigen Frühjahr bewilligten Lohnzuschlag unwirksam zu machen. Es wurde ferner bekannt, daß Herr Dreispacher folgende Ausführungen machte: „Im Jahre 1903 haben mich meine Kollegen ausgelacht, weil meine Stepperrinnen streikten, jetzt lachen sie mich aus, daß ich einen so hohen Lohn bezahle.“ Es lag somit eine Umgehung des Tarifvertrages vor, und wurde die Angelegenheit der Schlichtungskommission überwiesen. Die Sitzung fand auch statt, doch weigerten sich die Arbeitgeber, eine Entscheidung zu fällen, und verließ die Sache resultatlos. In dieser Angelegenheit hatte sich der nunmehr Entlassene als Ausschüsmittglied und auch als Mitglied der Schlichtungskommission hervorgetan, und von diesem Tage an datiert das Tabelln jeder Arbeit, bis schließlich die Entlassung den Stein ins Rollen brachte. Ohne eine Verhandlung vorher anzusehen, wurde vom Arbeitgeberverbande zum vergangenen Montag die Aussperrung angekündigt. Ein Antrag unersetzlich, noch zum Sonnabend in einer gemeinsamen Sitzung den Versuch einer Verständigung zu unternehmen, wurde gleichfalls abgelehnt. In einem zweiten Schreiben erklärten die Arbeitgeber wiederum, wenn bis Montag die Arbeit bei der betroffenen Firma nicht aufgenommen werde, würde sofort die Aussperrung erfolgen. Eine Anfrage an die Versammelten, wer schon ausgesperrt sei, brachte das überraschende Ergebnis, daß bis Dienstag vormittag noch niemand entlassen war, die Arbeitgeber somit ihrem Beschlusse nicht nachgekommen waren. Die übrigen Redner ermahnten die Anwesenden zusammenzuhaltten, da man noch nicht die Taktik der Arbeitgeber bei diesem ersten Aussperrungsversuch wissen könne. Die Versammlung nahm zum Schluß folgende Resolution an:

„Die heutige in den „Arminhallen“ tagende öffentliche Schuhmacherverammlung spricht den bei der Firma Dreispacher streikenden Kollegen ihre volle Sympathie aus und sieht den weiteren Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes mit Ruhe entgegen. Das Recht, durch einen Ausschüß Beschwerden ihren Arbeitgebern zu übermitteln, um eventuell die Abstellung solcher Mißstände zu erwirken, werden sich die Versammelten niemals nehmen lassen, und verpflichten sich alle Anwesenden, dieses Recht mit allen Mitteln zu verteidigen.“

Der Zentralverband der Schuhmacher hielt weiter am Mittwoch im „Englischen Garten“ eine Generalversammlung ab, die als Fortsetzung der acht Tage früher vertagten Generalversammlung diente. Zunächst wurden der Bericht der Beschwerdekommmission und die damit zusammenhängenden internen Verbandsangelegenheiten erledigt. Es folgte die Neuwahl der Verbandskommission. Ordentliche Mitglieder wurden: Arenhin, Jaschinski, Wildanger, Henschel und Dombrowski. Als Ersatzmänner wählte man: Schüller, Stören, Mahlun und Aniettsch.

Alsdann nahm die Versammlung ebenfalls zu dem Streik bei Dreispacher und der angekündigten Aussperrung Stellung. Wie die Versammlung der Schöharbeiter, so billigte auch die Generalversammlung das bisherige Vorgehen. Es wurde ferner beschlossen, auch die Richtbegünstigten zu unterstützen, und zwar mit 7 M. pro Woche.

Der Streik bei Jakobus Söhne, Bergstr. 88/84, der durch nicht gerechtfertigte Lohnabzüge hervorgerufen wurde, führte ebenfalls zu einer Diskussion. Auch die hier mitstreikenden Richtbegünstigten sollen unterstützt werden, ebenfalls mit 7 M. pro Woche. Auch dieser Streik dauert unverändert fort. Schon im vergangenen Jahre wurden bei der Firma bald hier bald dort Lohnreduzierungen vorgenommen, teilweise wurden auch einzelne Arbeiter entlassen und den Neueingestellten ein niedrigerer Tariflohn geboten. Die Aufstellung einer Nähmaschine brachte jetzt den Zwischen einen Lohnabzug von 20 Pf. pro Duzend, weil der Fabrikant der Meinung huldigt, daß diese Maschine die Arbeit der Zwider erleichtert, während dieselbe in der Tat ungeeignet ist und die Arbeit noch erschwert. Dem Fabrikantenholz behagt es

natürlich nicht, daß ihm der Mangel technischer Unkenntnis nachgewiesen wird, auch soll die neue Maschine recht schnell von den abgezogenen Arbeitergruppen bezahlt werden. In dieser Sache haben in den letzten Wochen mehrere Konferenzen und Verhandlungen stattgefunden, doch wollte der Unternehmer den Abzug nur um die Hälfte ermäßigen. Die Zwider arbeiteten zwei Wochen versuchsweise für diesen reduzierten Lohnsatz, kamen aber nicht auf ihre Rechnung. Als alle weiteren Verhandlungen zu keinem Ziele führten, legten sie die Arbeit nieder, und erklärten sich auch die übrigen Arbeiter solidarisch.

Alle möglichen Mittel versucht der Fabrikant, um Arbeitswillige zu werden. Alle Adressen von früheren Bewerbern werden benutzt, um außerhalb Arbeitskräfte zu suchen. Fabrikant und Buchhalter stehen den ganzen Tag vor der Fabrik Pforten, um die Angekommenen zu empfangen. Einen Erfolg haben diese Bemühungen bis jetzt nicht gehabt, und wird wohl auch fernerhin der Zugang zurückgehalten werden.

**Achtung, Töpfer!** Die Firma Kaiser führt auf dem Neubau Pantow, Maximilianstr. 13, die Töpferarbeiten aus. Dieselbe beschäftigt Wilde und zieht 5 Proz. vom bestehenden Tarif ab. Die Firma ist mithin von organisierten Kollegen zu meiden und als gesperrt zu betrachten. — Die Firma Aug. Berndt, Wilmersdorf, ist zu meiden, da dieselbe Wilde beschäftigt. In Betracht kommen die Bauten Groß-Vichtersfelde, Chausseestraße, und Chausseestraße Ecke Mantuffelfstraße. Die Verbandsleitung.

Die Firma A. Gutschow, Mehl- und Landesprodukte, Friedrichstraße 24 und 17, welche froh ist, daß sie ihre alten Arbeiter los ist, scheint ganze Arbeit machen zu wollen. Die im Kündigungsverhältnis bei der Firma beschäftigten Kassenboten waren aus gewissen Gründen an dem Streik nicht beteiligt. Am 2. d. M. stellte die Firma an den einen Kassenboten, welcher 16 Jahre im Dienst der Firma war, das Verlangen, aus seiner Organisation auszutreten. Als der Betreffende dieses Ansuchen ablehnte, wurde derselbe entlassen. Nun, nachdem diese Arbeiter ihre Kraft und Gesundheit im Interesse der Firma geopfert haben, können sie gehen. Ein schönes Zeichen von Humanität. — Die christliche Firma Wölle hat für Zugang von Arbeitswilligen gesorgt, und auch der polizeiliche Schutz fehlt dem Millionär Gutschow nicht. So will es der christliche Staat. Der feineidliche Unternehmer wird geschützt, damit sein Profil nicht geschmälert wird, und die Arbeiter, welche um Verbesserung ihrer erbärmlichen Lage kämpfen, werden zu Paaren getrieben.

**Achtung, Males!** Die Differenzen bei der Firma O. Veder sind beigelegt und die Sperre hiermit aufgehoben. Die Ortsverwaltung.

### Deutsches Reich.

## Lohnbewegung im Holzgewerbe.

In Ziegenhals beliebte die Direktion der Möbelfabrik „Hoffnung“, den Polierern erhebliche Abzüge zu distillieren. Als diese sich damit nicht einverstanden erklären wollten, wurden sie kurzerhand entlassen und die Tischler aufgefordert, diese Arbeiten zu verrichten. Die Tischler drehten nun aber den Spieß um und verlangten die Wiedereinstellung der Polierer und Zurücknahme der Lohnreduzierungen, was die Firma kurz ablehnte. Die Tischler stellten nunmehr einmütig die Arbeit ein. In einer dann anberaumten Verhandlung gelang es, die Differenzen zu beseitigen. Die Lohnabzüge wurden zurückgenommen, die Polierer wieder eingestellt und ein Vertrag bis zum 30. September 1912 abgeschlossen, der den Arbeitern nennenswerte Vorteile bringt. — Bemerkenswert ist noch, daß die Polizei die am Streik beteiligten Ausländer aufforderte, sich sofort Arbeit zu beschaffen, oder aber die Ausweisung würde erfolgen.

Die Arbeiter der Holzbearbeitungsfabrik Reumann in Cöthen (Anhalt) verlangen eine Aufbesserung ihrer Löhne, und da ihnen das verweigert wurde, stellten sie die Arbeit ein. Nach halbtagigem Streik wurde seitens der Firma für die 90 in Frage kommenden Arbeiter eine Stundenlohnreduzierung von 3 Pf. (Mindestlohn 88 Pf.) bei vollständiger Arbeitszeit zugestanden.

Bei der Firma Lauffer in Schweningen (Württemberg) dauert der Streik nunmehr ein halbes Jahr, ohne daß an eine Einigung zu denken ist. Die Firma verhält sich den Forderungen der Arbeiter gegenüber ablehnend. Diverse Verhandlungen verliefen deshalb ergebnislos. Die Polizei stellt sich — wahrscheinlich um den preussischen Kollegen nicht nachzusehen — vollständig auf die Seite des Unternehmers. Die Streikenden erhielten bisher über 60 Anklagen wegen Streikvergehen. Von diesen sind bis jetzt schon über 40 Freisprechungen erfolgt. Legitim wurde der Geschäftsführer des Holzarbeiterverbandes, Schönenberger, verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, ohne daß ihm bekannt geworden ist weshalb.

In Ludenwalde dauert der Streik der Tischler jetzt 10 Wochen. Der dortige Bürgermeister hat sich in den letzten Wochen alle erdenkliche Mühe gegeben, um die Parteien näher zu bringen. Zu diesem Zweck hatte er zu einer Versammlung am 29. Januar auch Vertreter der beiderseitigen Verbandsvorstände geladen. Es gelang dann auch, über eine ganze Reihe strittiger Punkte, insbesondere in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit, einig zu werden. Es wurde vereinbart, daß nun sofort in die Beratung der Tarifbarriere eingetreten werden soll. Begegnend ist, daß während die Arbeitgeber mit dem Holzarbeiterverband verhandeln und der Friede in Aussicht scheint, sie in der „Berliner Volkszeitung“ nach nicht organisierten Arbeitern inserieren.

Die Aussperrung der Stellmacher, Tischler und Maschinenarbeiter in der Waggonfabrik in Dautzen dauert jetzt die dreizehnte Woche. Mit der Direktion fanden Verhandlungen statt, die jedoch ergebnislos blieben. Eine größere Anzahl der ausgesperrten hat daraufhin den Ort verlassen. Die von der Streikbrecherfirma Auguste Müller-Damburg gelieferten Arbeitswilligen sind nur noch in geringer Zahl am Orte, und mit diesen kann die Firma nichts anfangen. Eine eigenartige Rolle bei der Streikbrecherermittelung spielt der k. l. österreichisch-ungarische Konsul in Hamburg. Dieser schickt alle sich meldenden Holzarbeiter aus der Donaumonarchie an Auguste Müller zur weiteren Vermittelung. Die Möbelfabrikanten in Göschitz können von der verhängten Aussperrung nicht angetan werden, als daß sie den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen. Da sie sich hierzu nicht verstehen wollen, dauert der Kampf schon über die zwölfte Woche hinaus.

Auch in Sommerfeld ist im Streik der Tischler nach 22 Wochen noch keine Aenderung eingetreten.

In Ruffenhäusen bei Stuttgart hatten die Arbeitgeber die Aussperrung sämtlicher Tischler angekündigt, weil diese den ihnen vorgelegten Vertrag nicht anerkennen wollten. Die Aussperrung ist ins Wasser gefallen. Nur eine Firma hat sie durchgeführt, die übrigen drücken sich, weil sie wissen, was ihnen bevorsteht.

In Reippenhausen a. Main (Unterfranken) haben die Unternehmer der dortigen Möbelfabrik sämtliche Arbeiter entlassen, weil sie einen von den Unternehmern einseitig aufgestellten Tarifvertrag nicht anerkennen wollten.

Zugang nach allen Orten ist fernzuhalten.

**Bewegung in den Kunstankalten.** Die Bemühungen der Arbeiter, die Differenzen brüchig beizulegen, können als gescheitert angesehen werden. In Fürth haben bereits die Unternehmer einmütig die Inanspruchnahme des Gewerbegerichts als Einigungsamt zurückgewiesen. Sie wollen nur durch die Berliner Zentralvorstände unterhandeln lassen. Die Arbeiter erklärten in einer Versammlung, daß sie auf ihrem schon mitgeteilten Standpunkt verharren und kein Verhandlungsergebnis annehmen werden, das nicht die Beseitigung der vorgelegten Arbeitsordnung bringt. Es bleibt bis auf weiteres bei der Verweigerung aller Ueberstundenarbeit.

Der Streik in der Eisenkonstruktionsfabrik von Stumpf in Worms ist beendet. Die Firma hat die Kündigung der Vertrauensmänner zurückgenommen. Ueber die Lohnforderungen sind Verhandlungen im Gange.

Dem Vorgehen des mittelfränkischen Scharfmacherverbandes der Bauunternehmer schließen sich auch die Organisationen der kleinen Unternehmer an. So hat die Staufabteilung in Nürnberg der Arbeiterorganisation ebenfalls die Kündigung des Tarifvertrages zugehen lassen, ohne die vertraglich eingegangene Verpflichtung zu beachten, wonach Kündigung nur erfolgen kann unter gleichzeitiger Einreichung von Abänderungsvorschlägen. Die Arbeiterorganisation hat den Vertrag ebenfalls gekündigt. Die Zimmerer Nürnbergs haben sich in einer Versammlung mit der Lage befaßt und erklärt, daß sie jeden Angriff auf ihre bisherigen Erwerbsverhältnisse entschieden abwehren werden. Zur Vorbereitung auf den Kampf wurde beschlossen, bis auf weiteres einen wöchentlichen Beitrag von 1 M. zu bezahlen.

### Ausland.

**Sattler und Tapezierer!** Wie der Vorstand des skandinavischen Sattler- und Tapeziererverbandes mitteilt, sind in Kopenhagen die Tarifverträge für die Sattler und für die Tapezierer zum 1. April gekündigt worden. Der Unternehmerverein droht nun mit einer Aussperrung sämtlicher Verbandsmitglieder, also auch der nicht direkt Beteiligten. Aus diesem Grunde ist Kopenhagen zu meiden.

### Der Sekretär

der internationalen Vereinigung der Sattler u. d. v. Verußgenossen. Joh. Sassenbach.

## Die Ausnahmegesetze gegen die Gewerkschaftsbewegung in Schweden und die große Arbeitslosigkeit.

In Schweden besteht seit dem Jahre 1899 ein Ausnahmegesetz, wonach jemand, der durch Gewalt oder Drohung einen anderen zur Teilnahme an einer Arbeitsniederlegung zu zwingen versucht, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft werden kann. Eine weitere Verschärfung hat die besonders gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Gesetzgebung im Jahre 1906 unter dem „liberalen“ Ministerium Staaff erfahren, so daß die Rede- und Pressfreiheit dermaßen beschränkt ist, daß man einiger unbedachter Worte wegen zu Strafarbeit verurteilt werden kann. Diese Ausnahmegesetze und Strafbestimmungen sind während des Generalstreiks der schwedischen Arbeiterschaft und nach dem Streik mit besonderer Schärfe angewandt worden und haben zu einer Reihe harter Strafurteile geführt. Das gleiche gilt von dem Majestätsbeleidigungsparagrafen, der ja auch eine Art Ausnahmegesetz bildet. Einige kritische Bemerkungen über die Gleichgültigkeit, mit der der König dem großen Kampf zwischen Kapital und Arbeit gegenüberstand, führten zu Verurteilungen von sechs und acht Monaten Strafarbeit. In einem Falle hatte die untere Instanz sogar auf 18 Monate erkannt. Wegen dieser verschiedenen Ausnahmegesetze hat nun der Genosse Granting im Namen der sozialdemokratischen Fraktion in der zweiten Kammer des schwedischen Reichstags einen ausführlich begründeten Antrag eingebracht, in dem, was die beiden zuerst erwähnten Strafbestimmungen anbetrifft, verlangt wird, daß sie beseitigt werden und das Strafgesetzbuch in diesen Punkten wiederum die Form erhält, die es vor 1899 und 1906 hatte. Ferner wird die Beseitigung des Majestätsbeleidigungsparagrafen in der Weise verlangt, daß Beleidigungen gegen den König nicht mehr mit Strafarbeit, sondern nach den allgemeinen Strafbestimmungen mit Geldbuße geahndet werden können. Schließlich verlangt der Antrag noch eine Aenderung der strafrechtlichen Bestimmungen über die Verhaftung. Die Anklage- und die Polizeibehörden haben während des Massenstreiks von ihrer Macht dermaßen Gebrauch gemacht, daß die persönliche Freiheit streikender Arbeiter jederzeit in Frage gestellt war.

Ein zweiter Antrag der sozialdemokratischen Fraktion soll zur Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit dienen. Er ist von dem Genossen Sven Persson eingebracht und ausführlich begründet. Es wird darin vorgeschlagen, daß der Reichstag 5 Millionen Kronen bewilligt, die als zinsfreie Darlehen den Kommunen zur Verfügung gestellt werden sollen, um den Arbeitslosen, soweit wie nur irgend möglich, Arbeit zu verschaffen, und zwar unter der Bedingung, daß bei der Ausführung solcher Arbeiten die allgemeinen üblichen Arbeitslöhne nicht herabgedrückt werden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eine Lokomotive entgleist.

Amtlich wird gemeldet: Donnerstag abend 6 Uhr entgleiste die Lokomotive eines Arbeitszuges beim Vorziehen in die Weiche 9 bei Bahnhof Friedrichstraße mit einer Achse infolge unrichtiger Stellung der Weiche. Die Aufgleisung war um 7.45 Uhr beendet. Während dieser Zeit waren beide Ferngleise gesperrt. Zug 20 wurde auf dem Stadtgleise vom Schlesischen Bahnhof nach Charlottenburg geführt. Die Züge von Spandau nach Stralburg pendelten zwischen Spandau — Charlottenburg — Weich — Stralburg — Schlesischen Bahnhof. Die übrigen Fernzüge hatten Verspätung bis zu 10 Minuten. Die Untersuchung der Schuldfrage ist eingeleitet.

### Aus dem elsaß-lothringischen Landesanschuß.

Strasbourg, 3. Februar (W. L. W.) In der Nachmittagsitzung des Landesanschlusses bemerkte der Abgeordnete Reich, die elsaß-lothringische Regierung habe Angst vor Berlin und habe danach ihre Haltung in der Sprachenfrage, bei der Weisenburger Denkmalsfeier sowie bei der Wegelinausweisung eingerichtet. Staatssekretär Frhr. von v. Busch erklärte, die Regierung nehme allerdings Rücksicht darauf, daß solche Maßnahmen in hawinischem Sinne ausgenützt werden könnten und es gebe Leute im Lande, die die Gelegenheiten dazu erspähen. Er wolle nicht sagen, daß der Abgeordnete Reich dazu gehöre, aber wenn er eine solche Rede, wie hier, im Reichstage hielt, würde man sagen, Elsaß-Lothringen sei für die Autonomie noch nicht reif.

### Die Unruhen im Oden.

Läbris, 3. Februar (W. L. W.) Aus Karabagh ist hier die Nachricht von einer vollständigen Niederlage Rakin Khan eingetroffen. Rakin Khan ist mit den Ueberresten seiner Reiterei in der Richtung auf die russische Grenze geflüchtet.

### Den Kopf und ein Bein abgefahren.

Braunschw. 3. Februar. (W. L. W.) Auf dem Bahnhof Seezen wurde dem Eisenbahnschaffner Weiberg von einer heranbrausenden Lokomotive, vor der er noch rechtzeitig über die Schienen kommen wollte, der Kopf und das rechte Bein abgefahren. Der Getötete hinterläßt Frau und 5 Kinder.

### Hungernde Familien.

Budapest, 3. Februar. (W. L. W.) Von den Behörden der Stadt Balmazujbaros wurde die Regierung dringend um Hilfe angegangen, da sowohl in der Stadt als in der Umgebung das Elend so groß sei, daß täglich 100 Frauen mit ihren hungernden Kindern vor den Gemeindefürsorgern aufzehen und weinend und wimmernd Brot verlangen.

Reichstag.

29. Sitzung. Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dernburg.

Die vom Amtsgericht Alschaffenburg nachgeführte Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Gerstenberger (S.) wegen Verleumdung beantragt die Geschäftsordnungs-Kommission, dem üblichen Brauche folgend, nicht zu erteilen.

Abg. Erzberger (S.) beantragt, die Erlaubnis zu erteilen: Abg. Gerstenberger will nicht dies, damit er die vom ihm selbst erhobene Klage, auf welche der Beklagte mit Widerklage geantwortet hat, zu Ende führen könne.

Die Genehmigung wird erteilt.

Dann wird die

zweite Beratung des Etats für die Schutzgebiete

fortgesetzt.

Abg. Rathmann (wirtsch. G.): Das Rezept der Sozialdemokratie für die Kolonien lautet: Nicht Maschinengewehre, sondern Ärzte. Aber Maschinengewehre müssen dort dafür sorgen, daß Ärzte überhaupt erst arbeiten können. Gerade im Interesse der Humanität müßten die Sozialdemokraten auch für Wahnbauten und Maschinen-gewehre stimmen. Die Sentimentalität den Schwarzen gegenüber finden wir auch in der Heimat: deutsche Mädchen werden mit Regern in Togo in Verlöbniß, schwärmen sie an und wollen sie sogar heiraten. Die Regierung sollte diesem Unfluge entgegenzutreten. Statt dessen sehen wir, daß der Landrat von Simmerberg sich bemüht, um einem hergelauenen Schwarzen in Hagenbeds Tierpark in Hamburg das Allgemeine Ehrenzeichen zu verschaffen.

Unterstaatssekretär v. Lindequist: Das absprechende Urteil des Herrn Koske über die Kleiniedelungen ist mindestens verfrüht. Das ganze Land soll natürlich nicht mit Kleiniedelungen überzogen werden; läme ich auf einen so uninnigen Gedanken, so wären die 12 Jahre praktischer Tätigkeit, die ich in Südwestafrika verbracht habe, allerdings vergeblich. Ein endgültiges Urteil über die Iedelungen und ihre Bewahrung kann man nach so kurzer Zeit noch nicht haben. Jedenfalls ist die Entwicklung keine ungünstige, sondern im Fortschreiten begriffen. (Wabst. rechts.)

Abg. Schwarze-Lippstadt (S.) bleibt auf der Tribüne vollkommen verständlich.

Abg. Storz (südd. G.): Der Abg. Goller hat in seiner Rede vom Dienstag so wenig die Missionen herabgesetzt, daß er vielmehr die Verdienste speziell auch der katholischen Mission herabgehoben hat. Die Rücksicht auf die deutschen Steuerzahler darf bei der Kolonialpolitik nicht außer acht gelassen werden, der Bahnbau aber ist eine finanzielle volkswirtschaftliche und militärische Notwendigkeit.

Abg. Koske (Soz.):

Die Ausführungen des Abg. v. Diebent zeigen, daß über gewisse Fragen eine Verständigung zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Politikern ausgeschlossen ist. Er fährt aus, daß auch Parlamentarier sich an den Aufsichtsratsstellen beteiligen sollen, daß er selbst solche bekleide und von dieser Tätigkeit nur Freude habe. Ich gebe ihm das zu und auch weiter, daß er nicht Geld damit verdient hat. Um aber zu wissen, daß mit Dampfmaschinen nicht gearbeitet werden kann, wenn keine Dampfessel vorhanden sind, braucht man nicht Aufsichtsratsmitglied bei irgend einer kolonialen Gesellschaft zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zweifellos besteht die Gefahr, daß jemand, der an solchen Erfindungen beteiligt ist, ganz wider seinen Willen in seinem Urteil eine Tribüne erfährt. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei allen Menschen kann die absolute Vorurteillosigkeit nicht gewahrt werden, wenn sie mehr oder weniger an den Dingen interessiert sind, die sie im Parlament zu beurteilen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als ganz grobe Ungehörigkeit aber betrachten wir es, wenn Parlamentarier ihren Namen und ihre Abgeordneten-eigenschaft hergeben, um solche kolonialen Neugründungen zu unterstützen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Mitglieder dieses Hauses schon an kolonialen Gesellschaften beteiligt sind, so hätten sie die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, sich hier der größten Zurückhaltung zu befleißigen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Kleines Feuilleton.

Das Julius Bierbaum † Immer länger wird die Totenliste der jüngstverstorbenen Schriftsteller und Dichter. Nur Conrad, der Bismarck, der einst die moderne Literaturbewegung heraufbeschwor, erlabt sich noch am Daseinsglanze. Eigentlich war auch Bierbaum, gleich Conrad, Jakobowski, Hartleben, Franz Heid, Julius Brand und anderen ein früh vom Tode Begehrter; denn die Nierenkrankheit, der er nun letzten Endes erliegen mußte, hat von ihm schon in weit jüngeren Jahren schweren Tribut gefordert. Indes, seine allezeit scheinbar flüchtig-fröhliche Schlesiernatur vollgierte über mancherlei Fahrlichkeiten des Lebens hinweg. Bierbaum wurde zu Grünberg am 28. Juni 1865 als Sohn eines Kleinbäckers und Konditors geboren, hat aber seine Jünglingsjahre in Sachsen verbracht. Nach verschiedenen Universitätsstudien zu Jülich, Leipzig, Berlin „schneite“ er, ein rechter „fahrender Geselle“ über Wien nach München hinein. Hier erlor er sich gleich die gerade ihre ersten Stürmpellen aufwerfende moderne Kunstbewegung zum Betätigungsfeld. Bödler, Gabriel Roz, Franz Stud, Friß von Ulbe und Hans Thoma griff er heraus. Er besaß eben auch als feuilletonistischer Kunstkritiker eine feine Witterung für die Gegenwart. Nur daß er nicht in die Tiefe drang. Aber er erwies sich bei aller Kammt- und Schaumschlägerei doch immer als Anreger, dem die Miene des begeisterten Apostels gut zu Gesicht stand. Mit „Erlebten Gedichten“ betrat er dann die schöpferische Bahn. Verschiedene Gedichtbücher aus späteren Jahren vermochten zwar keine nennenswerten Lächer aufzustehen. Immerhin, ein Dyrker von ebenso leichter Anpassungsfähigkeit an die buntesten Stilepochen, als temperamentsvoller Beweglichkeit mit einem Stich ins aufgeputzte Wiedermeierium, das war Bierbaum auf alle Fälle. Vermöge dieser Eigenschaften hat es ihm denn auch an großen Erfolgen nicht gefehlt. Ja, das Glück war ihm holder als jedem anderen; seine Gedichtsammlung „Zergarten der Liebe“, die zu dem billigen Preise von 1 M. — eine buchhändlerische Neuerung — herausgebracht wurde, brachte es kurzerhand auf fünf und dreißig Auflagen! Er traf aber auch als Novellist und Romancier den Ton, den das leichtbetört sein wollende Durchschnittspublikum sofort begreift. Überhand erotische Redereien, ein Mißgeschick buntquirlender Laune, mehr schillerndes Phantasiepiel als konzipierte Gestaltung zeichnen seine Fabulier-schöpfungen ergählender Gattung aus, als da sind: „Studenten-beichten“, „Die Freierfahrten und Freiermeinungen des weiblichen Herrn Konstantin Graunzer“, „Schlangendame“, „Stilpe“. Das schöne Mädchen von Pao“, der didaktische angelegte Zeitroman „Prinz Rudolf“ u. a. Außerdem entfaltete er noch als Redakteur und Herausgeber von Zeitschriften („Neue deutsche Rundschau“, „Pan“, „Zinsel“, als „Brettbühnen“-Leiter und Automobil-Reisepostschreiber eine rührige Fruchtbarkeit. Auch hat er sich mehrfach auf dramatischem Gebiet getummelt („Pan im Busch“, „Kollekt“, „Gugelme“, ein Bühnenfestspiel, „Stella und Antonie“, „Drei Stilpe-Romädien“ u. a.). Reist mit glücklichem, klingendem Erfolg. Kehrt aber er bestrebt, eine „Wochenschrift“ anzubahnen, wie die Herausgabe der „Wochenschrift“ bekannt. Und endlich soll ihm sein begeistertes Eintreten für Ditlev Ritten-

Herr Rathmann hätte sich, bevor er gegen mich polemisierte, das Stenogramm meiner Rede ansehen sollen. Ich habe nie behauptet, daß vor der deutschen Besetzung im Säugetiere eitel Frieden geherrscht habe. Ich habe die wirtschaftliche Betätigung der Regier ausdrücklich anerkannt, daß habe ich nicht nur die erfreulichen Dinge aus der Denkschrift hervorgehoben — das besorgen die anderen Herren sehr reichlich — (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern ich habe es für meine Pflicht gehalten, auch die Rehr-seite der Rede zu beleuchten und die schwereren Nachteile zu zeigen, welche für die Eingeborenen aus der deutschen Herrschaft erwachsen.

Herr v. Lindequist wies darauf hin, daß er zwölf Jahre in Südwestafrika gewesen sei, ich nicht. (Zuruf rechts: Das kann ja nachgeholt werden!) Ich würde mich nicht sträuben, mich an einer Studienreise nach Südwestafrika zu beteiligen, nur dürfte es nicht auf Kosten einer privaten Dampfergesellschaft geschehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Herr von Lindequist freut sich über die Schaffung von 66 neuen Kleiniedelungen. Aber was er darunter versteht, ist ja ganz etwas anderes. Auf dem Farmertage hier ist mehrfach zum Ausdruck gebracht worden, daß eine An siedelung nicht möglich sei, wenn der betreffende nicht mindestens 20000 Mark Kapital habe. Das sind dann doch keine „Kleiniedelungen!“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er wies ferner auf den Tabakbau hin. Auf dem Farmertage wurde behauptet, der Tabak könne nur gebaut werden, wenn das Gouvernement sich zur Abnahme verpflichtet, denn die Regier wollen ihn nicht. Das mag also ein schönes Kraut sein! (Heiterkeit.)

So wie Dienstag der Staatssekretär gegen mich polemisierte, sollte man im Reichstag nicht verfahren. Ausführungen vom Regierungstisch sollten sich doch an die Ausführungen des betreffenden Abgeordneten anlehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In dem mehrfach erwähnten Bescheide habe ich nicht der Militärgerichtsbarkeit, sondern bis zu einem gewissen Grade auch der Kolonialverwaltung einen Vorwurf gemacht. Ich gebe zu, daß der Staatssekretär korrekt verfahren ist, indem er die Sache ans Militärgericht abgegeben hat. Aber das beliebte Verfahren ist doch sehr befremdlich. Es wurde ein Beamter nach Kamerun hinausgeschickt, und auf Grund der Vorgänge, die er beobachtete, ist dieser Mann voller Entsetzen aus dem Staatsdienst ausgeschieden und hat die Dinge, die er von dem Hauptmann gesehen hatte, gemeldet. Darauf hat man nicht den Beschuldigten vernommen, sondern als Begutachter einen Major, und nachdem dieser erklärt hat, daß diese Dinge zwar passiert, aber notwendig gewesen seien, wurde das Verfahren eingestellt. Es handelt sich nicht nur darum, daß ein Mädchen geprügelt wurde, sondern es sind auch

Regier zu Trägern gedrückt,

und als sie sich dieser Arbeit entziehen wollten, ist eines von ihnen totgeschossen worden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind keineswegs harmlose Dinge. Im übrigen hat sich der Staatssekretär die Antwort sehr leicht gemacht, indem er auf die meisten meiner Ausführungen gar nicht einging. Seine Bemerkung, die Mißz würde auch nicht mit Prealines schließen, ist doch nur ein sehr billiger Witz, der den Vorwurf nicht beistimmen kann, daß zu Unrecht mehr Menschen totgeschossen sind, als notwendig war. Der Staatssekretär hob hervor, daß Karl der Große an einem einzigen Tage zu Verdun an der Aller 6000 Sachsen habe niederhauen lassen. In der Schule ist uns das niemals als eine besondere Kulturart gepriesen worden, und die Veruhigung der Sachsen wäre ohne diese brutale Gewalttat sicherlich schneller vor sich gegangen. Wir behaupten, daß das auch in unseren Kolonien der Fall ist. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Unzutreffend war ferner, wenn der Staatssekretär behauptete, aus meinen Ausführungen über die vielen Erkrankungen an der Wurmkrantheit beim Bahnbau hätte ich gefolgert, es sollten keine Bahnen gebaut werden. Wenn eine Viertel Milliarde Mark jetzt zu Wahnbauten bewilligt wird, so verlangt ich mit Recht, daß auch etwas mehr Mittel zum Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter aufgewendet werden. (Zustimmung bei den Soz.) Ganz falsch war, was der Staatssekretär über die Zahl der Verstrafungen in den Kolonien sagte, die er auf eine Bevölkerungsziffer von 10 bis 15 Millionen Menschen verteilte. Das ganze Oamboland, erhebliche Teile von Togo, der ganze Norden von Kamerun, in Ostafrika Gebiete mit mehr als einer Million Bevölkerung stehen noch ganz

cron gut angerechnet sein. Bleibende Furchen hat Bierbaums Schaffen nicht gezogen. Unberührt von den sozialen Kämpfen der Gegenwart ist er dahingegangen. c. k.

Die Tradition der preussischen Polizei. Man muß es der preussischen Polizei lassen: sie hat seit 60 Jahren, ja vielleicht seit 90 und 100 Jahren nichts zugelehnt. Immer noch glaubt sie, mit Polizeiverboten, Kätzchenjungen und wie ihre sonstigen sauberen Weisheiten sonst heißen mögen, ein mündig gewordenes Volk, das seine Rechte heischt, gähneln zu können. Daß das Volk, d. h. unter anderem auch das arbeitende Volk ein Recht auf die Strafe hat, um für seine Forderungen zu demonstrieren, das bestreitet die Polizei heute wie — 1848. Man lese folgendes Plakat aus dem Jahre 1848:

Dringende Ansprache.

Das königliche Staatsministerium hat auf die Anzeige, daß heute beschlagnahmt wird, eine Petition um Abänderung des bestehenden Wahlgesetzes in einem zahlreichen Aufzuge nach dem Schlosse zu überbringen, die hierin liegende Demonstration, als die öffentliche Ruhe und Ordnung bedrohend, nicht für gesetzlich zulässig erachtet.

Hiernach ist es meine Pflicht, dahin zu wirken, daß die verabschiedete Demonstration unterbleibe. So sehr ich mich aber zugegen halten kann, daß es bei der Abänderung der diesigen Einwohner-schaft vor dem Geleis, — nur eines solchen Ausdrucks bedarf, um den beachtlichsten Aufzug zu unterlassen, so rechne ich doch auf alle Fälle darauf, daß die Behörden in ihren, der allgemeinen Wohlfahrt gewidmeten Bestrebungen mit Kraft unterstützt werden. Insofern aber wende ich mich an die hierigen löblichen Gewerkschaften, die mir in der letzten so ereignisreichen Zeit so manchen Beweis ehrenden Vertrauens gegeben haben, und deren Sinn für Gesetz und Ordnung meine volle Achtung verdient. Mögen dieselben auch heute ihrer wahren Stellung in der Staatsgesellschaft eingedenk sein, mögen sie eingedenk sein, wie die dem ehrenhaftesten Nährstande vor allen Dingen die Erhaltung und Befestigung der Ruhe, der Ordnung und des allgemeinen Vertrauens am Herzen liegen muß; mögen die Gewerkschaften also auch dieser wohlgemeinten Ermahnung Gehör geben, und sich aller Beteiligung bei dem fraglichen Aufzuge enthalten. Berlin, den 20. April 1848.

Der Polizei-Präsident.

v. Minniski.

Könnte dieser Ausfluß preussischer Staatsweisheit nicht, abgesehen von einigen Ausdrücken, ebenso gut aus dem Jahre 1910 stammen? Das schämte aber ist, daß die Spekulation auf die Nabelbedürfnisse der Bourgeoisie besser denn je berechtigt ist. Man lese statt Gewerkschaften „gute, ordnungsliebende Bürger“ und alles ist im Lot. Nur mit dem Unterschied, daß es heute keine Aufforderung mehr bedarf. Der liberale Bürger stützt die Reaktion aus eigenem Antriebe, denn er ist ein Teil von ihr.

Notizen.

— Viel Lärm um nichts wird man von den Bertolirnissen in der Berliner Sezession sagen müssen. Der Auszug des alten Vorstandes und die Uebnahme der Verwaltung durch die Opposition wird wieder rückgängig gemacht werden, Preußen ist ein

aufserhalb der deutschen Verwaltung. Ebenso falsch war, wenn der Staatssekretär behauptete, wir Sozialdemokraten verweigern die Mittel zur Förderung der Baumwollkultur. Er weiß sehr gut, daß die prinzipielle Ablehnung des Etats keineswegs die Ablehnung aller einzelnen Posten bedeutet. Allerdings betonen wir, daß man sich nicht übertriebene Hoffnungen hingeben darf. Und der Staatssekretär sollte uns daraus umsoweniger einen Vorwurf machen, als in der Denkschrift derselbe Gedanke zum Ausdruck kommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er sollte sich also freuen, wenn wir den bürgerlichen Schönrednern entgegenzutreten und vor übertriebenen Hoffnungen warnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn der Staatssekretär weiter meint, es krisele bei uns bezüglich unserer Stellung zur Kolonialpolitik, so erwidere ich ihm, daß natürlich wie in allen Parteien so auch in unserer manche Gegensätze bestehen. Aber in der Ablehnung der kapitalistischen Kolonialpolitik sind wir einig, und namentlich darin, daß wir allen Anlaß haben, weitestgehende Kritik zu üben. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Ganz unangebracht erschien mir der Vergleich der Sozialdemokratie mit dem blinden Passagier. Dieser Vergleich paßt auf Leute, die dem Herrn Staatssekretär im gewöhnlichen Leben viel näher stehen, weit besser. Wir haben bei unserer Stellungnahme niemals persönliche Vorteile erzielt oder zu erzielen gesucht. Wir bekämpfen aufs schärfste die bestehenden Mißstände und nehmen Stellung dagegen, daß das Volk belästet wird für Zwecke, die denen für das Volk nichts heranspringen kann. Die Kapitalisten aber nutzen dem Volke zu, die Steuern zu bezahlen; sie drücken sich, wenn der Steuereintnehmer kommt, und stecken den Vorteil in ihre Taschen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Verhalten der Deutschen Kolonialgesellschaft hat ja in der letzten Zeit deutlich gezeigt, wer derjenige ist, der vom Wagen herunter springt, wenn es sich darum handelt, sich von den Kosten zu drücken. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir wehren uns dagegen, daß das Volk belästet wird zu eigenem Schaden, zum Vorteil der Kapitalisten, die sich durch die Kolonialpolitik die Taschen füllen. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Goller (fr. Gp.) polemisiert gegen die auf der Tribüne unverständlich gebliebenen Ausführungen des Abg. Schwarze-Lippstadt. Redner polemisiert ferner gegen den Abg. Koske: Früher hat man uns aufgefordert, in die Kolonien zu gehen und uns zu informieren, nun sind wir doch in die Kolonien gegangen! Was sollen wir denn weiter tun? (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Da bleiben Sie! Stimm. Weiter!) Wie kann man Leuten verbieten, über Sachen zu sprechen, an denen sie irgendwie finanziell interessiert sind? Wohin soll das führen? Dann müßten zum Beispiel alle Arbeitersekretäre hier den Mund halten. (Langandauernde Lurche und Heiterkeit im Zentrum und bei den Sozialdemokraten. Sehr gut! auf einigen Bänken der Rechten.) Die Arbeitersekretäre sind doch abhängig von den Arbeitern, denn weh Brot ich eh, des Lied ich sing. (Raus! Raus! Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten und im Zentrum, vereinzelter Beifall rechts.)

Abg. Erzberger (S.): Ich habe die Ausführungen meines Freundes Schwarz auch nicht ganz verstanden. (Große Heiterkeit.) Wenn sich Schwarz aber gegen Verwirklichung finanzieller Interessen mit der parlamentarischen Tätigkeit gewendet hat, so hat er damit nur getan, was mit Recht vor einem Menschenalter der Abg. Lafer hier getan hat. (Sehr gut! im Zentrum.) Andererseits kann man aber nicht so weit gehen und den Abgeordneten die Teilnahme an Unternehmungen einfach verbieten.

Staatssekretär Dernburg:

Herr Koske hat meine neuliche Kritik an der kolonialpolitischen Wandlung der Sozialdemokratie bemängelt. Es steht aber fest, daß in der Sozialdemokratie seit 1906 eine Wandlung in ihrer Haltung gegenüber den Kolonien eingetreten ist. Andererseits kann man freilich der Sozialdemokratie keine tätige Liebe für die Kolonien nachsagen. (Heiterkeit.) Sie erkennt manches an, endet aber doch mit einer Ablehnung des Kolonialstats, weil sich in ihm ein paar Positionen befinden, die ihr nicht gefallen. Eine solche Liebe habe ich das Recht eine platonische zu nennen. (Heiterkeit.) Will die Sozialdemokratie praktisch ihre kolonialpolitische Verleugung beweisen, so bringe sie eine der vielen Resolutionen Abrecht, die wir ja kennen, ein, mit sämtlichen 47 Unterschriften, sage in der Resolution alles, was sie gegen die Kolonien einzuwenden hat, fordere aber, sagen wir einmal 100 000 M. für Förderung der Baumwollkultur. Ich

ordnungsliebendes, für den Parlamentarismus nicht reifes Land (wenn man nach dem Sezessionskrieg urteilen darf). Die Opposition darf nicht die Ministerien besetzen, auch wenn sie die Majorität hat. Der Respekt vor dem absoluten Monarchen (Liebermann) und vor den Fähigkeiten des erblichen Finanzministers (Cassirer) verbietet das. Und so wird man denn der Generalversammlung, die am Freitag tagt, vorschlagen, daß der alte Vorstand mitamt den Hinausgewählten wieder eingesetzt wird und daß hier neue Beerdigung für die dazugewählten Oppositionsmitglieder geschaffen werden. Danach hat wieder Frieden zu herrschen und jedermann die Republik mit zwei Großherzogen an der Spitze und einer verfassungsmäßig beschränkten Opposition gebührend zu achten. Die Eingkeit auf Kosten der Freiheit hat nicht bloß den deutschen Liberalismus auf den Grund gebracht.

— Der Verein für Frauen und Mädchen veranstaltet am Sonntag nachmittag sein drittes Konzert im Choralkonssaal. Es ist ganz modernen Komponisten: Wagner, Bizet, Hugo Wolf, Richard Strauß und Max Reger gewidmet. Orgellänge werden das Konzert eröffnen (Vorspiel zu Parsifal) und schließen (Siegfried Tod). Von Bizet, von Reger und Strauß und vor allem von Wolf wird eine Auswahl charakteristischer Lieder gesungen werden. Außerdem soll Bizet mit einem Klavierwerke aus den „poetischen und religiösen Harmonien“ zu Gehör kommen. Das diesmalige Programm, das ein gutes Bild moderner Musikentwicklung geben wird, führt den Plan der drei Konzerte in schöner Weise zu Ende.

— Das 123. Jugendkonzert findet am Sonnabend, den 5. Februar, in der Gemeinde-Festhalle zu Wehensee, Viktoriusstraße 23, statt. Das Programm berechtigt zum Eintritt und kostet für die Jugend 10, für Erwachsene 20 Pf.

— Mozart-Oper im Gastspiel-Theater. Am Sonnabend, den 5. wird „Die Zauberflöte“ von W. A. Mozart zum ersten Male aufgeführt und am Sonntag wiederholt. Für Montag ist Vorzugs „Wasserdamm“ angelegt.

— Peary in Berlin. Coole erfolgreicher Konturrent Peary wird auf eine Einladung der Berliner Geographischen Gesellschaft hin im Mai in Berlin einen Vortrag mit Lichtbildern über seine Nordpolreise halten. Außerdem wird Peary noch zwei öffentliche Vorträge in der Singalademie halten. Pearys Reise für die Erreichung des Nordpols hat Peary bisher auch nicht vorgelegt.

— Der Hahn, der nicht krähen kann. Die Generalprobe von Hoffmanns „Chantecler“ ist in Paris verschoben worden. In der Eröffnung der Weltkammer ist Hoffmann der Sarah Bernhardt bald über. Satirisch veranlagte Menschen behaupten bereits, das Drama existiere überhaupt nicht.

— Das Befinden Björnsons hat sich seit einigen Tagen wieder verschlechtert. Die Kräfteabnahme nimmt zu; es scheint keine Hoffnung mehr auf Besserung zu bestehen.

— Eine neue Südpolarexpedition wird von Peary mit dem von ihm für die Nordpolreise benutzten Dampfer „Hoosbeck“ geplant. Als Stützpunkt der Expedition ist eine Stelle auf dem antarktischen Kontinent ausersehen, die dem Stützpunkt der englischen Expedition gerade gegenüberliegt. Peary selbst ist nur Manager und will die Fahrt nicht mitmachen.

glaube, diese Resolution würde einstimmige Annahme finden. (Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Es war nicht meine Absicht, beim Kolonialrat noch einmal das Wort zu ergreifen. Die Ausführungen des Kolonialsekretärs nötigen mich aber dazu. Der Staatssekretär glaubte, eine Wandlung in den kolonialpolitischen Anschauungen der Sozialdemokratie konstatieren zu können. Wir befinden uns bei der bekannten Beschränkung in der Lage des Richters, und da müßten wir sagen: Die Vorwürfe gegen den Staatssekretär sind nicht gerechtfertigt. Ich habe damals ganz besonders betont, daß unsere Stellung zur Sozialpolitik dadurch nicht berührt werde. Der Herr Staatssekretär hätte das doch verstehen sollen. Wenn Herr Arendt meinte, das sei nur eine Rindzugeschichte gewesen, so beweist das, daß die Herren sich nicht in den Gedanken hineinversetzen können, man könne auch dem schärfsten Gegner Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn er zu Unrecht angegriffen wird. Auch dann gemeinsame Sache mit den Angreifern zu machen, ist die Methode des Reichstages gegen die Sozialdemokratie. (Lebhaftes Geklapper.) Wir haben ja schon wiederholt auf Seiten der Regierung gestanden. Ich erinnere nur daran, daß mit unserer Hilfe der Antrag der Regierung, Simultanwahlen in Ostafrika einzurichten, gegen das Zentrum und die Konservativen durchgebracht ist. Auch die Differenzen, die innerhalb unserer Partei zweifellos vorgekommen sind, berühren unsere Stellung zu Herrn Dernburg gar nicht; sie befinden sich, wie ich Teil meiner Parteigenossen glaubte, es wäre möglich, daß ein kapitalistisches Staatswesen eine rein humanitäre Politik gegenüber den Eingeborenen treibe. Die große Mehrheit meiner Parteigenossen aber glaubt, daß ein kapitalistisches Staatswesen seiner ganzen Natur nach nie etwas anderes als Ausbeutung und Unterdrückungspolitik treiben kann und daß die deutsche Regierung sie ebenfalls treiben muß. In der ganzen Sozialdemokratie gibt es keinen, der die kapitalistische Kolonialpolitik des Staatssekretärs unterstützen wollte. (Zustimmung d. d. Soz.) Das Beispiel von Karl dem Großen, das der Staatssekretär anführte, war außerordentlich unglücklich, vor allem deshalb, weil Karl der Große die deutsche Nation kolonialisierend geradezu zerstört hat, weil er die Sachen aus ihren Eigen im heutigen Mecklenburg ins Romanische transportierte und an ihrer Stelle Slawen und Dänen ansiedelte. Etwas Unglücklicheres als diesen Versuch des Staatssekretärs, mit historischen Kenntnissen zu glänzen, kann ich mir kaum denken, und ich möchte ihm raten, die Geschichtslitteratur à la Karlchen Nießner dem deutschen Reichstag zu ersparen.

Herr Woller hat

die Aufsichtsratspolitik

verteidigt. Wir greifen die Betätigung im Aufsichtsrat auch bei kolonialen Unternehmungen nicht an. Das ist einem Abgeordneten verweigert, ist, wenn er sich in demonstrativer Weise an der Kolonialpolitik beteiligt und dann auch hier im Hause es tut und sich sogar in die Budgetkommission begeben läßt. Bis zu einem gewissen Grade hat Herr Erzberger uns recht gegeben, als er sagte, das sei eine Sache des Tastes. Die Sache müßte aber zur Sprache kommen, weil einige Herren ganz unglücklicherweise diesen Takt nicht besitzen. Ich erinnere nur daran, daß ein Abgeordneter, der an leitender Stelle an einer Südamerikaner Gesellschaft beteiligt ist, es fertig gebracht hat, in der Kommission die Erhöhung des Gehalts des Gouverneurs für Kamerun anzuregen! Wer von Ihnen wird ein solch gänzlich geschwundenes Taktgefühl etwa nicht missbilligen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für einen Abgeordneten ist die Grenze gezogen, daß er sich nicht dazu gebrauchen lassen darf, in seiner Position als Abgeordneter koloniale Gründungen irgendwelcher Art zu begünstigen; denn die Persönlichkeiten, die einen Abgeordneten dazu auffordern, rechnen nicht mit hohem Idealismus und Patriotismus und irgendwelchen anderen Werten des Abgeordneten, sondern sie sagen sich: Wenn wir für unsere Gründungen den Namen eines „R. d. R.“ bekommen oder noch besser von zwei oder drei, so sind die Aktien besser abzugeben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und noch besser ist, wenn wir einen Mann bekommen, der in der Budgetkommission in kolonialen Fragen Einfluß ausüben kann. Diese Art Leute rechnen eben mit dem Grundtag „eine Hand wäscht die andere!“ Und wenn der Vorsitzende des Aufsichtsrats einer Aktiengesellschaft in den Kolonien beantragt, das Gehalt des Gouverneurs zu erhöhen, so sagen sich die Herren: „Mit diesem Mann haben wir doch einen ganz famosen Griff getan!“ Da hört die Gemütskur auf, da fängt die Unzulässigkeit an, und wir werden energisch dagegen Protest erheben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Bei uns ist diese Aufsichtsratspolitik noch in den Kinderschuhen, aber in Frankreich können wir sehen, wie fortpierend sie wirkt. Wahrscheinlich ist es in anderen älteren Kolonialländern ebenso. Daher haben wir allen Grund, zu sagen: principis obsta! (Widerstehe den Anfängen!) (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Nun zu einer anderen Sache, die mir sehr am Herzen liegt: Vor zwei Jahren haben wir beantragt, daß Anordnungen getroffen werden, wodurch den Eingeborenen, denen ihr Land während des Krieges genommen wurde, aus den der Regierung zur Verfügung stehenden Ländereien soviel Land zurückgegeben werden soll, daß sie darauf ihren Lebensunterhalt in der gewohnten Weise im selbständigen Betriebe gewinnen können. Dieser Antrag ist hier mit sehr großer Mehrheit angenommen worden. Im vorigen Jahre haben wir vergeblich auf Antwort gewartet; jetzt liegt die Antwort des Bundesrates vor. Der Bundesrat sagt: Die Eingeborenen haben die volle Freiheit, ihren Lebensunterhalt selbständig zu erwerben, aber infolge der Einwirkung des Krieges sind sie nur in Ausnahmefällen dazu imstande, meistens sind sie auf die Arbeit der Weißen angewiesen; Anwendungen eigenen Landes könne daran auch nichts ändern, da sie aus Mangel an Vieh nicht zur Viehzucht, die wesentlich in Betracht kommt, imstande seien. Das bedeutet eine nachträgliche Ablehnung des Antrages. Wenn man sagt, die Eingeborenen sind nicht imstande, Viehzucht zu betreiben, so muß man doch daran denken, daß ihnen das Vieh im Krieg genommen ist, und damit sie zu einem selbständigen Viehstand nicht kommen, ist eine Verfügung erlassen, durch welche den Herreros verboten wird, Großvieh zu erwerben. Gerade Großvieh ist aber zur Viehzucht unerlässlich. Und dann sagt die Regierung, sie kann diesen Leuten kein Land geben, weil sie kein Vieh halten können! Das ist geradezu eine Verhöhnung nicht nur der Eingeborenen, sondern auch des Reichstages. (Lebhaftes Geklapper bei den Sozialdemokraten.) Diese Eingeborenenpolitik, diese

kapitalistische Ausbeutungspolitik (schlimmeres Wort,

meint der Staatssekretär, könnten wir irgendwie unterstützen! Wie steht es denn jetzt mit den Eingeborenen in Südwestafrika? Durch die Ausrottungsstrategie Karls des Großen, die Herr Dernburg empfiehlt und die Herr v. Trotha in die Praxis überführt hat, sind die Herreros auf ein Viertel ihres Bestandes reduziert, also geradezu ausgerottet. Ueber die Zustände bei den Eingeborenen haben wir amtliche Denkschriften, die auf Missionsberichten beruhen. Wir erkennen gern an, daß die Missionare heider Konfessionen sich bis zu einem gewissen Grade bemühen, für die Eingeborenen einzutreten, leider nicht in dem erforderlichen Maße. Nun, die auf den Missionsberichten beruhenden Denkschriften zeigen, daß die Eingeborenen vielfach Hunger leiden, daß die Kindersterblichkeit bei ihnen eine ganz massenhafte ist. Uebrigens scheinen die Missionare im Verkehr mit den Bürgern von Staatsopium und Keetmannshoop von dem Tone geleitet zu haben, von dem uns in vorigen Jahre hier Herr Schumann schöne Proben gab. Wie Herr Schumann in höchst unpassender Weise von weißen Mädchen als schönem „Material“ sprach, so brauchen die Missionare von eingeborenen Kindern den höchst unpassenden Ausdruck „eingegangen“! Raw spricht vom „Eingehen“ bei Tieren, nicht bei Menschen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Missionare sprechen in dem genannten Bericht von dem Viehmangel, vom Stockhut, der daraus entspringt, und von den Opfern, die dieser forbert. Die Missionare führen mit Recht die meisten dieser traurigen Erscheinungen auf den Landmangel zurück; es scheint aber, daß sie die

Resolution des Reichstages zugunsten der Eingeborenenpolitik nicht kennen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung will diesem Landmangel nicht abhelfen, denn er ist es, der die farbigen zu wehr- und willenlosen Slaven der Weißen macht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich muß den Staatssekretär fragen: Sind die offiziellen Missionsberichte im Kolonialamt frisiert worden, oder sind sie schon von den Missionaren in frisiertem Zustande eingekauft? Jedenfalls ist es auffällig, daß andere nicht offizielle Berichte derselben Rheinischen Missionsgesellschaft eine andere, viel schärfere Sprache führen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es heißt darin unter anderem: „Vielmehr wird in kolonialen Kreisen der farbige nur als Arbeitsvieh betrachtet.“

Die Farmer sehen ideal auf die Missionsarbeit. Während die farbigen Männer totharbeiten, amüsieren sich die Weißen mit deren Frauen.“ Daher denn auch die vielen Mischlinge! Von Windhut wird berichtet, daß das Militär einen höchst entsetzlichen Einfluß auf die farbigen ausübe. Geradezu unheilvoll wirkt das „Bambusenweiden“ (Bambusen nennt man bekanntlich die eingeborenen jugendlichen „Diener“), geradezu erschreckend ist die Zahl der illegitimen farbigen Mischlinge, „das Herzerobol“ ist von geschlechtlichen Krankheiten derart infiziert, daß kaum noch gesunde Kinder geboren werden.“ (Hört! hört!) Wahrhaftig, eine schöne Illustration der gepriesenen „Kulturarbeit“! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte übrigens nochmals den Staatssekretär fragen: Sind die Berichte hier oder schon von den Missionaren frisiert worden? Haben die Missionare sie selbst frisiert, so haben sie damit den Beweis geliefert, daß sie nicht die geübte moralische Festigkeit haben, um als Kulturträger in Südwestafrika gehen zu können. Südwestafrika ist neben dem Kongostaat und neben dem Birken des verstorbenen Königs Leopold (Nurbe recht, Sehr gut! bei den Sozialdemokraten) geradezu ein Schmelztiegel dafür, welche grauenhaften Zustände in den Kolonien entstehen — und zwar in Südwestafrika durch das Wirken des Staatssekretärs Dernburg und seiner Bevollmächtigten zugunsten der weißen Unternehmer. (Sehr gut! h. d. Soz., Unruhe h. d. bürgerl. Parteien) Verwilderung und Entfremdung sind die Folgen der gepriesenen kolonialen „Kulturarbeit“. Wo die Regierung beinahe gratis zu bekommen ist, da geht keine weiße Arbeit. Die besten Kenner Südwestafrikas, Leute, die uns politisch so fern als möglich stehen, stimmen darin mit uns überein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Deutsche Reichstag diese Art der Kolonialpolitik billigt, so ist das kein Wunder angesichts der Tatsache, daß alle bürgerlichen Parteien auf den Kapitalismus eingeschworen sind. Die Illusion aber, daß die Sozialdemokratie sich zu dieser Politik bekehren werde, ist

eine der größten Phantasereien,

die mir je vorgekommen sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Keinen Sozialdemokraten wird es geben, der seine Zustimmung dazu gibt, daß die Regier. an Händen und Füßen gefesselt, weißen Sklavenhaltern überliefert werden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es mag einige in unseren Reihen geben, die günstiger als das Gros unserer Fraktion der Kolonialpolitik gegenübersehen: einen Anhänger der Dernburg'schen Kolonialpolitik aber gibt es in unseren Reihen nicht! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Arning (natl.): Mein Bourgeoisheim kann den pathetischen Ausführungen des Abg. Ledebour nicht folgen. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Natürlich!) Herr Ledebour würde wohl erst dann mit der Kolonialpolitik einverstanden sein, wenn der Ränderhauptmann Simon Copper Staatssekretär des Kolonialamts geworden ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das Mitglied der Kommission, das an einer Unternehmung in einer bestimmten Kolonie beteiligt war, hat in lokaler Weise das Referat über den Etat gerade dieser Kolonien niedergelegt. Die Ausführungen der Herren Roske und Ledebour bedecken sich nicht in allen Punkten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Rühmen Sie sich nur um die nationalliberalen Unstimmigkeiten!) — Redner vertritt sich sodann über koloniale Post- und Baumwollfragen.

Abg. Schwarz, Pippstadt (Z.) kommt auf seine früheren Ausführungen zurück, bleibt aber wieder unverständlich.

Abg. Storz (libd. Sp.) erörtert Missionsfragen sowie die samoanische Schulfrage (Konflikt zwischen Gouverneur und Bischof).

Abg. Erzberger (Z.): Es handelt sich in Samoa nicht um eine Simultanfrage, sondern um eine religionslose Schule. (Lebhaftes Geklapper! im Zentrum.) Daß der Bischof von Samoa französischer Nationalist ist (Hört! hört! bei den Liberalen), kommt daher, daß er lange vor dem Beginn der deutschen Herrschaft über Samoa diese geistliche Würde erlangt hat. Wenn der unselige Kulturkampf nicht gewesen wäre, hätten wir weit früher eine deutsche Mission in Samoa gehabt. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Dernburg:

Ich will gegen die Person des samoanischen Bischofs nichts sagen, aber jedenfalls wäre es besser, ein deutscher Bischof mit deutschem Rationalismus amtiert in einer deutschen Kolonie. (Lebhafter Beifall links, zum Teil auch rechts.) Unter keinen Umständen werde ich darin willigen, daß die staatliche Autorität vor dem Bischof zurückweiche. (Lebhafter Beifall auf denselben Vänten, Murren im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (ref. Sp.): Es ist unerschöpflich, daß ein französischer Bischof deutschen Reichsangehörigen verbietet, ihre Kinder in eine deutsche Regierungsschule zu schicken. (Lebhafter Beifall bei den Liberalen, Unruhe im Zentrum.) Wir sind dem Staatssekretär dankbar dafür, daß er gegenüber dem französischen Bischof das deutsche Interesse wahrte. (Stärkster Beifall bei den Liberalen.)

Abg. Erzberger (Z.) protestiert dagegen, daß immer von einem „französischen“ Bischof gesprochen werde. Wenn der Bischof den Besuch einer religionslosen Schule verbiete, so handele er als Katholik, nicht als Franzose. Außerdem habe der Bischof, wie er — Redner — gehört habe, die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dove (ref. Sp.): Da Dr. Müller-Meinungen ganz besonders oft Zusammenstöße mit dem Zentrum hat, so stelle ich fest, daß die ganze freisinnige Fraktionsgemeinschaft auf dem von Dr. Müller-Meinungen vertretenen Standpunkte steht. (Aha! und Na, natürlich! im Zentrum.) Wir wollen, daß überall und unter allen Umständen die staatliche Autorität und die Oberhoheit des Staates über die Schule gegenüber der Kirche zur Geltung gebracht werden. (Lebhafter Beifall bei den Liberalen.)

Damit schließt die Kolonial-Generaldebatte. Die einzelnen Positionen des südwestafrikanischen Etats werden debattelos genehmigt. Es folgt der Etat für

Ostafrika.

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Der Gouverneur von Ostafrika zeigt den Weißen zu wenig Entgegenkommen, dagegen ist er gegen die Regier. von einer besonderen Rücksichtigkeit.

Abg. Werner (Antifemist): Dem Gouverneur v. Neudenberg sollte der Staatssekretär eine Vorlesung über den Verkehr mit Weißen und Eingeborenen halten.

Staatssekretär Dernburg weist die gegen den Gouverneur v. Neudenberg erhobenen Anträge zurück. Damit schließt die Diskussion. Der Etat für Ostafrika wird genehmigt, desgleichen debattelos die Etats für Kamerun, Togo und Neu-Guinea.

Beim Etat für

Samoa

Semerkte Abg. Dr. Arning (natl.): Wir hätten in Samoa lieber einen deutsch sprechenden Bischof als einen französisch sprechenden. Aber gegen jeden Bischof muß die Staatsautorität aufrechterhalten werden. (Zuruf! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kopff (ref. Sp.): Der Bischof in Samoa verlangt: „In Schulfragen entscheide Rom!“ Das kann sich kein Staat gefallen lassen. Der Bischof schädigt dadurch nicht nur das Ansehen des

Staates, sondern auch das der Kirche. Wir werden in einem solchen Konflikt stets auf Seiten der Regierung stehen. (Zuruf! bei den Freisinnigen.)

Abg. Erzberger (Z.): Daß der Bischof sich gegen die Gründung einer religionslosen Schule wehrt, ist doch ganz selbstverständlich. Von einem Kampf gegen das Gouvernement ist in dem Schreiben des Bischofs keine Rede, sondern er legt dar, daß katholische Eltern sich beschwert fühlen, wenn ihre Kinder eine konfessionslose Schule besuchen müssen, obwohl katholische Schulen vorhanden sind. Darin kann doch keine Aufsehnung gegen die staatliche Autorität erblickt werden. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (ref. Sp.): Die Uebertragung der Grundstücke des Herrn Erzberger auf Deutschland bedeutete die Auslieferung der Schule an die Kirche. Die Schule ist eine religiöse Sache“ sagt der Bischof. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das ist die Freiheit, die Sie meinen! Aber das Zentrum ist ja „keine konfessionelle Partei.“ (Große Heiterkeit links.) Staatssekretär Dernburg stellt fest, daß die Regierungsschule eine katholische und eine evangelische Abteilung hat. (Hört! hört! links.)

Abg. Erzberger (Z.): Das beweist nur, daß der Bischof recht bekommen hat, denn nach der mir gewordenen Nachricht war noch 1909 den Dienern der katholischen Kirche der Eintritt in die Regierungsschule nicht gestattet. Wie haben wir behauptet, daß die Schule eine rein religiöse Angelegenheit sei, wohl aber die Erziehung.

Auf die letzte Bemerkung des Herrn Müller-Meinungen bemerke ich: So lange er dafür eintritt, daß Juden als Reserveoffiziere zugelassen werden, werde ich mich auch für berechtigt halten, für einen katholischen Bischof einzutreten. (Lachen links.)

Damit schließt die Debatte. Der Etat wird bewilligt, ebenso debattelos der Etat des Kolonialamts.

Eine Resolution der Kommission auf Einsetzung einer Kommission aus Mitgliedern des Bundesrates und Reichstages zur Förderung der Errichtung eines Denkmals in Berlin für die auf außereuropäischem Boden im Kampfe gebliebenen Deutschen wird einstimmig angenommen. Debattelos erledigt wird noch der Etat des Reichsmilitärgerichts.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Etat des Reichstages. Dritte Lesung des Vertrages mit Portugal.) Schluß 8 1/2 Uhr.

## Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung, Donnerstag, den 3. Februar, vormittags 10 Uhr.

Am Ministertisch: v. Arnim-Griewen. Vizepräsident Dr. Forst teilte mit, daß der Abg. Heimann (Soz.) sein Mandat niedergelegt hat.

Die zweite Beratung des Postetats wird fortgesetzt bei den Einnahmen Titel „Jagd“ mit dem Antrag Borgmann auf Verpachtung der administrativen Jagdbezirke an den Reichsbietenden.

Abg. Herold (Z.): Meine Freunde werden gegen den Antrag stimmen, der hoffentlich nicht wiederkehrt. Herr Borgmann meinte, man solle den Abschluß einzeln vergeblich. Das würde erhebliche Kosten für die Kontrolle verursachen, und eine wirksame Kontrolle wäre trotzdem unmöglich.

Abg. Dippe (natl.): Auch wir lehnen den Antrag ab. Wenn Herr Borgmann als Entschädigung der Oberförster eine Gehaltserhöhung befürwortete, so bedenklich er nicht die Wirkung, die eine solche Erhöhung auf andere Beamtenkategorien haben müßte.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Borgmann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Beim Titel 7, „Verschiedene andere Einnahmen“, beantragen die Abg. Borgmann (Soz.) und Genossen:

„Die Regierung zu ersuchen, bis zur dritten Lesung des Etats und weiter alljährlich eine genaue Nachweisung darüber beizubringen, welche Beträge gemäß §§ 9, 34 des Gesetzes vom 15. April 1878 in die Kasse des Forstfiskus geflossen sind und in welchem Umfang von der Befugnis des § 34 Abs. 2 des genannten Gesetzes vom königlichen Forstfiskus Gebrauch gemacht ist, ferner eine ausführliche Statistik über die wegen Forstdiebstahls und Delikten gegen das Feld- und Forstpolizeigesetz verhängten Strafen vorzulegen; ferner so bald wie möglich eine Reform des Forstdiebstahls- und des Feld- und Forstpolizeigesetzes in die Wege zu leiten.“

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.):

Das Forstdiebstahlsgesetz enthält eine Fülle von so außerordentlich rücksichtlosen und gefährlichen Bestimmungen, daß eine Reform dringender notwendig ist. Zunächst muß auf das Lebhafte bestimmen die Tatsache, daß der beim Forstdiebstahl Betreffende regelmäßig mit dem fünffachen Werte des Entwendeten, meist aber mit dem zehnfachen Werte bestraft werden muß. Außer diesen Mindeststrafen gibt es noch die Möglichkeit der Bestrafung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten resp. bis zu zwei Jahren vom dritten Rückfalle an. Weiter ist eine Verjährung von sechs Monaten vorgesehen, obwohl es sich oft nur um Uebertretungen handelt. Besonders rigoros ist die Bestimmung, wonach bei Forstdiebstählen auch Angehörige ohne weiteres zu harten haben! Das widerspricht allen Grundsätzen unserer Strafgesetze. Ebenso rigoros ist die weitere Bestimmung, daß jeder, auch wenn nur ein Versuch oder eine Teilnahme vorliegt, mit der vollen Schwere des Gesetzes getroffen wird, bei mehreren Teilnehmern jeder einzelne. Erstauslich ist die Bestimmung, daß die Festsetzung der Tage, nach der der Wert des Schadens zu berechnen ist, dem geschädigten Forstfiskus selbst überlassen ist. Das widerspricht den allgemeinen Grundsätzen des Zivil- und Strafrechts. In den Forstdiebstahlprozessen fehlen ferner sehr wichtige Garantien des Strafprozesses. Es gibt keine Schöffengerichte; der Amtsrichter entscheidet ganz allein. Die Revision ist wesentlich eingeschränkt. Schärfe Beamtenartung verdient die Bestimmung, wonach der Forstschußbeamte darüber zu entscheiden ist, daß er Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz in seinem Bezirk gemessenhaft anzeigen werde. Also er muß den Namen des Christengottes anrufen, um verpflichtet zu werden, etwas zu tun, was durchaus nicht dem Gedanken der Nächstenliebe entspricht. Es gibt bekanntlich ein Wort: „Du sollst den Namen Deines Gottes nicht unnützlich führen.“ (Vizepräsident Dr. Forst ruft den Redner zur Sache.)

Das Bedenklichste in dem ganzen Gesetz ist, daß die Geldstrafen nicht der Staatskasse zufallen, sondern dem Geschädigten. (Hört! hört! bei den Soz.) Von drei jungen Mädchen und einem Manne war aus einem königlichen Forst ein Wert von 30 M. entwendet worden, und zwei davon wurden zu je 300 M. Geldstrafe und zum gemeinschaftlichen Erwerb des Wertes von 20 M. verurteilt. Wären die beiden anderen auch verurteilt, so hätte die Gesamtstrafe 1200 M. betragen für einen Schaden von 30 M. und diese Summe wäre in die Tasche des Fiskus oder in einem ähnlichen Falle in die Tasche eines Privaten gekommen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß mögen manchmal diese Strafen nicht lenkbar sein. Das ist gerade in dem vorliegenden Falle das Empörendste, daß es sich um eine arme Arbeiterin handelte, die offenbar aus Not gehandelt hatte und gegenüber der es dem Gericht dennoch versagt war, irgend eine Milderung einzutreten zu lassen.

Weiter findet sich in dem Gesetz die ungeschweuliche Bestimmung, daß dem Geschädigten das Recht gegeben wird, den Verurteilten die Strafe bei sich abarbeiten zu lassen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist also im Interesse des Geschädigten eine Zwangsarbeit eingeführt, wobei der Geschädigte selbst der Vollstrecker ist! Das spricht allen modernen Grundsätzen Hohn. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich wird der Geschädigte auf seinen

Vorteil stark bedacht sein, und so haben wir eine Schuldenlast, schlimmer als jede Schuldhaft. Es handelt sich hier um Bestimmungen, die wie ein hässliches Stück Mittelalter in unsere Zeit hineinragen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Auch wir wollen gewiß Fort und Feld vor unbezüglichen Eingriffen schützen, aber im Interesse der Allgemeinheit, während dieses Gesetz mit seinen rücksichtslosen Bestimmungen offenbar die Privilegien der herrschenden agrarischen Minderheit in Schutz nehmen soll. Wir bitten Sie, unserem Antrag, der mit Parteipolitik nichts zu tun hat, zuzustimmen. Eine Ablehnung unseres Antrages würde beweisen, daß Sie auch in den dringendsten Fällen einer Reform unserer rücksichtslosen preussischen Gesetzgebung von engstirnigen Interessen heraus widerstreben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Besprechung. Die Abstimmung über den Antrag wird ausgesetzt, da er noch nicht gedruckt vorliegt. Bei den außerordentlichen Einnahmen, Erlöse aus dem Verkauf von Forstgrundstücken, liegt ein Antrag Borgmann (Soz.) vor:

„Die Regierung zu ersuchen, in Zukunft Forstverkäufe erst dann zum Abschluß zu bringen, wenn der Landtag seine Zustimmung dazu erteilt hat.“

Abg. v. Brandenstein (kons.) begründet einen Antrag:

Die Regierung zu ersuchen, geeignete Maßnahmen zu treffen, damit von den seitens des Forstfiskus zu verkaufenden Waldparzellen in der Umgebung volkreicher Städte ein möglichst großer Teil von den an Erhaltung dieser Wälder vorzugsweise interessierten Gemeinden oder von zu bildenden Zweckverbänden erworben wird. Bei den Verkäufen wird die dauernde Erhaltung dieser Wälder im Interesse des Publikums durch geeignete Bedingungen sicherzustellen und der Kaufpreis so zu bemessen sein, daß auch dieser Zweckbestimmung Rechnung getragen wird.

Redner fragt die Regierung, ob es wirklich wahr sei, was verschied. erzählt werde, daß neuerdings einer der schönsten Teile des Grunewalds, der Bickelwerder, an eine Baugesellschaft verkauft werden sollte?

Den Antrag Borgmann würden seine Freunde ablehnen, weil er nicht im Einklang stehe mit dem geltenden Staatsrecht.

Minister v. Arnim: Berlin gehört zu den Städten, die außerordentlich viel Wald in ihrer Umgebung haben. Dem Wunsche des Abgeordnetenhauses, Uferstreifen nicht zu verkaufen, ist nachgekommen. Der Bickelwerder war schon seit vier Jahren zum Verkauf in Aussicht genommen; das war zur Fortführung der Döberitzer Heerstraße notwendig. Es ist aber beabsichtigt, die schönste Stelle des Bickelwerders, die Südspitze, zu erhalten. (Bravo!)

Abg. v. Bülow-Homburg (nall.) beantragt: Die Regierung zu ersuchen, zwecks Förderung der Lebensübungen der Schuljugend da, wo ein Bedürfnis dafür vorhanden ist, fiskalisches Terrain zu Spielplätzen in genügender Größe und Zahl den in Betracht kommenden Gemeinden auf deren Antrag zu einem angemessenen Kauf- oder Pachtpreis zu überlassen. Redner spricht des weiteren den Wunsch aus, daß der Verkauf des Bickelwerders noch in letzter Stunde rückgängig gemacht werde.

Abg. Borgmann (Soz.):

Das Fazit aus der Erklärung des Herrn Landwirtschaftsministers ist, daß ruhig weiter verkauft wird. Es ist ja nach seiner Auffassung ganz selbstverständlich, daß die Berliner den Grunewald gar nicht so sehr werten, sondern sich lieber in den Aneipen herumdrücken. Er beweist, daß ihm das richtige Verständnis für die Dinge fehlt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Lande hat man jedenfalls eine umfassendere Erklärung der Regierung in der einschneidenden Frage der Grunewaldverkäufe erwartet, als sie heute erfolgte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Erklärung des Ministers entspricht durchaus dem Wesen des ganzen Stils, der außerordentlich mangelhaft und unübersichtlich aufgestellt ist trotz der sogenannten „Erläuterungen“. So fehlt eine Erläuterung über alle einzelnen Forstverkäufe.

Wenn Herr v. Brandenstein meinte, daß unser Antrag das preussische Staatsrecht verändere, so trifft das nicht zu. Nach der Verfassung, Artikel 99, müssen alle Einnahmen und Ausgaben des Staates für jedes Jahr im Voraus veranschlagt werden, und § 2 des Gesetzes vom 10. Mai 1898 bestimmt, daß auch Veräußerungen von beweglichem und unbeweglichem Staatseigentum in den Staatshaushalt gebracht werden müssen. Und wenn auch diese Bestimmung nicht so klar wäre, hätten wir doch alle Ursache, das Mitbestimmungsrecht des Parlaments zu erweitern. Freilich sehen wir ja, daß man auf Seiten der Herren eher dazu übergeht, in geradezu hochverräterischer Weise die Verfassung über den Haufen zu werfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Davon kann gar keine Rede sein, daß die Regierung nicht vorher hätte, was verkauft werden soll. Der Minister hat ja in der Budgetkommission ausdrücklich von ihren Verkaufsplänen gesprochen, und würde sie dazu die Zustimmung des Landtages einholen, so könnte das ihre Position nur stärken. Die Verkäufe an Private scheinen zunächst nur zu dem Zweck ins Werk gesetzt zu werden, um Spekulationspreise zu bekommen und dann auch von den Städten höhere Preise verlangen zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es macht doch einen recht lässlichen Eindruck, wenn solche Mittel angewandt werden. Nun sollen die Forstverkäufe in der Umgebung größerer Städte den Zweck haben, die Aufforstung von Oedlandbereichen in der Provinz zu bewerkstelligen. Wir sind gewiß bereit, die Mittel der Regierung zu bewilligen, die zu solchen Aufzuchtungen notwendig sind, aber nicht auf diesem Wege, der die großstädtische Bevölkerung auf das schwerste gesundheitlich schädigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Verwirklichung des Antrages v. Brandenstein, der Zweckverbände wünscht, würde so erhebliche Zeit erfordern, daß inzwischen die Forstverwaltung Obsoleszenz hätte, alles zu verkaufen, was sie will. Wir sind keineswegs geneigt, den Städten die Forsten zu schenken, sondern es kann darüber verhandelt werden. Die Regierung möchte aber die Erklärung abgeben, daß sie solange mit den Verkäufen werden will, bis die Zweckverbände gegründet sind. Somit wäre der Antrag Brandenstein wirkungslos. Es ist sehr bedauerlich, daß Herr v. Brandenstein im vorigen Jahre nur beantragt hat, die Uferstreifen von Berlin bis Potsdam nicht zu verkaufen. Wegen eines Verkaufes der Uferstreifen an der Oberspre, die für die Bevölkerung im Osten von der größten Wichtigkeit sind, hatte er nichts einzumenden! Wenn er sich auf den Westen beschränkt hat, so war das wohl eine Art Richtumspolitik, denn er ist ja Vertreter dieser Gegend.

Ich muß unseren Antrag aufrechterhalten. Wenn Sie ihn nicht annehmen, werden Sie sich nicht wundern können, wenn die Regierung auch in Zukunft macht, was sie will. Die Regierung kann sich darauf berufen, daß sie die Finanzen stärken muß, Sie aber, als gesetzgebende Körperschaft, haben die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Rechte mit der Erklärung des Ministers einverstanden ist, ist erklärlich. In dem Anlauf der Oedlandereien liegt ja

wieder eine Unterstüßung der Agrarier!

Ich warne Sie aber davor, die Interessen der großstädtischen Bevölkerung in dieser Weise zu mißhandeln. Was Sie jetzt fördern, ist nicht wieder gutzumachen. Dem Antrag v. Bülow werden wir zustimmen, nur sollte man keinen Unterschied machen, ob es sich um „patriotische“ Turner oder um Arbeiterturner handelt. Wir wollen, daß jeder Volksgenosse die Möglichkeit erhält, sich in freier Luft die Bewegung zu verschaffen, die für die Gesundheit des Körpers und Geistes unbedingt notwendig ist. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Arnim: Der Antrag Borgmann verstoßt gegen die verfassungsmäßige Grundlage. In der Richtung des Antrages v. Bülow ist schon bisher alles geschehen, wo ein Bedürfnis vorlag.

Abg. Stiehm (fl.) wünscht, die Regierung möge dafür sorgen,

daß Zweckverbände, wie sie der Antrag Brandenstein in Aussicht nimmt, im Zwangswege gebildet werden können.

Abg. Kesenow (fr. Sp.): Wir stimmen den Anträgen Brandenstein und Bülow zu. Die Grunewaldverkäufe sollten, wenn nicht ganz unterbleiben, so doch hinausgeschoben werden, damit die Gemeinden Groß-Berlins sich über ein gemeinsames Vorgehen verständigen können.

Abg. Graf Spee (3.): Den Antrag Borgmann lehnen wir ab. Der Verkauf von Bickelwerder ist berechtigt. Somit müßte der Staat die Kosten der Döberitzer Heerstraße ganz auf die Taschen der Steuerzahler abwälzen. Von einer Waldverwüstung kann dabei nicht die Rede sein.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Lieber (nall.), Boisty (nall.), Hellisch (l.) und Brütt (fl.) betont

Minister v. Arnim, daß die Terrainverkäufe nur so weit erfolgen sollen, als zur Deckung der Kosten der Heerstraße nötig ist. Die schönsten Teile des Bickelwerders sollen erhalten bleiben.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Borgmann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinniger abgelehnt. Der Antrag v. Brandenstein geht an die verstärkte Gemeindef Kommission, der Antrag v. Bülow wird einstimmig angenommen.

Hierauf wird die vorher zurückgehaltene Abstimmung über den Antrag Borgmann, betreffend das Forstdiebstahlgeseh usw., vorgenommen. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freisinniger abgelehnt.

Die Ausgaben werden nach unwesentlicher Debatte bewilligt.

Es folgt der Domänenetat. Ein Antrag des Zentrums, der Konfessions- und National-Liberalen, die Regierung zu ersuchen, dem Abgeordnetenhause zur nächsten Session eine übersichtliche Zusammenstellung über die der Domänenverwaltung unterstellten Werte und deren wirtschaftliche Ergebnisse vorzulegen, wird nach kurzer Debatte angenommen. Im übrigen wird der Etat nach unerheblicher Spezialdebatte genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr. (1. Lesung des Gerichts-Kostengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und Notare. Dann 2. Lesung des Justizetats.) Schluß 5 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Sparbarkeit in der Reichsbudgetkommission.

Herr Erberger verfolgt mit eiserner Konsequenz das Ziel, im Kleinen bei den Ausgaben zu sparen; auch beim Militärstat. Auf seine Veranlassung wurden von den für

die Bezirkskommandos

geforderten 88 neuen Stellen für Feldwebel 16 und von den 24 Stellen für Unteroffiziere 12 gestrichen. Wahrscheinlich hat die Militärverwaltung das Bedürfnis des Zentrums, zum mindesten in der Kommission Abstriche zu machen, richtig eingeschätzt und daher gleich einige Stellen mehr gefordert als zur Aufrechterhaltung eines geregelten Geschäftsganges unbedingt erforderlich ist. ... Hingegen wurde vom Zentrum für das zum Teil in Wegfall gekommene Tischgeld die

besondere Aufwandsentschädigung

für die Offiziere des 1. Garderegiments und des Gardedulorspals gestrichelt, obgleich dieser Mehraufwand nicht im Interesse des Reiches gemacht zu werden braucht, sondern mit der Stellung jener Regimenter zum Hofe zusammenhängt. Die hierfür geforderte Gesamtsumme beträgt die Kleinigkeit von „nur“ 76 400 M!

Ueber

die Bekleidungsämter

wurde eine sehr interessante Debatte geführt, die aber zum größten Teil — angeblich im Interesse der Sicherung militärischer Geheimnisse — für vertraulich erklärt wurde. ... Die Rekanforderungen von 1 Stabsoffizier, 3 Hauptleuten und 19 Unteroffizieren wurden gestrichen, und von drei angeforderten Inspektorstellen wurden nur zwei genehmigt, weil man allgemein der Meinung ist, daß die vorhandene Zahl von Offizieren und Unteroffizieren für den Dienst völlig ausreichend sei und zudem die Offiziere für Abnahme von Tuchen und anderen Bekleidungsgegenständen nicht besonders geeignet sein sollen, obgleich sie — wie Genosse Stücken mitteilen wollte — vor ihrem Dienstort zwei Tage eine Tuchfabrik und drei Tage lang eine Färberei besuchen müssen, um sich die nötigen „Fach- und Sachkenntnisse“ anzueignen! Allgemein wurde über die bei den Bekleidungsämtern vorhandene hohe Anzahl von Aufsichtsbekleidungsbeamten geklagt. Genosse Singer erklärte: er habe den Eindruck, daß neue Stellen geschaffen würden, um mehr Anwärter unterzubringen. Man glaube in militärischen Kreisen offenbar, daß ein General alles versteht und daß ein solcher daher auch Betrieben vorsehen könne, zu deren Beaufsichtigung und Leitung Fachkenntnisse und kaufmännische Bildung gehörten.

Beim Kapitel

„Bekleidung und Ausrüstung der Truppen“

wurde durch eine Anfrage über den Wert der grauen Schuhtruppenuniformen die ungeheuerliche Tatsache bekannt, daß die deutsche Armeeverwaltung

für 20 Millionen Mark Tuchvorräte

besitzt, die für volle drei Jahre reichen! Auch diese Mitteilung sollte auf Wunsch des den Kriegeminister vertretenden Generalmajors von Wachs — natürlich „im Interesse der Sicherheit des Reichs“ — geheim bleiben. Das ging der Kommission aber denn doch über die Duldbarkeit und sie lehnte es ab, sich in dieser Frage, deren Bekanntwerden weder der Kriegsbereitschaft noch der Kriegsfähigkeit unseres Heeres Abbruch tun kann, Stillschweigen aufzuerlegen. Wenn aber das Ausland aus dieser Wirtschaft in der Heeresverwaltung auf die Tüchtigkeit unserer Heeresführung nachteilige Schlüsse ziehen und uns niedriger einschätzen würde, so trägt das vielleicht dazu bei, daß wir endlich ein wenig Remedur schaffen. Nach diesen Enthüllungen scheint es ja nicht nur in der Marine mit dem Einkauf zu haben! — Da die Verkaufsfaltung angelegt wurde, so dürfte die Angelegenheit in der Freitagssitzung nochmals erörtert werden.

Kindermißhandlung.

Die Reichstagskommission zur Vorberatung der Strafgesetzbuchnovelle trat am Donnerstag nach längerer Beratung dem am Mittwoch von uns wiedergegebenem Vorschlage des Regierungsentwurfs mit wenigen Änderungen bei. Das Schulalter wurde von 14 auf 18 Jahre erhöht und auf die Personen, die dem Hausstand angehören (also z. B. das Gefinde), ausgedehnt. Der Begriff „grausame Behandlung“ wurde durch den Ausdruck „rohe oder boshafte“ Behandlung ersetzt. Der neuen Strafbestimmung ist dem § 223 a als zweiter Absatz beigefügt. Sie lautet:

„Gleiche Strafe (2 Monate bis 5 Jahre Gefängnis) tritt ein, wenn gegen eine noch nicht 18 Jahre alte oder wegen Gebrechlichkeit oder Krankheit wehrlose Person, die der Fürsorge oder Obhut des Älteren untersteht oder seinem Hausstand angehört, eine Körperverletzung mittels roher oder boshafter Behandlung begangen wird.“

Der Fortschritt der neuen Vorchrift liegt darin, daß die Verfolgung solcher Kindermißhandlungen von Amts wegen (ohne das Erfordernis eines Strafantrages) eingeleitet hat. Demnach würden z. B. derartigen Mißhandlungen von jugendlichen Diensthofen zu verfolgen sein, auch wenn ein ausdrücklicher Strafantrag nicht vorliegt. Daß die Strafbestimmungen allein keineswegs die Fürsorge für die Jugend erschöpfen regeln können, wurde in der Kommission offenkundig anerkannt.

Eine Anregung des Genossen Franz, zunächst über den Bildung Beratenen Teil dem Plenum Bericht zu erstatten, fand, wie wohl

ein ähnlicher Beschluß in der letzten Session einstimmig gefaßt war, von verschiedenen Seiten Widerspruch und mußte deshalb zurückgezogen werden. Die Anregung hätte Erfolg gehabt, wenn nicht Waller-Meinungen vorgebracht hätte, den Rest der Novelle erst nach Erledigung der Strafprojekthandlung in Angriff zu nehmen. Wegen dieser ungewöhnliche Behandlung einer Vorlage erhoben die Regierung und mehrere Kommissionsmitglieder Einspruch.

In erster Lesung der Kommission sind noch die Vorschläge über Bekleidungs- und über Erpressung zu beraten. Mit der Erörterung der letzten Materie soll am Mittwoch in der Kommission begonnen werden.

## Aus der Partei.

Heißige Arbeit.

Unsere Parteigenossen in Löbtau, einer Vorstadt Dresdens, haben die beiden letzten Sonntage Hausorganisation getrieben mit dem Resultat, daß der Parteiorganisation rund 500 neue Mitglieder zugeführt und zugleich eine große Anzahl Abonnenten für die „Dresdener Volkszeitung“ gewonnen wurden. — Die Zahl der Parteimitglieder ist jetzt in Löbtau von 1300 auf 1800 gestiegen, in Striepen, einer anderen Dresdener Vorstadt, von 1100 auf 1400. In den anderen Bezirken des Wahlkreises Dresden-Land ist eine ähnliche Agitation geplant.

Die badischen Organisationen zur Offenburger Konferenz.

Eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Mannheim erörterte die Beschlüsse der Offenburger Konferenz. Mehrere Redner erklärten sich mit den Beschlüssen einverstanden, verworfen aber das Verfahren, sie auf einer Konferenz zu fassen — der Landesparteitag wäre dafür zuständig gewesen. Die Abhaltung der Konferenz sei eine Verletzung des demokratischen Prinzips. Andere Redner hielten die Konferenz für angebracht. Zu einer Abstimmung über die Frage, ob Konferenz oder Parteitag, kam es nicht.

Pollzettelchen, Verächtliches usw.

Noch ein Nachspiel zum Königsberger Schandfäuleprozeß.

Dresden, 3. Februar.

(Privatdepeche des „Vorwärts“.)

Genosse Schiller von der Breslauer „Volkswacht“ wurde wegen Verleumdung Königsberger Richter durch einen Artikel gegen das Urteil im Schandfäuleprozeß von der Breslauer Strafkammer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Straffonds der Presse. Wegen Verleumdung des Vorsitzenden der Reichsvereins der christlichen Schneiderverbände hatte sich am Montag Genosse Thiel von der „Schwäbischen Volkszeitung“ in Augsburg vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. In einem Artikel der genannten Zeitung war seinerzeit behauptet worden, daß der Vorsitzende des christlichen Schneiderverbandes Gampy einen Gehilfen, der dem Deutschen Schneiderverbande angehört, zum Austritt aus der Organisation veranlaßt hat, indem er ihm sein Mitgliedsbuch abnahm und durch einen von Gampy selbst geschriebenen Brief an den Verbandsvorsitzenden den Austritt erklärte. Diese eigenhändige Art des Mitgliederfanges war einer derben Kritik unterzogen worden, worauf Gampy die Verleumdungsklage anstregte.

Am Montag wurde Thiel zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Es hatte sich herausgestellt, daß der angeblich terrorisierte Schneidergehilfe — ein Laubstummer — in verschiedener Hinsicht die Unwahrheit gesagt hatte. Er war sowohl Mitglied der christlichen wie auch der freien Organisation und hatte sein Mitgliedsbuch freiwillig an Gampy ausgeliefert. Auch hatte Gampy nicht die Austrittserklärung geschrieben, wohl aber diesen Brief aufgesetzt. Wegen des Urteils wird Berufung eingelegt werden.

## Aus Industrie und Handel.

Ein lichter Augenblick.

Auch ein proungiertes Unternehmerblatt kann mal einen lichten Augenblick haben, in dem es erkennt, daß die produktive Arbeit die Quelle der Wohlhabenheit — anderer ist. Davon liefert die „N.-Westf. Zig.“ in der Nr. 121 vom 1. Februar cc. einen lässlichen Beweis. Sie nimmt Kenntnis von einem Artikel der New-Yorker Zeitung „Sun“, in dem ein Gespräch mit dem Direktor der Lanchhammer-Werke, Kommerzienrat Dr. Joseph Halbauer, reproduziert wird. Der deutsche Industrielle, der zurzeit eine Reise durch Amerika unternimmt, hat sich lang und breit über die Inferiorität der deutschen Arbeiter gegenüber einem Amerikaner geäußert. Der amerikanische Arbeiter gebrauche bei der Arbeit seinen Verstand viel mehr als der deutsche Arbeiter. Er, Dr. Halbauer, habe seine Arbeiter vergeblich zu bewegen gesucht, sich zu bilden und in demselben Geiste zu arbeiten wie ihre amerikanischen Kollegen, etwas Selbständigkeit und Initiative zu zeigen. Der deutsche Arbeiter begnüge sich mit veraltetem Werkzeug. Er möge gar kein gutes, modernes Werkzeug. Die Folge sei, daß er in einem vollen Monat nur so viel Arbeit leiste wie sein amerikanischer Kollege in elf Tagen. Den übrigen Teil des Gesprächs fassen Betrachtungen des Kommerzienrats über seine eigenen Verdienste und die Leistungsfähigkeit der Lanchhammer-Werke aus. Dazu bemerkt die „N.-Westf. Zeitung“:

„Nach der bekannten Unzuverlässigkeit des New-Yorker Sensationsblattes wäre es nicht verwunderlich, wenn der deutsche Industrielle sich durchaus nicht in diesem Sinne geäußert hätte. Sollte es aber doch geschehen sein, so ist es wohl nicht unangebracht, den sächsischen Industriellen daran zu erinnern, daß er ohne die Tüchtigkeit seiner deutschen Arbeiter schwerlich zu seiner Wohlhabenheit und Stellung hätte gelangen können.“

Offentlich geht dem Blatte die Erkenntnis nicht wieder verloren — sobald die Arbeiter berechtigten Forderungen erheben.

Butterpreise.

Die ungeheuerere Verteuerung der Butter im Vorjahre, die einen seit Jahrzehnten nicht beobachteten Preisstand erreichte, geht aus der nachfolgenden Zusammenstellung hervor, die den im Monat gezahlten durchschnittlichen Großhandelspreis für den Doppelzentner wiedergibt:

	1909	Jan.	Juli	Okt.	Nov.	Dez.
Berlin, I. Sorte	217,24	223,00	229,77	225,04	241,84	241,84
II.	208,00	215,00	247,04	242,88	230,24	230,24
München, f. Schweizergebirgs-	224,00	230,00	272,00	270,75	244,19	244,19
	200,00	211,00	260,00	260,00	228,25	228,25

Die größte Preisdifferenz zwischen Januar und Oktober weist die Rotierung von Münchener Gebirgsbutter mit 200 und 260 M. für den Doppelzentner im Januar bzw. Oktober 1909 auf. Die Gestaltung der Butterpreise in Berlin im Weihnachtsergebnis ergibt sich aus den Preisfeststellungen der von der sächsischen Deputation gewählten Rotierungskommission, nach der sich die Preise für den Doppelzentner folgendermaßen stellen:

	I a	II a	III a
23. Oktober	270—274	280—288	286—292 M.
4. Dezember	262—268	252—260	232—252
22. Dezember	264—272	256—266	232—256
31. Dezember	248—256	240—252	236—240
29. Januar	256—260	232—238	240—264

Nachdem in den Weihnachtstagen die Butterpreise wiederum fast bis zum Höchststande des Jahres gestiegen waren, trat kurz nach dem Weihnachtstage eine Preislenkung ein. Knapp drei Wochen im letzten Drittel des Januar wieder ein Anziehen der Butterpreise erfolgte.

**Ueber die russische Industrie im Jahre 1909.**

Der Stand der bedeutendsten russischen Industriezweige, der Eisenindustrie, läßt sich aus der nachstehenden Tabelle über die Produktion und den Verkauf für die ersten acht Monate des verflossenen Jahres und des Jahres 1908 erkennen:

	Produktion		Verkauf	
	1909	1908	1909	1908
Gusseisen . . . . .	116,2	115,2	31,4	37,5
Halbfabrikate aus Eisen und Stahl . . . . .	125,5	117,2	1,5	1,8
Eisen und Stahl . . . . .	106,0	98,4	91,1	82,2

Auch die Tätigkeit der Metallbearbeitungsindustrie hat sich in der letzten Zeit gesteigert, während gleichzeitig auch der Import ausländischer Metallwaren zugenommen hat. Namentlich hat sich die Einfuhr von Maschinen sehr stark gesteigert. Vergrößert hat sich auch die Einfuhr von Kupfer, obgleich die Kupferproduktion in Russland selbst im vorigen Jahre gewachsen ist.

Ein weiterer Maßstab für die Beurteilung der Lage der Industrie ist das Heizmaterial. Die Kohlenförderung hat sich in allen Rayons im ersten Halbjahre 1909 gegen die erste Hälfte des Jahres 1908 vergrößert und stellte sich für das Jahr 1909 auf 748 290 000 Pud gegen 741 850 000 Pud im Jahre 1908. Gleichzeitig muß eine Zunahme der Kohleneinfuhr aus dem Auslande konstatiert werden; sie betrug für die ersten neun Monate 1909: 188,9 Millionen Pud gegen 160,8 Millionen Pud während der ersten neun Monate 1908.

Die gedrückte Stimmung in der Baumwollindustrie, die sich zu Beginn des Jahres geltend machte, ist im Sommer, nachdem die Ernteaussichten klargestellt waren, geschwunden, und im Juni begannen die Fabriken mit einem vergrößerten Arbeiterbestande zu arbeiten.

Im Laufe des letzten Jahres ist ein großer Zustuß ausländischer, namentlich englischer Kapitalien zu konstatieren. Dem Journal "The Economist" zufolge stellte sich die Summe der in russischen Unternehmungen untergebrachten englischen Kapitalien auf 9,5 Millionen Pfund Sterling gegen 3,8 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1908, obgleich die Gesamtsumme der im Auslande untergebrachten englischen Kapitalien im Jahre 1909 geringer war als im Jahre 1908. Etwas belebt hat sich auch das Betreiben, die russischen privaten Eisenbahnunternehmungen sowie auch städtische, kommunale und andere Unternehmungen zu finanzieren.

**Versammlungen.**

Die Arbeiter der Möbelfabrik Zelder u. Plathen versammelten sich am Montagabend in Mielles Lokal in Richtenberg zur Besprechung von mancherlei Rißständen, die zu fortgesetzten Klagen unter der Arbeiterschaft jener Fabrik Anlaß geben. Ein Mitinhaber der Firma steht an der Spitze des Arbeitgeberschwerbandes in der Holzindustrie. Zugleich bildet aber jene Firma die gefürchtetste Konkurrenz für zahlreiche Unternehmer. Die Arbeiter klagen laut darüber, daß der Tarifvertrag bei Zelder u. Plathen nicht eingehalten wird. Der tarifmäßige Lohnsatz von 27 Mk., der wöchentlich zur Auszahlung kommen soll, wird von den tüchtigsten Arbeitern nur selten überschritten, die meisten stehen tief unter diesem Lohnsatz. Es wurden Beispiele angeführt, daß Arbeiter mit 8 Mk. Lohn und noch weniger für 8 Tage Arbeit zufrieden sein mußten. Sogar mit 55 Pf. Wochenlohn mußte ein Arbeiter einmal nach Hause gehen. Für 3 Tage Arbeit erhielten einige gute Möbeltischler nur 3 Mk. und 5 Mk. Lohn. Einzelne Akkordsätze sind äußerst niedrig und die Arbeit wird so

ungleich verteilt, daß das sogenannte "Kostgeld" von 27 Mk. nur selten verdient wird. Anerkannt tüchtige und fleißige Leute verdienen oft nur 20 und 24 Mk. pro Woche. — Auch über den Druck, den manche Werkführer ausüben, wurde geklagt.

Rißschke vom Holzarbeiterverband hielt der Versammlung einen Vortrag über die augenblickliche Lage in der Berliner Holzindustrie. Begünstigend auf die Verhältnisse bei Zelder u. Plathen, erklärte er, daß die Arbeiter mehr für die Organisation wirken müßten, um Verbesserungen zu erzielen. Die Arbeiter müssen lernen, ihre Rechte selbst zu wahren und sich nicht alles gefallen zu lassen, was ihnen von der Betriebsleitung geboten wird. Mehr Aufklärung sei nötig. Unter solchen Verhältnissen wie bei Zelder u. Plathen würden ja die 5 Proz. Aufschlag zu den Tariffähigen, selbst wenn sie erzielt würden, nicht einmal etwas nützen. Die kleinen Meister, die dem Arbeitgeberschwerband angehören, würden genasführt von den Oberscharmachern. Sie würden freilich auch lieber nach unten wie nach oben, weil es viel bequemer ist. Da müßten aber die Arbeiter Widerstand leisten und ihre Organisation stärken.

Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Die Versammlung beschäftigte sich zum Schluß mit der Wahl von Vertrauensmännern.

**Wöchentliche Marktberichte der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen.** Marktlage: Fleisch: Futur stark, Geschäft ruhig, Preise für Ochsenfleisch höher, für Schmelzfleisch nachgebend. Wild: Futur reichlich, Geschäft nicht belebend, Preise wenig verändert. Getreide: Futur reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise befriedigend. Hülsen: Futur etwas reichlicher, Geschäft etwas lebhafter, Preise im allgemeinen befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise für Butter höher. Gemüse, Obst und Säfte: Futur genügend, in Blumentohl über Bedarf, Geschäft wenig belebend, Preise gedrückt.

**W. WERTHEIM** GM  
BH

**POTSDAMERSTR. 10, 11 und 13**  **FRIEDRICHSTR. 110/112**  
*Passage-Kaufhaus*

Nur FREITAG, SONNABEND, soweit Vorrat reicht

**Extra-Preise in Lebensmitteln**

Prima-Qualitäten zu enorm billigen Preisen

**OCHSENFLEISCH**

- Roastbeef mit Knoch. Pfd. 1.00 u. 1.10
- Roastbeef ohn. Knoch. Pfd. 1.40 b. 1.50
- Filet im Ganzen . . . Pfd. 1.00 u. 1.10
- Filet ausgeschält . . . Pfd. 1.60 b. 1.80
- Frische Rinderzunge . Pfd. 1.00
- Rinderzunge gepökelt . . Pfd. 1.20

**SCHWEINEFLEISCH**

- Schinken . . . . . Pfd. 75, 80 Pf.
- Schulterblatt . . . Pfd. 75, 80 Pf.
- Kamm . . . . . Pfd. 85, 90 Pf.
- Bauch . . . . . Pfd. 70, 75 Pf.
- Rückenfett . . . . Pfd. 70 u. 75 Pf.
- Pökel-Dickbeine . . . Pfd. 75 Pf.

**KALBFLEISCH**

- Keule . . . . . Pfd. 1.00 b. 1.15
- Rücken . . . . . Pfd. 1.10 b. 1.20
- Bug . . . . . Pfd. 95 Pf. b. 1.05
- Kamm . . . . . Pfd. 90 Pf. b. 1.00
- Brust . . . . . Pfd. 90 Pf. b. 1.00
- Brustspitze . . . Pfd. 1.00 b. 1.20

**HAMMELFLEISCH**

- Keule . . . . . Pfd. 85, 90 Pf.
- Rücken . . . . . Pfd. 95 Pf.
- Dicke Rippe . . . Pfd. 75, 80 Pf.
- Dünnung . . . . . Pfd. 60 Pf.
- Kamm . . . . . Pfd. 75, 80 Pf.
- Roulade nach Paris. Art Pfd. 1.05, 1.20

**GEMÜSE-KONSERVEN**

- Pa. Riesen-Stangenspargel <sup>1/2</sup> D. 1.70 <sup>1/2</sup> D. 90 Pf.
- Pa. Stangenspargel I <sup>28/30</sup> Stang. <sup>1/2</sup> Dose 1.45 <sup>1/2</sup> Dose 78 Pf.
- Pa. Stangenspargel III <sup>40/44</sup> Stangen . . <sup>1/2</sup> Dose 1.30
- Pa. Riesenbruchspargel <sup>1/2</sup> Dos. 1.30 <sup>1/2</sup> Dose 70 Pf.
- Pa. Kaiserschoten <sup>extrafein</sup> . . . . . <sup>1/2</sup> Dose 1.20
- Pa. Schoten IV . . . . . <sup>1/2</sup> Dose 35 Pf.
- Pa. Gem. Gemüse II . . <sup>1/2</sup> Dose 58 Pf., <sup>1/2</sup> Dose 33 Pf.

**FRÜCHTE-KONSERVEN**

- Apfelmus . . . . . <sup>1/2</sup> Dose 53 Pf.
- Mirabellen . . . . . <sup>1/2</sup> Dose 62 Pf., <sup>1/2</sup> Dose 38 Pf.
- Pflaumen ganze Frucht . . . . . <sup>1/2</sup> Dose 38 Pf.
- Saure Kirschen ohne Stein <sup>1/2</sup> Dose 80 Pf., <sup>1/2</sup> Dose 45 Pf.
- Reineclauden . . . . . <sup>1/2</sup> Dose 75 Pf., <sup>1/2</sup> Dose 45 Pf.
- Heidelbeeren . . . . . <sup>1/2</sup> Dose 55 Pf.

Hauptniederlage für Berlin. **SÉCHAUD & FILS**, Montreux (Schweiz)  
Erzeugnisse der Schokoladenfabrik von Marke „Ideal“ Feinste Schweizer Milch-Schokolade — Marke „Splendid“ Feinste Schweizer Milch-Kaffee-Creme-Schokolade — Feinste Mokka-Schokolade. Preis per Tafel (80 Gramm) . . . . . **35 Pf.**

**WURSTWAREN**

- Zervelatwurst i. Fettdarm Pfd. 1.20
- Zervelatwurst (Holstein.) Pfd. 1.10
- Salami (Holstein.) . . . . Pfd. 1.15
- Bauern-Mettwurst . . . Pfd. 95 Pf.
- Teewurst Ia . . . . . Pfd. 1.10
- Mettwurst Braunschw. Art Pfd. 90 Pf.
- Schinkenspeck . . . . . Pfd. 98 Pf.
- Feine Leberwurst . . . Pfd. 95 Pf.
- Landleberwurst . . . . Pfd. 85 Pf.
- Leberrotwurst . . . . . Pfd. 90 Pf.
- Rotwurst . . . . . Pfd. 45, 70 Pf.
- Sülzwurst m. Zungeneinlage Pfd. 65 Pf.

Ia frische **Blut- u. Leberwurst** **65 Pf.**  
Pfund 65 Pf.

Garantiert reines **Schweineschmalz** **68 Pf.**  
gewürzt . . . . . Pfd.

Frischobst-  
**Marmeladen**  
Himbeer, Johannisbeer, Kirschen, Erdbeer, Aprikosen **34 Pf.**  
Topf

**Kasseler Rippespeer** Pfund 85 bis 95 Pf. **Kasseler Filetstück** Pfund . . . . . 1.00

Lebende <b>KARPFEN</b> Pfd. <b>75 Pf.</b>	<b>Apfelsinen</b> Dutzend <b>18 Pf.</b>	<b>Ia junge Tauben</b> Stück <b>55 und 75 Pf.</b>	<b>Ia Seelachs</b> im Ganzen Pfd. 15 Pf., im Ausschnitt Pfd. 20 Pf.
<b>Ia Schellfisch</b> Pfund <b>20 u. 30 Pf.</b>	Messina- <b>Blutapfelsinen</b> Dtz. <b>45 Pf.</b>	<b>Ia Suppenhühner</b> frisch geschlachtet, St. <b>1.45, 1.80, 2.00</b>	<b>Fischfilet</b> Pfd. <b>55 Pf.</b>
<b>Ia Kabeljau</b> im Ganzen Pfd. 15 Pf. im Ausschnitt . . . . . Pfd. 20 Pf.	<b>Mandarinen</b> in Kistchen von 25 St. Luxus-Packung . . . . . Kiste <b>58 Pf.</b>	<b>Ia Schneehühner</b> . . . . . Stück <b>88 Pf.</b>	<b>Blumenkohl</b> <b>9 Pf.</b> Kopf

Militärökonomische Unterschleife vor dem Kriegsgericht.

(Dritter Verhandlungstag.)

An die nächsten Zeugen richtet der Verhandlungsleiter die Frage, ob sie öfter beobachtet hätten, daß Engel Hafer von der Kaserne abgeholt und Schrot wieder zurückgebracht habe.

Wachtmeister durch den Haferverkauf noch ein reicher Mann werden. Der Zeuge, der diese Aeußerung getan, ist der vorher benannte Windmann.

Der nächste Zeuge hat niemals Haferkäfer, sondern nur hin und wieder Roggenstroh in den Futterbehältern gesehen.

Kaffee und Speck enthielten. Engel suchte Karstadt und Rautenberg auf und ihnen schloß sich Fr. Jdo an. Die vier gingen durch den Stall nach dem Wagen und nun muhten die Kanoniere abtreten.

Nach der Mittagspause wird in der Beweisaufnahme fortgefahren. Einer der Zeugen, der ehemalige Kanonier Rakotowicz, gibt Auskunft über die große Futterkiste, die hinter einem Verschlag auf dem Futterboden stand.

darin gewesen. Mehrfach werden die Besuche des Getreidehändlers Engel bei dem angeklagten Wachtmeister Karstadt zur Sprache gebracht.

Der Kanonier Binder, der heute als Zeuge auftritt, sagt aus, daß sich die Kanoniere

würden in Zentnerfäden aufbewahrt. Möglich sei es aber, daß in die 1 1/2-Zentnerfäden, in denen die Rourage vom Proviantamt abgeholt wird, auch 2 Zentner Hafer gingen.

Der Zeuge Külle ist der Ansicht, daß die Pferde der Wespansungsabteilung zu wenig Hafer bekommen hätten.

„Einen schönen Gruß vom Müller Engel und er schickt dieses Körbchen!“ Der Zeuge Wiehmkle hat beobachtet, wie Engel mit zwei Säcken Hafer eines Tages vorfuhr, ohne daß der Schrot aber abgeladen wurde.

Der Zeuge Wiehmkle hat beobachtet, wie Engel mit zwei Säcken Hafer eines Tages vorfuhr, ohne daß der Schrot aber abgeladen wurde.

dieneu. Er, Engel, werde die Sache mit dem Wachtmeister Müller und dem Wachtmeister Karstadt erledigen. Der Zeuge, dem der Handel verdächtig vorkam, ging nicht darauf ein.

Stadtverordneten-Versammlung.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 3. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr und gedenkt mit teilnehmenden Worten der Heimführung, welche die „freundnachbarliche Schwesterstadt“ Paris durch die Ueberschwemmung erlitten hat;

Der Stadtdr. Heimann (Soz.) hat längeren Urlaub angemeldet, will aber in der Verkehrsdeputation und im Ausschuss für die Wertzuwachssteuer auch für die Zeit des Urlaubs weiter tätig sein.

Ueber die Tätigkeit des Ausschusses zur Vorbereitung a) der Neuwahl der ständigen Ausschüsse der Versammlung, b) der Abordnung der Mitglieder der Versammlung in die Verwaltungsdeputationen und Kuratorien, c) der Zuteilung der Stadtbezirke an die Mitglieder behufs der Erledigung der Wahlsachen, Rednerchen usw. referiert Stadtdr. Jacobi (N. L.).

Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Im Ausschuss ist ein Antrag auf Bewilligung einer pensionsfähigen persönlichen Zulage von 500 M. für den Direktor der Feuerwehr mit 12 gegen 2 Stimmen abgelehnt worden.

Stadtdr. Leib (Soz.): Wir stimmen dem Ausschussantrage zu, tun das aber mit sehr gemischten Gefühlen. Einmal glauben wir, daß die Vorlage des Polizeipräsidenten keineswegs den berechtigten Ansprüchen der Feuerwehrleute Genüge leistet, und dann wird uns die Zustimmung sehr erschwert durch die Tatsache, daß wir auf die Gestaltung dieser Vorlage gar keinen Einfluß haben.

Beim Neubau des Märkischen Museums, bei seiner inneren Einrichtung und bei der Aufstellung der Sammlungsgegenstände ist der Kostenschlag um nicht weniger als 367 000 M. überschritten worden.

Die Vor schläge des Magistrats hinsichtlich der Einstellung neuer oder erhöhter

Zuwendungen und Beiträge an gemeinnützige Anstalten, Vereine usw.

Stadtdr. Eckard (N. L.): Eine Diskussion knüpft sich zunächst an die Beiträge für Kindergärten und Krippen.

Stadtdr. Dr. West (Soz.): Wir halten uns verpflichtet, bei dieser Gelegenheit wieder einmal darauf hinzuweisen, wie es vor zwei Jahren durch den Kollegen Wurm geschah, daß der Weg, durch die Privatwohltätigkeit den Volkshilfsanstalten und Krippen aufzuheben, nicht auf die Länge gangbar sein wird.

Nach einer kurzen Bemerkung des Stadtdr. Rosenow (N. L.) wird dieser Antrag abgelehnt und die Erhöhung der Subven-

tion für den Verein zur Beförderung der Kleinkinderbewahranstalten von 10 000 auf 12 000 M., für den Verein der Gohnerschen Kleinkinderbewahranstalten von 1500 auf 2000 M., für den Berliner Krippenverein von 3000 auf 5000 M. und für den Verein für Volkshilfsanstalten von 12 000 M. über die Magistratsvorlage (14 000 M.) hinaus auf 16 000 M. beschloffen.

Stadtdr. Dr. West (Soz.): Das Komitee hat eine Bewilligung von 30 000 M. nachgesucht; es will zu der ersten schon vorhandenen und zu der zweiten am 1. April 1910 zu eröffnenden noch eine weitere dritte und vierte derartige Klinik errichten.

Stadtdr. Dr. Isaac (N. L.) empfiehlt gleichfalls die Bewilligung der höheren Summe, desgleichen Stadtdr. Barth (N. L.)

Stadtdr. Rosenow: Auch wir erkennen die Wirksamkeit des Vereins ganz gewiß an, bestreiten aber die Notwendigkeit, 30 000 M. jetzt zu bewilligen.

Stadtdr. Dr. West: Es handelt sich doch nicht bloß darum, die beiden Kliniken „durchzufüttern“, sondern sie sollen ordnungsmäßig betrieben werden, und dazu reichen 10 000 M. nicht aus.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Stadtdr. Dr. West: Die Vorlage wegen Aufbesserung der Befoldungen des Exekutivpersonals der Berliner Berufsfeuerwehr ist in der Ausschussberatung angenommen worden.

Stadtdr. Dr. Rosenow: Die vom Zentralverein für Arbeitsnachweis beantragte Erhöhung der Zubehörung um 4000 M. wird heute vom Stadtdr. Rosenow mit der Notwendigkeit der Aufbesserung der Beamtengehälter dringend befürwortet und, nachdem auch Stadtdr. Rosenow das Einverständnis des Magistrats erklärt, von der Versammlung entgegen dem Ausschussantrage beschloffen.

Soziales.

Restauration des Kaiserlichen Automobilklubs unsalverpflichtig?

Frau F. war im Restaurationsbetriebe des Kaiserlichen Automobilklubs als Kuchentherin beschäftigt. Am 4. April 1909 erlitt sie daselbst dadurch einen Unfall, daß sie beim Geschirrabräumen infolge der glatten Steinfliesen ausrutschte, hinfällig und sich eine Verletzung des linken Armes zuzog.

Die Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft in Mannheim, bei der die Verletzte ihre Ansprüche geltend machte, lehnte eine Entschädigung ab, weil die Verletzte nicht zu den versicherungspflichtigen Personen des Klubsbetriebes im Kaiserlichen Automobilklubs gehörte und zu diesem nicht in einem Lohnverhältnis stand.

Der Arbeiterschutz im Gastwirtsgerwebe ist so äußerst gering, daß er auf diese Bezeichnung kaum Anspruch erheben kann.

weil sie unter dem Scheine des Wohlwollens für die Angestellten ganz erhebliche Verschlechterungen fordert. Es wird darin vom Reichstag und Bundesrat verlangt, die Bundesratsverordnung dergestalt abzuändern, daß die örtlichen Behörden in Bade- und Kurorten im Einverständnis mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Ruhezeit den örtlichen und auch den geschäftlichen Verhältnissen entsprechend verteilen oder auch verlegen können.

Dazu sei zunächst kurz festgesetzt, in welcher Weise die Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902 die Ruhezeiten der gewirtschaftlichen Angestellten „regelt“. Sie bringt für das gelehrte Personal alle 14 Tage bezw. in Orten bis zu 20 000 Einwohnern alle 3 Wochen einen 14-tägigen Ruhezeit. Außerdem soll zwischen je zwei Arbeitsschichten eine ununterbrochene Ruhezeit von 8, für jugendliche Personen unter 16 Jahren eine solche von 9 Stunden eintreten.

Die Herren Hoteliers „begründen“ ihre Petition in einer sehr sonderbaren Weise; die Bundesratsverordnung sei in den Badeorten nicht nötig, da dort die Angestellten in gesunden Verhältnissen leben. Zweitens soll die Bundesratsverordnung nicht durchführbar sein, weil es an Erfräherinnen fehle und weil der Geschäftsgang ein unregelmäßiger sei. Und endlich, die Angestellten hätten in den Badeorten sozial Zeit, daß sie des geschäftlichen Schutzes nicht bedürften. Also: Nicht nötig, weil schon so viel sozial freie Zeit, trotzdem aber nicht durchführbar, weil der Geschäftsgang ein solcher, daß die Arbeitskräfte immer zur Verfügung sein müssen.

Zum Beweis, daß die Angestellten in Badeorten in äußerst gesunden Verhältnissen leben, wird eine von den Unternehmern selbst veranstaltete Krankenstatistik beigelegt, der aber schon deshalb eine Bedeutung nicht beizumessen ist, da sie sich auf nur etwa 17 000 von circa 40 000 Angestellten beschränkt. Wir weisen ferner auf die in diesem Sommer vom „Hamburger Echo“ und uns veröffentlichten geradezu himmelstreichenden Verhältnisse der Angestellten in Badeorten hin.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, der hierzu eine Gegenpetition eingereicht hat, weist mit Recht auch darauf hin, daß die Krankheitsgefahr im Sommer natürlich allgemein bedeutend geringer ist. Aber die in den Saisonplänen notgedrungen bis zur Erschöpfung arbeitenden Angestellten kommen dann häufig genug krank und krank in die Großstädte zurück und liegen hier den Krankenhäusern zu Last.

Mit ihren Anträgen wollen die Unternehmer erreichen, daß die örtlichen Polizeibehörden, die Gemeindevorsteher usw., die Befugnis erhalten für ihr Versehen, womöglich für jeden Betrieb andere Bestimmungen treffen zu können. Von diesen Behörden, denen vor allem die „Frequenz“ und der „gute Ruf“ des Badeortes am Herzen liegt, ist — ohne Rücksicht auf die objektive Beurteilung nicht zu erwarten. Überhand nehmen die Rechnungsträger, persönliche Beziehungen, träben hier die Sachlichkeit. Daran würde auch die Tatsache nichts ändern, daß man im Einverständnis mit den Arbeitnehmern vorgehen will. Man weiß, daß in solchen Fällen die Arbeitnehmer lediglich im Sinne ihres Prinzipals stimmen können.

Aber ganz davon abgesehen wäre eine solche Maßnahme geeignet, einen solchen Muddelmudel von Bestimmungen zu schaffen, daß niemand mehr klar daraus werden könnte. Das aber wollen die Unternehmer augenscheinlich mit ihrem Verlangen gerade herbeiführen. Es dürfte ausgeschlossen sein, daß der Reichstag diesem Wunsche entsprechen wird, um so weniger, als die höhere Verwaltungsbehörde schon heute berechtigt ist, in Kur- und Badeorten die Ruhezeiten für Gehilfen und Lehrlinge über 16 Jahre in Gastwirtschaften während der Saison, und zwar bis zur Dauer von drei Monaten bis auf 7 Stunden herabzusetzen. Damit dürfte der „Eigentum“ des Gastwirtsvereines doch zur Genüge Rechnung getragen sein. Die geringfügigen Bestimmungen, die zum Schutze des gewirtschaftlichen Personals erlassen sind, verlangen keinerlei Durchsicht und Verschärfung, sondern verlangen dringend Erweiterungen vor allem nach der Richtung, daß sie auf die gesamten Angestellten ausgedehnt werden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Braunschweiger Polizei gegen die Hausangestellten-Organisation.

Mit Hilfe des Gewerkschaftsartikels gelang es im November 1903 auch in Braunschweig, die Diensthöfen zu organisieren. Mein von Anfang an wurde die jeweils jüngste Kund der Braunschweiger Gewerkschaftsbewegung polizeilich verfolgt. Strafmandate folgten über Strafmandate. Es gab keine Agitationsversammlung des Diensthöfenvereins, nach der nicht ein oder zwei polizeiliche Strafmandate über je 15 M. erlassen wurden wegen Nichtanmeldung „politischer“ Versammlungen. Einige solcher Strafmandate hatten zurzeit noch ihrer Erledigung durch das Gericht.

Am 23. Januar hielt Genosse Redakteur Wagner in einer öffentlichen Diensthöfenversammlung einen Vortrag, und prompt folgte wieder das Strafmandat gegen die Leiterin der Diensthöfenorganisation, obgleich Wagner keinen Ton über Politik geredet hatte. Doch daran noch nicht genug, ging der Vorstehende der Organisation, Genossin Löffelstedt, folgendes Schreiben zu:

Herrzogliche Polizei-Direktion  
Braunschweig.

Der am 30. November 1903 hier angemeldete Verein für Dienstmädchen, Ausgeherrinnen, Wäsche- und Scheuerfrauen usw. für Braunschweig und Umgegend wird nach § 2 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1903 damit aufgelöst.

Wie aus den §§ 1 und 2 des Vereinsstatuts und der bisherigen Tätigkeit des Vereins hervor geht, verfolgt derselbe politische, insbesondere sozialpolitische Zwecke, er ist also ein politischer Verein im Sinne des § 3 des oben genannten Gesetzes. Nach § 3 des Statuts können auch weibliche Personen unter 18 Jahren Mitglieder des Vereins werden. Diese Bestimmung steht im Widerspruch mit den Vorschriften der §§ 17 und 18 Ziffer 3 des Reichsvereinsgesetzes, nach welchen Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht Mitglieder von politischen Vereinen sein dürfen, und Zuwiderhandlungen unter Strafe gestellt sind. Der Verein verfolgt also einen Zweck, welcher einem Strafgesetze zuwiderläuft, und ist deshalb aufgelöst.  
v. b. Busch.

Aus dieser polizeilichen Verfügung geht und echt preussisch-reaktionärer Polizeigeist an, der die ministeriell versprochene loyale Auslegung des neuen liberalen Reichsvereinsgesetzes völlig vermissen läßt. Die Organisationen der Hausangestellten wird wohl jedermann als gewerkschaftliche Vereine betrachten müssen. Da ein Verein schon als politisch erklärt werden kann, wenn er sich mit sozialpolitischen Dingen beschäftigt, ist braunschweigische Polizeierfindung. Was kann — bei einigen guten polizeilichen Willen — von gewerkschaftlichen und gewerblichen Fragen nicht alles in das Gebiet der Sozialpolitik verwiesen werden? Wer will da die genaue Grenze ziehen? Etwa die Braunschweiger Polizei?

Die Verfügung der Braunschweiger Polizei ist aber auch nicht ganz frei von einigen Kuriosa. Im Jahre 1903 wurde der Polizei ein Statut des damals gegründeten Diensthöfenvereins überreicht.

Nach Jahresfrist hat also die Polizei schon entdeckt, daß der Verein nach dem Wortlaut des Statuts einen Zweck verfolgt, welcher einem Strafgesetze zuwiderläuft. Dann aber besteht der Verein überhaupt gar nicht mehr. Der im Jahre 1903 gegründete Diensthöfenverein hat sich am 1. August 1904 aufgelöst. Am gleichen Tage wurde dann eine Jahreshilfe des Zentralverbandes der Hausangestellten gegründet. Diese Jahreshilfe in Braunschweig wird aber die Polizei daselbst nicht auslösen können, und die polizeiliche Verfügung will das auch anscheinend gar nicht; die Polizeibehörde hat somit eigentlich einen nichtexistierenden Verein aufgelöst.

### Frauen, singet, lacht und tanzt, aber laßt die Hände von Politik!

Das ist der Rat eines nationalliberalen Reichsverbändlers, des Ingenieurs Wachenfeld aus Lübeck, der sich schon durch seine arbeiterfeindlichen Briefe aus dem Mansfelder Streikgebiet herumgemacht hat. Vor einigen Tagen wurde in Lübeck eine bürgerliche Frauenversammlung abgehalten, in der eine Frau Adel aus Hamburg das Frauenstimmrecht forderte. In der Diskussion erschien dann der liberale Reichsverbandsapostel auf der Tribüne, der u. a. erklärte:

Die Rationalliberalen dächten gar nicht daran, sich für die Frauenbewegung ins Zeug zu legen; auch in den Kreisen der Liberalen seien durchaus nicht alle Freunde der Frauenbewegung und bei den Sozialdemokraten finde sie auch keinen ungeteilten Beifall. Er erinnere in dieser Beziehung nur an den „Kaffeezirkel der alten Weiber“ und an Buerd's Artikel über einen Vortrag einer sozialdemokratischen Rednerin: „Das hält ja bei Weib aus!“ Sei es denn der Zweck der Frau in der Welt, einen Beruf zu betreiben? Er glaube nicht. Die Zeit der politischen Frauen sei nie eine Zeit des Fortschritts, sondern des Niederganges gewesen. Daß man sich in Deutschland gegen den Feminismus wöhre, sei ein gutes Zeichen, um so mehr, als in Deutschland die Frauen die Mehrzahl bildeten. Lasse man sie zum politischen Leben zu, würde sich die Zahl der Fraktionen im Reichstage nur noch zum Schaden der Allgemeinheit vermehren und die Zeit vielleicht nicht fern sein, wo die Pantoffelherrschaft statuiert sei. Seiner Erfahrung nach sei in Deutschland übrigens das Verlangen der Frauen nach politischer Betätigung nicht sonderlich lebhaft. Die Politik sei Sache des Verstandes und darum für die Männer. Dann schloß der Redner:

„Was brauchen Sie einen Beruf, was brauchen Sie das Frauenstimmrecht? Singen Sie, lachen Sie, tanzen Sie, aber lassen Sie die Hände von der Politik!“

Die ganze Phittierhaftigkeit des nationalliberalen Bürgerlums brüht sich in diesen Worten der Reichsverbandsgröße aus.

Der Bund für Mutterschutz bietet alle, die geneigt sind, eine Mutter mit Kind gegen Hausarbeit und geringem Entgelt aufzunehmen oder auch nur ein Kind als Pflegelind, ihre Adressen und Bedingungen dem Bureau des Bundes, Trautenaufstr. 20, mitzuteilen. Sprechstunden täglich von 9—1 Uhr, außerdem Dienstag und Freitag, abends von 7—9 Uhr. Briefe sind an Frau Franziska Schulz zu richten.

Gleichzeitig spricht der Bund für Mutterschutz die Bitte um Unterstützung an Geld, Wäsche, Kleidung aus. Bei dem großen Andrang der Hilfesuchenden ist jede Gabe sehr willkommen.

Druckfehlerberichtigung. In der Notiz: „Arbeiterinnen in Amerika“ in der vorigen Nummer muß es selbstverständlich heißen: „Januarheft der von Dr. Conrad — nicht „Conrad“ — herausgegebenen Jahrbücher.“

## Gerichts-Zeitung.

### Ein Revolverattentat eines Eifersüchtigen

befähigte gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schmer das Schöurgericht des Landgerichts III. Wegen versuchten Totschlags war der 23jährige Kohlerger Feich Gittel angeklagt. — Der Angeklagte lernte im Dezember 1903 die Buchhalterin Frieda Blasing kennen. Zwischen beiden entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welches mit Einverständnis der Eltern auch zu einer Heirat führen sollte. Mit der Zeit erlarkten jedoch die beiderseitigen Beziehungen, da der Angeklagte keinerlei Ersparnisse hatte und auch sonst keinerlei Vorbereitungen zu einer Hochzeit traf. Schon vor zwei Jahren kam es zu einer ersten Auseinandersetzung. Der Angeklagte laufte sich damals einen Revolver und schlich sich in das Zimmer der Geliebten ein. Hier verdeckte er sich unter dem Bett in der Absicht, sich vor den Augen des Mädchens zu erschließen. Hierzu kam es jedoch nicht, da Eitel von dem Vater der B. hervorgezogen wurde. Es fand eine große Versöhnungsfeier statt und die alte Liebe war bald wieder hergestellt. Im Oktober vorigen Jahres glaubte der Angeklagte die Wiedereinrichtung machen zu können, daß ihm die B. nicht treu wäre. Es kam zu einer Szene, die den völligen Bruch zur Folge hatte. Am 2. November versuchte G. in der Schillerstraße in Hummelburg sich der B. wieder zu nähern. Als er abgewiesen und sogar ausgelacht wurde, geriet er in einen berartigen Wutzustand, daß er seinen Revolver hervorzog und auf die B. einen Schuß abgab, der diese in die linke Brustseite traf, ohne jedoch eine lebensgefährliche Verwundung herbeizuführen. Der Revolververhöl wurde auf der Straße verhaftet, nachdem er versucht hatte, sich selbst zu erschließen. — Vor Gericht behauptete der Angeklagte, der in der Voruntersuchung völlig gesund gewesen war, daß ihm vor der Tat plötzlich alles schwarz vor den Augen geworden sei und er sich auf nichts mehr besinnen könne. Der Vertreter der Anklage beantragte deshalb, den Angeklagten erst durch einen Gerichtsarzt auf den Geisteszustand untersuchen zu lassen. Das Gericht makte diesem Antrage stattgeben, sodas die Sache der Vertagung anheimfiel.

### Verführung einer Angeklagten.

Schwere sittliche Verfassungen zweier Weib gegen eine jugendliche Angeklagte beschäftigten gestern die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Unter der Anklage der Verführung einer Minderjährigen mußten sich der Kaufmann Franz Fickler und dessen Bruder, der Kaufmann Albert Fickler, vor dem Strafrichter verantworten. — Der Angeklagte Franz F. ist Inhaber eines größeren Papierwarengeschäfts im Frankfurter Viertel. In diesem Geschäft war die 15jährige Gertrud W. als Kontoristin angestellt. Schon nach kurzer Zeit fiel es der Mutter des jungen Mädchens auf, daß diese ein merkwürdig verändertes Wesen zur Schau trug und sehr still und in sich gefehrt war. Sie konnte sich diese Veränderung anfänglich nicht erklären, bis sie eines Tages die traurige Wahrheit erfuhr. Die verführte Mutter erfuhr zu ihrem Entsetzen, daß sich der Chef ihrer Tochter und auch dessen Bruder zu wiederholten Malen an dem Mädchen in sittlicher Beziehung vergangen hatte. Sie erstattete sofort Anzeige, die das jetzige Strafverfahren zur Folge hatte. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Das Urteil gegen die Angeklagten lautete nur auf je 3 Monate Gefängnis.

### Ein Freiheitsprozess.

Ein umfangreicher Theaterprozess, zu dem Schauspieler und Theaterleute aus vielen deutschen Städten geladen waren, nahm gestern vor der Leipziger Strafkammer seinen Anfang. Die Anklage richtet sich gegen den Herausgeber der Halbmonatsschrift „Deutscher Kampf“ und „Leipziger Roland“, Dr. jur. Arthur Pleihner, der wegen Nötigung und Beleidigung sowie wegen Erpressung in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorsatz durch Weckerlangung von Freikarten zu verschaffen, sich zu verantworten hat.

Der Angeklagte Dr. Arthur Pleihner, der in letzter Zeit wiederholt als Angeklagter in einer Reihe von Sensationsprozessen vor Gericht erschienen war, war mit Direktor Hartmann in Disfidenz geraten. Direktor Hartmann hatte ihm und seinen Mitarbeitern die Freikarten entzogen und den Besuch seiner Theater verboten. Als dann ein Mitarbeiter des Angeklagten, Weise, unter Anwendung eines falschen Namens Eintritt in das Theater erlark, wurde gegen ihn und Pleihner wegen Hausfriedensbruchs und Anstiftung dazu vorgegangen. Dr. Pleihner wurde auch zu einer Geldstrafe von 50 M. verurteilt. Einem Tages hatte dann Dr. Pleihner dem Operettensänger Heiner, der jetzt am Bellevue-Theater in Stettin ist, Auftrag erteilt, er solle Direktor Hartmann sagen, daß er, Pleihner, jetzt die Sache satt habe, und wenn Hartmann nicht andere Seiten aufziehe, dann werde er vorgehen. Er habe solches Material in Händen, daß Hartmann die Luft in Leipzig zu schmilz werden würde“. Zu dem Kapellmeister Billy Holz erklärte Dr. Pleihner, „er warte jetzt noch acht Tage, dann schieße er Hartmann ab“. Direktor Hartmann stellte darauf Strafantrag.

Die Verhandlung wird mehrere Tage dauern. Von ihrem Ergebnis werden wir Mitteilung machen.

### Übermals die rote Krankschleife!

Der Vertreter des Welberter Konsumvereins (Kreis Rendscheid-Lennep-Weitmarn), Weißer Friedrich K., hatte ein Strafmandat über 15 M. erhalten, weil er einen Krang mit roter Schleife bei der Beeridigung eines Genossen auf dessen Grab niedergelegt hatte. Er sollte dadurch großen Unlug verüben und 8 10 des Vereinsgesetzes übertreten haben. Das Schöffengericht Welber und das Landgericht Eberfeld nahmen eigenartigerweise beide Delikte als vorliegend an. Das Kammergericht hat, wie unsere Leser sich entsinnen, das Urteil auf, weil grober Unlug zu unrecht als vorliegend angenommen war und legte der Eberfelder Strafkammer, an die die Verhandlung zurückgewiesen war, die Prüfung auf, ob ein außergewöhnliches Leichenbegängnis vorgelegen hat. Die Strafkammer nahm jetzt an: ein gewöhnliches Leichenbegängnis sei nur ein solches, an dem die Leidtragenden teilnehmen, um dem Verstorbenen die letzte Ehre zu erweisen und den Hinterbliebenen einen Beweis ihres Mitgeföhls zu geben. Wenn bei der Beeridigung auch eine politische Befassung betätigt werde, so sei das nicht landesüblich und stempels dem Leichenbegängnis einen außergewöhnlichen Charakter auf. Demnach sei der Angeklagte schuldig. Er sei aber freizusprechen, weil die Polizei zu Erlass eines Strafbefehls auf Grund des Vereinsgesetzes nicht befugt war.

Ist somit auch eine Freisprechung erfolgt, so ist doch die Deduktion der Strafkammer, daß das Leichenbegängnis ein außergewöhnliches werde, wenn eine rote Krankschleife niedergelegt wird, durchaus verkehrt. In Duzenden von Fällen ist auch vom Kammergericht Freisprechung in ähnlichen Fällen bestätigt, die unter Herrschaft des preussischen Vereinsgesetzes ausgesprochen waren. Das preussische Vereinsgesetz enthält eine gleiche Bestimmung wie das Reichsvereinsgesetz. In der Niederlegung eines Kranges mit roter Schleife liegt lediglich die Betätigung des Leichenbegängnisses. Und diese Art der Betätigung ist keineswegs eine außergewöhnliche, sondern die gewöhnliche Erweisung der letzten Ehre. Wann wird die Nadelstichpolitik endlich sich mahigen?

### Habt Acht vor Winkelkonsulenten!

Aus Anlaß des Prozesses gegen den Genossen Weber sind und mehrere Zuschriften von Personen zugegangen, die sich durch das Fabrische Institut geschädigt fühlen. Wir möchten bei der Gelegenheit darauf hinweisen, daß das Institut sich nicht mehr Alexandruenstr. 25, sondern 43 befindet und sich jetzt „Erste rechtswissenschaftliche Gesellschaft“ betitelt. Die dringende Warnung, dies oder ein ähnliches Institut zu benutzen, können wir lediglich wiederholen. Das Arbeitersekretariat, Engelauer 15, gewährt kostenfreie zweckmäßige Rechtsberfolgung.

## Eingegangene Druckschriften.

Wissenschaft und Bildung. Bd. 64. Die Kultur der Araber. Von Prof. Dr. Hell. — Bd. 79. Einführung in die Rechtswissenschaft. Von Dr. G. Radbruch. — Bd. 80. Immanuel Kant. Von Dr. G. v. Alt. 1 M. geb. 1,25 M. — Dussel u. Wemer, Leipzig.  
Der Wille. Von Eise Benjäger. 210 S., geb. 2,80 M. — Erkenntnistheoretische Grundzüge der Naturwissenschaften. Von B. Volkmann. Geb. 6 M. — G. v. Trübner, Leipzig.  
Le „Droit de Grève“ et les Grèves. (Das „Streikrecht“ und die Streiks.) Von André Soubat. Paris 1910. 250 S.  
Annuaire 1910 du bureau des longitudes. (Jahrbuch 1910 des französischen Schiffahrtsamtes.) Paris 1910. 174 S.

## Briefkasten der Redaktion.

Die hiesige Sprekammer findet Studentenkrach 3, welcher 20. 1. 1904, vier Tropfen, 1/2 Fackelzahl 1/2 wochentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprekammer um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist in Buchstabe und eine Zahl als Vorzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Bis zur Zusammenkunft im Briefkasten laufen 14 Tage vergehen. Welche Fragen trage man in der Sprekammer vor.

1. 20. 24. Das, was über Schmägen gebört, bleibt ihr als alleiniges Eigentum. Mit dem Geheiß und dem gesamten Nachlass kann sie so verfahren, wie es zweckmäßig ist. Die Wahl rangiert als Mitgliedschaft des Nachlasses. — 2. 20. 25. In Berlin ist durch Christat die Verschleppung der Deutscher Arbeiter eingeleitet. — 3. 20. 26. Darüber, ob Pleihner als Beamter im Sinne des Kommunalbeamtengesetzes zu rechnen hat, besteht Streit. Nach dem Geheiß und unserm Erachten die Pleihner als Beamter, wenn sie nicht nur vorübergehend angestellt sind. — 4. 20. 12. 1. Bei einer eingetragenen Firma braucht der Name des Inhabers nicht genannt zu werden. 2. Die Vorschriften des Reichsvereinsgesetzes sind zu beachten. 3. Das Gewerbe ist anzumelden in ihrer Gemeinde bei dem Gemeindevorstand. Die Höhe der Gewerbesteuer ist in den verschiedenen Gemeinden verschieden. — 5. 20. 6. Die Staatssteuer, nicht aber die Gemeindesteuer wird für zwei Monate nach beendeter Willkürfreiheit erlassen. Die Gemeindesteuer kann auf Antrag erlassen werden. — 6. 20. 55. Die von Ihnen genannte Rasse ist nicht empfehlenswert. Sie hätten freimüthig Mitglied der Ortsvereinsliste bleiben können. Lassen Sie sich auf Grund Ihrer Beschäftigung zunächst als verheerungsschädliches Mitglied bei der Kulturwerkstatt verzeichnen und bleiben Sie nach Ausschluß der Beschäftigung durch Zahlung der vollen Beiträge freimüthiges Mitglied. — 6. 20. 29. Die Forderung des Namens ist nur mit Genehmigung des Regierungspräsidenten (in Berlin des Polizeipräsidenten) zulässig. Die Genehmigung kostet ungefähr 50 M. — 7. 20. 100. Schriftliche oder mündliche Anmeldung beim Polizeipräsidenten genügt. Ob die später das Gewerbe betreiben werden, können wir umhüllig voraussagen. — 8. 20. 3. Nein. — 9. 20. 11. 8. 1. Innerhalb eines Jahres. 2. Nein. 3. Offenbarer Krankheitsfall für Frauen und Mädchen, Bräutigamsfrage 60 bei Hinz. — 10. 20. 78. Die Mutter hätte nach zurechenbarer Rücksicht für die in Betracht kommenden Kosten nicht nur der Wächter, der an Ihren Mann lassen würde, würde halber gemacht und auch mit Beschlag belegt werden können. Die Einleitung als Teilnahmepolizeireferent kann formlos in jedem sonst gültigen Testament erfolgen. Ein eigenhändiges und unterschriebenes Testament, das bezeugt ist, genügt. Beispiel und Anstiftung für ein solches Testament finden Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Führer. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. — 11. 20. 20 und 21. 20. 100. 1. Nach der altpreussischen für Berlin gültigen Befindungsordnung einbindet die Willkür, sich zu verheiraten, das Gewerbe nicht vom Vertrage. Es liegt vielmehr so: Erhält weibliches Gewerbe vor dem Eintritt der Dienstzeit Gelegenheit zum Verheiraten, so kann es eine andere taugliche Person zur Vertretung des Dienstes an seiner Statt stellen. Kann es das nicht, so muß es den Dienst in Etäten auf ein Vierteljahr, in der Landwehrzeit auf ein halbes Jahr antreten. Handelt es sich um die Gelegenheit zur Heirat nach Eintritt des Dienstes, so ist die Rechtslage folgende (§§ 147, 148 der Befindungsordnung): „Wenn der Dienstvolte durch Heirat oder auf andere Art zur Antretung einer eigenen Willkür verpflichtet (Gewerbe) erhält, die er durch Ausübung der Willkür verwalten möchte“, so kann der Dienstvolte einen länger dauernden Dienstvertragsvertrag vorzuzuglich fähigen. Er muß aber das laufende Vierteljahr, und wenn er monatweise gemietet war, den laufenden Monat aushalten. In das Mädchen am 1. Januar einzutreten, so kann es also, wenn auch der Vertrag auf ein Jahr vereinbart war, zum 1. April schießen. War nur monatweise gemietet, so würde das am 1. Februar eingetreten

Gefunde zum 1. März wegen Heiratsschlichtung, die sonst ihm ent- geht, kündigen können. 2. Berufung gegen ein landgerichtliches Urteil ist bei dem Kammergericht bei dem Kammergericht nachzugehen. — N. 8. 14. Sie sind Miterben an dem gesamten Nachlass. In dem Nachlass gehört das Geschäft, wie es hinterlassen war. Außerdem haben Sie Anspruch auf Zahlung Ihrer Forderungen. Einigen sich Ihre Verwandten nicht gültig, so müssen Sie sich an das Gericht wenden. — G. 8. 101. 1. In dem Fall einer Weitervericherung genügt es, daß wenigstens zwanzig Marken für je zwei Jahre gestellt werden. Selbstversicherer können nur Betriebsbeamte, Werkmeister und dergleichen mit einem Gehalt von 2000 bis 3000 M., ferner Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer, die regelmäßig nicht mehr als zwei Versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen, ferner Hausgewerbetreibende und endlich solche Personen werden, welche nicht versicherungspflichtig sind, weil sie nur gegen freien Unterhalt beschäftigt wurden oder, weil sie sich in einer vorübergehenden durch Beschäftigung des Bundesrats für nichtversicherbar erklärt worden. Diese Selbstversicherer müssen im Bezugsjahr zu den Weiterversicherern in je zwei Jahren mindestens je 40 Marken gestellt haben. 2. Eine Erlebensversicherung für Waisen von Militärpersonen. Sie befindet sich in Potsdam. — Hermann W. 195. 1. und 2. Na. 3. Rein. — Schmidt 10. Die Tabelle ist durchaus klar. Es ist über 400 M. beginnt der Stempel von einer Mark, darunter beträgt er 50 Pf. — N. 2. 47. 1. Sie können über Ihre Wohnung verfügen, wie Sie wollen; jedoch darf die Ausübung Ihres Rechts nicht lediglich schuldlos sein. Im einzelnen tritt das Gesetz keine Bestimmungen. — N. W. 37. Der Mietstempel wird für die im das Jahr fallende Zeit des Vertrages im Januar entrichtet. Die Erhebung ist seit dem 1. Juli eingetrieben. Die Nachforderung entspricht dem Gesetz. Die Vorschriften über Mietstempelpflichter haben wir zusammenfassend zuletzt in Nummer 23 unter Sozialen wiedergegeben. — N. 23. 36. Für Schenkungen ist die Staatsanwaltschaft zuständig. Wegen vollständig jährliche Anschuldigung vor, so wird dieselbe Anklage erhoben. — N. 100. Der Stempel ist von Ihnen zu Unrecht erhoben. Fordern Sie

den selben zurück oder ziehen Sie ihn bei der nächsten Mietzahlung ab. — Mannen 22. 1. und 2. Na. 3. Die Tage haben wir erst kürzlich veröffentlicht. Eine Wiederholung umfaßt zwei Raum. Schließen Sie Ihren Fall und läßt Sie die erforderlichen Anlagen daran. — Uden- nardstraße 27. Der für ein Kind durch den Vater vollzogene Ausritt aus der Landesgrenze ist nach einem Beschluß des Kammergerichts vom Dezember 1908 wirksam. 2. In Berlin mit vollendetem 14. Lebensjahre. — G. 8. 1. Für die Erteilung des Staatsangehörigkeitsausweises sind in Sachsen die Kreisoberämter zuständig. Das Naturalisationsgesetz ist an den Polizeipräsidenten zu übergeben. — G. 8. 14. 1. Verjährungsfrist. 2. Schaden, Verlust, Provision bei Anleihen und dergleichen. 3. Eine Ordnung ist nicht gegeben. 1. Prosz. ist angemessen, haben Sie 2 Prosz. vereinbart, so ist auch das gültig. — N. 20. 14. Wenden Sie sich an das Amtsgericht Wedding. — N. 8. Wilden 100. Bei den vielen Etappen und deren Bezeichnungen ist es nicht gut möglich, die eine oder die andere Sorte absolut als die beste zu bezeichnen. Auch ist zunächst der Verwendungszweck zu beachten. — Fritz Waacke. Die Bezeichnung trifft den Namen des Grundes. — N. C. 333. Wenden Sie sich an das Bureau dieser Zeitung, Köthener Str. 12. — N. 2. 230. 200 Mark. — G. W. Standesamt 7a, Koppenstr. 76. — N. 2. 23. Nicht „Seitenhader-Feilung“ sondern die Zeitung „Der Seifenfabrikant“ erscheint hier in Berlin, Romboulevard 3. — G. 8. 12. Eine Klage würde schwerlich Aussicht auf Erfolg haben. 2. N. 18. 1. Wenn Sie veranlagt waren und nicht reklamiert haben, ja. 2. Bis zum 31. Dezember 1910. 3. Wenn Sie wollen, ja. — W. 5. Wenden Sie sich an die Verhütungsanstalt und an die Aufsichtsbehörde der Ortskrankenkasse. Wenn möglich, gebären Sie der Ortskrankenkasse an und sind versicherungspflichtig. — N. 8. 1. Wiederholen Sie Ihre Anfrage unter Angabe, wann der Betroffene geboren ist 2. Rein. 3. Na. 4. Das hängt von der Anzahl und Höhe der geleisteten Marken ab. 5. Die Witwe und die noch nicht 15 Jahre alten Kinder haben einen Anspruch auf Rückzahlung. — N. 301. 1. Da in keinem der beiden Fälle 300 M. Jahresrente erreicht wird, haben Sie nicht zu zahlen. 2. Sie müßten direkt beim Hauptzollamt verhandeln. — C. 2. 333. 1. Rein, die Wit-

wehe nicht mehr bekannt. 2. Reineswegs. 3. Wenden Sie sich an Genossen Rossmöhl, Unter den Eichen 25. — N. W. 50. Rein. — Toni 8. Nach geschiedener Ehe ist die Frau berechtigt, ihren Mädchennamen oder, wenn sie vor der Eingetragung der geschiedenen Ehe verheiratet war, den Namen wieder anzunehmen, den sie zur Zeit der Eingetragung der Ehe hatte. Diesen Namen darf sie aber nur annehmen, wenn der Mann allein oder wenn beide Teile für schuldig erklärt worden sind. Ist sie allein für schuldig erklärt, so kann sie nur ihren Familiennamen (Mädchennamen) wieder annehmen. Die Wiederannahme des Namens erfolgt dadurch, daß sie die Erklärung in notariell oder gerichtl. beglaubigter Form dem Standesbeamten gegenüber angibt, vor dem die Ehe geschloffen war. Die Rollen sind unentgeltlich. — G. W. 68. Die Strafe ist verhängt, wenn nicht eines leitens des Richters gegen die Beurlaubte eine Handlung unter- nommen ist. Ob das der Fall ist, können Sie durch einen Rechtsanwalt, der die Akten einsehen kann, feststellen. — N. 50. 1. Na. 2. Das Ge- werbegericht, in dessen Bezirk der Betrieb des Arbeitgebers liegt, falls für diesen Ort ein Gewerbegericht nicht besteht, das Amtsgericht ist zu- ständig. — G. W. 7. 1. Rein. 2. Bei der Ein- oder Ausfuhr erteilt die Schine. 3. Soweit sie 6000 Mark übersteigt, ja. 4. Ein Konto, in dem das Haben und Soll hintereinander geführt wird. — G. W. 3. Rein. — G. 8. 79. Leider steht Ihnen ein Recht auf Aufhebung des Miet- vertrages nicht zu. Sie müßten versuchen, sich gültig zu einigen. Dem Will steht ein Grundrecht an den eingetragenen Mietsitz zu. — N. 2. 25. 1. Wenn die Summe keinen Pflichtteil nicht erreicht, ja. 2. Der Vater. 3. W. 19. 1. Versuchen Sie es mit einem Antrag bei der Aufsichts- behörde. Anderes Grundrecht wird selber Ihrem Antrage nicht stattgegeben werden können. 2. Der Vorfall der uns nicht bekannten Statuten ist maßgebend. — Streitfrage 392. Sie sind im Rechtum. Es ist Sache jedes einzelnen Vereins, sich eventuelle Bestimmungen zu schaffen. An sich ist jedes Mitglied gleichberechtigt. — 117. N. 6. Die Jüden können vom Tage der Fälligkeit ab verlangt werden. — C. 3. 500. Reklamieren Sie. Sie haben lediglich den in das Jahr 1908 fallenden Teil der Kirchensteuer zu zahlen.

# Theater und Vergnügungen

Freitag, 4. Februar.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.  
Königl. Schauspielhaus. Strand- funder.  
Neues Königl. Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.  
Deutsches. Don Carlos. (Anfang 6 1/2 Uhr.)  
Kammertheater. Der Kaktus am Scheitelpunkt. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Der große Tote.  
Werituer. Macbeth.  
Festung. Das Konzert.  
Neues. Der Philosoph von Sanssouci.  
Komische Oper. Das Tal der Liebe.  
Weihen. Die geschiedene Frau.  
Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.  
Trionum. Buridan's Esel.  
Klein's. Der große Name.  
Residenz. Im Fingerglanz des Ober-Engadin.  
Thalia. Die Polka-Prinzessin.  
Schiller. Die Räuber. (Anf. 8 Uhr.)  
Geschäft ist Geschäft.  
Zu Charlottenburg. Der Pfarrer von St. Georgen.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Groß- stadtluft.  
Volkstheater. Zap und Zimmermann.  
Ruffen. Heimal.  
Weir. Der Bize-Papa.  
Schauspielhaus. Der dunkle Punkt.  
Metropol. Gollsch!! — Die große Krone.  
Soltes Caprice. Der Luftturner.  
Neuer hunderter Teil. Der Wasser- tropf. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Kassio. Der Obergauner.  
Gedr. Herrfeld. So muß man's machen. Ein Rettungsmittel.  
Schauspiel. Der Volkshund. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Noacks. Straßenbahnfahrer Krause.  
Stadttheater Moabit. Ge- schlossen.  
Parodie. Lohengrin. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Heddel. Kavallerie.  
Wpau. Der Liebeswalzer. Spezia- litäten.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Ruggenhagen. Stettiner Sänger.  
Palast. Spezialitäten.  
Wagnere. Spezialitäten.  
Karl Haverland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Urania. Tausendundein 1910.  
Abends 8 Uhr: Im Fingerglanz des Ober-Engadin.  
Sternkarte. Anstandslos. 57-62.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Freitag 8 Uhr:  
**Im Fingerglanz des Ober-Engadin.**  
**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Fingerglanz des Ober-Engadin.**  
Schauspiel in 3 Akten von Hennequin und Heber.  
Morgen und folgende Tage:  
Dieselbe Vorstellung.  
Sonntag, den 6. Februar, 3 Uhr:  
Eine Hochzeitssnacht.  
**Volkstheater.**  
SW., Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Zap und Zimmermann.**  
**Gastspiel-Theater**  
Röpenicker Straße 68.  
**Mozart-Oper.**  
Sonabend, den 5. Febr., 8 1/2 Uhr:  
Eröffnungsvorstellung:  
**Die Zauberflöte.**  
Sonntag 8 Uhr: Die Zauberflöte.  
**Luisen-Theater.**  
Schauspiel Lucie Bärna.  
**Heimat.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann.  
Sonabend 4 Uhr: Große Kinder- vorstellung: Schneewittchen und Rosenrot. 8 Uhr: Der Seidenfresser.  
Sonntag 3 Uhr: Abteilungen.  
8 Uhr: Am Altar.  
Montag: Heimal.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Geschäft ist Geschäft.  
Schauspiel in drei Akten von Octave Mirbeau. Deutsch v. Max Schönan.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonabend, abends 8 1/2 Uhr:  
Viel Lärm um nichts.  
Sonntag, nach 3 Uhr:  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der Pfarrer v. St. Georgen.  
**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Pfarrer v. St. Georgen.  
Schauspiel in 5 Akten von Heinrich Heide.  
Sonabend, nach 8 Uhr:  
Wallensteins Lager. Die Piccolomini.  
Sonabend, abends 8 1/2 Uhr:  
Der Pfarrer v. St. Georgen.  
Sonntag, nach 3 Uhr:  
Der Heidebauer.  
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr:  
Die Welt, in der man sich langweilt.  
**Berliner Männer-Chor**  
M. d. A.-S.-B. Gaa Berlin. Chorleiter: Botho Frank.  
Sonntag, den 6. Februar, in Freyers Festsaal, Koppenstr. 29:  
**Konzert.**  
Mitwirkende: Frau Konzertängerin Martha Dreyer-Wolff (Sopran), die Trio-Vereinigung der Herren Richard Kuraeh (Klavier), Felix Gutdeutsch (Violine) und Will Deckert (Violoncello).  
Nach dem Konzert: **Großer Ball.**  
Eröffnung 8 Uhr.  
Billets im Vorverkauf 40 Pf., an der Kasse 50 Pf.  
Liedertexte am Saaleingang gratis!  
**Brauerei Friedrichshain am Königstor.**  
Größte Sehenswürdigkeit Berlins.  
Heute Freitag: Ellstotag.  
Prämierung der 3 größten Damenhüte.  
3 Geldpreise: 25, 15, 10 Mark bar.  
Großer Bock-Jubel und Trubel „Auf der Alm“.  
Der berühmteste Feiwitz  
**Schorsch Ehrengreber**  
mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.  
Vollbesetzung haben volle Gültigkeit.  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.

**Arnold Scholz Neue Welt** Hasenheide 108/114  
Täglich im großen Saal:  
**Bockbierfest in den bayerischen Alpen**  
U. a.: Andreas-Hofer-Truppe, Baron Mueckls Bauernkapelle.  
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.  
**Herrnfeld Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. u. N. 4. 5083.  
So muß man's machen  
mit Anton und Donat Herrnfeld.  
Steuerg.:  
**Ein Rettungsmittel**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf 11 bis 9 Uhr.  
Sonntag nachmittag 4 Uhr:  
**Meine-Deine Tochter.**  
Mittwoch, den 9. Februar:  
Premiere:  
**Eine Uebergangs-Ehe.**  
**Folies Caprice**  
Heute Freitag, den 4. Februar:  
Premiere:  
**Der Luftturner.**  
Eudapester-Amerikanisches Lebensbild von Saly.  
**Neuer hunderter Teil.**  
**Herr Wasserkopf.**  
Voll von Günter u. Lauff.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverk. 11-2 Uhr.  
**Karl Haverland**  
Anfang Theater. präz. 8 U.  
77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Das Neueste vom Neuesten  
bietet das  
**Februar-Programm.**

**Zirkus Schumann**  
Freitag, den 4. Februar,  
abends 7 1/2 Uhr:  
**Außerordentl. große Vorstellung.**  
Reut! U. a.: Reut!  
**Fliegender akrobatischer Akt**  
der Franklin-Truppe.  
Reut! Reut!  
**Der Komödiengaukler**  
Harry Lamora.  
Der stürzte somische Reiter  
der Welt Orig.-Bagonghi.  
Waltreten des Kommissionsrats  
Gustav Stensbeck als Gast  
mit seinen neuen herbor-  
ragenden Schülern.  
Direktor Alb. Schumanns  
neue und moderne Vorstellungen.  
Um 9 1/2 Uhr: Ende 11 Uhr:  
**Die drei Rivalen.**  
Sonntag in beiden Vorstellungen  
ungefähr: Die drei Rivalen.  
Kam. 1 Bd. frei, m. Kind. halb. Fr.

**Zirkus Busch.**  
Heute Freitag, den 4. Februar,  
abends 7 1/2 Uhr präz.:  
**Gr. Gala-Vorstellung.**  
Bisher noch nie gezeigt!!!  
**Mc Danell Co.**  
Skandinavischer Sport-Akt.  
Ski, Rodol und Röllschuhe.  
Mr. Jacob, Forderredress.  
Hr. James L. Fills, Schultzeiter.  
Sisters Curtis, Luftserpentin-A.  
Herr E. Schumann, Neudonau.  
Zwergolowa Franziska, Kunst.  
9 Uhr ca. Ende ca. 11 Uhr.  
Die russische Pantomime  
**Marja.**  
**Casino-Theater**  
Götheberg Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Das neue glänzende Programm.  
Reizvoll als „Madame Steinheil“.  
Nur noch kurze Zeit:  
**Der Obergauner.**  
Sonnt. 4 Uhr: Trudgens Sommerreise.  
**Trionon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Buridan's Esel.**  
**Ruggenhagen**  
am Meritzplatz  
8 1/2 Uhr.  
Im oberen Saal:  
Die glänzenden Spezialitäten.  
Heute 9 1/2 Uhr ringen:  
Zhu-Ruba gegen Hanken-Dänemark.  
Wag Schneider-Ludenswalde gegen  
G. Wittmann-Berlin.  
Entscheidungskampf:  
**Gambier gegen Hein**  
Frankreich Berlin.  
Im unteren Saal:  
**Alt-Germanisches**  
**Bockbier-Kellerfest**  
mit Doppel-Konzert.

**Lessing-Theater.**  
Freitag, 8 Uhr: Das Konzert.  
Sonabend, 8 Uhr: Das Konzert.  
Sonntag, 3 Uhr: Hedda Gabler.  
Sonntag, 8 Uhr: Das Konzert.  
**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: Macbeth.  
Morgen: Sohe Politik.  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Philosoph von Sanssouci.**  
Morgen und folgende Tage:  
Der Philosoph von Sanssouci.  
**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
Die geschiedene Frau.  
Sonntag 9 1/2 Uhr: Der dicke Bauer.  
**Neues Operetten-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luxemburg.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr zu er-  
mäßigten Preisen: Der Liebeswalzer.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches**  
**Schauspielhaus.**  
Freitag, den 4. Februar, 8 Uhr:  
**Die Großstadtluft.**  
Sonabend 8 1/2 Uhr: Die Kunstgen  
von Orleans. 8 Uhr: Salak.  
Sonntag 3 Uhr: Lilielo. 8 Uhr:  
Im bunten Reich.  
**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der dunkle Punkt.**

**ROSE-THEATER**  
Branche Frankfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 Uhr.  
**Der Bizepapa.**  
Schauspiel in 3 Akten v. H. Richard.  
Sonabend: Deborah. Nachm. 4 Uhr:  
Kostäppchen.  
**Metropol-Theater**  
**Hallo!!!**  
Die große Revue!  
Sonabend, den 5. Februar 1910:  
2. großer Metropol-Theater-Ball.  
Hutkonkurrenz, 1000 M. Barpreise.  
**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Gussy Holl**  
**Lamborg**  
**Schneider Duncker**  
(prolongiert)  
und das neue  
**Februar-Programm.**  
14 Varietè-Attraktionen.  
**Walhalla**  
**Variete-Theater**  
Weinbergweg 10-20 Rosenthaler Tor.  
Vollständig neue Spezialitäten.  
**Tunnel: Koadierier.**  
Regimentstapele, Zigaretten.  
Theaterstücken freier Eintritt!  
Morgen: Spezialitätenvorstellung  
mit anschließendem Ball.

**WINTERGARTEN**  
Neuer Spielplan!  
**Robert Steidl**  
**Der Vampyr-Tanz**  
Mit Violet Hope and Mr. Lesly  
sowie das drollige  
**Faschings-Programm!**  
**Passage-Panoptikum**  
**Senegal in Berlin!**  
**50 wilde Weiber**  
Männer, Kinder.  
**Drei Negerdörfer**  
Ohne Extra-Entree!  
**Königstadt-Kasino.**  
Quartierstraße 72.  
Täglich: **Frans Sobanski.**  
Reiz: Kitty Wheat, Bortrags-  
soubrette. The Watson, Kom-  
munisten-Akt. 4 Fernandos, Equi-  
libristischer Akt. Max Fros, Stahl-  
Balance. Prolongiert: Viltz,  
Mitter, Gelsch, Lutz uha.  
Sohn Schwelgerer in spe.  
Nach der Vorstellung: **Mittwoch.**  
Sonabend, Sonntag: Tanzkränzen.  
Anf. 8 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.

**Palast-Theater.**  
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.  
Burgstraße 24, am Bahnhof Börse.  
**Das grandiose**  
**Februar-Programm!**  
Phänomenal! Nervenerschütternd!  
**Orig.-Island-Glima-Truppe.**  
Isländische Kampfspiele.  
Anfang 8 Uhr. Sonntag 1 1/2 Uhr.  
Vorzugskarten überall zu haben.  
**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Sonntag, den 6. Februar 1910:  
Auf allgemeinem Wunsch  
wiederholt:  
**Sherlock Holmes**  
Sherlock Holmes: Hans Reiz.  
**W. Noacks Theater**  
Bismarckstr. 10, am Rosenthaler Tor.  
Novität:  
**Straßenbahnfahrer Krause.**  
Lebensbild in 4 Akten.  
Sonabend nachmittag: Große  
Kinder-Vorstellung: Frau Holle.  
**Volgt-Theater**  
Geundbrinnen Badstr. 58.  
Freitag, den 4. Februar 1910:  
**Der Hüttenbesitzer.**  
Schauspiel in 5 Akten von  
George Dinet.  
Raffeneröffnung 7. Anfang 8 Uhr.  
**Sanssouci,**  
Kottbuser  
Str. 6.  
Direktion Wilhelm Kellmer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsch. Sänger**  
und Tanzkränzen.  
Stets neues, hoch-  
attraktives Programm.  
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.

**Reichshallen-Theater.**  
**StettinerSänger**  
Der Nachwächser  
von Jerpenschleuse.  
v. F. Moysal  
Anfang:  
Bismarck-  
8 Uhr.  
Sonntag  
7 Uhr.  
Bismarck seit 8 Tage vorher.  
**ORPHEUM**  
50 BRÜCKENSTR. 2  
an der Ja-nowfabriek.  
**Deutschlands grösste und**  
**vornehmste Lichtbühne**  
650 Sitzplätze  
Feinstes An-  
Anfang:  
Beginn:  
Wochentags 4 Uhr.  
Sonntags 2 „  
**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Schauer Stralsunderstr. 1.  
Nur den Inhalt der Zeitschrift  
abermitteln die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

**Reichshallen-Theater.**  
**StettinerSänger**  
Der Nachwächser  
von Jerpenschleuse.  
v. F. Moysal  
Anfang:  
Bismarck-  
8 Uhr.  
Sonntag  
7 Uhr.  
Bismarck seit 8 Tage vorher.  
**ORPHEUM**  
50 BRÜCKENSTR. 2  
an der Ja-nowfabriek.  
**Deutschlands grösste und**  
**vornehmste Lichtbühne**  
650 Sitzplätze  
Feinstes An-  
Anfang:  
Beginn:  
Wochentags 4 Uhr.  
Sonntags 2 „  
**Berliner Uk-Trio.**  
Felix Schauer Stralsunderstr. 1.  
Nur den Inhalt der Zeitschrift  
abermitteln die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.



# Trinkt keinen Kaffee!



Seit Jahren trinkt man in allen Bevölkerungsschichten Amerikas und Englands zu allen Mahlzeiten Tee, eine Gewohnheit, die auch in Deutschland immer mehr Boden gewinnt. Wir haben es unternommen, unseren Saman Tee allen Kreisen Deutschlands zugänglich zu machen.

Schon seit vielen Jahren ist ja die Schädlichkeit des Kaffeegenusses jedermann bekannt. Die Ärzte haben seit langem auf die nervenzerstörende Wirkung des Kaffeetrinkens hingewiesen, aber es hat sich bis jetzt noch kein Genußmittel geboten, das imstande gewesen wäre, den Kaffee zu ersetzen.

## Das hat sich vollkommen geändert.

Der Tee war bis jetzt in Deutschland wenig verbreitet, weil man der Meinung war, für billiges Geld bekäme man nur schlechten und wenig Tee. Seit die Allgemeine Teeimport Gesellschaft den Saman Tee in Deutschland eingeführt hat, erhält man heute zu den billigsten Preisen den vorzüglichsten Tee von einer Ergiebigkeit, wie sie bisher ein derartiges Genußmittel noch nicht erreicht hatte.

Kaffee schmeckt bekanntlich gut nur in ganz starken Aufgüssen, Saman Tee ist aber von dem herrlichsten Aroma und Geschmack, selbst noch in der stärksten Verdünnung.

Die heutige Finanzlage zwingt zudem noch die meisten Familien, ihren Kaffee mit Zuhilfenahme von Kaffe Zusatz und künstlichen Kaffeearten zu bereiten, ganz abgesehen von dem riesigen Quantum der verfälschten Kaffees, die dem harmlosen Käufer ohne sein Wissen für schweres Geld verkauft werden. Wer heute reinen Kaffee trinken will, muß einen großen Luxusaufschlag bezahlen.

Die Allgemeine Teeimport Gesellschaft hat es sich zur Aufgabe gestellt, dem deutschen Publikum vor Augen zu führen, welche Kosten es spart und welche Vorteile es gewinnt, wenn es statt der Planscherei mit schlechtem Kaffee Saman Tee trinkt. Jede Hausfrau und jeder Familienvater muß sich ausrechnen, wie ungeheuer die Ersparnisse sind, wenn Saman Tee getrunken wird.

1 Pfund Kaffee = 50 bis 60 Tassen kostet M. 1.10, also 1 Tasse Kaffee . . . . . ca. 2 Pfg.  
1 Pfund Saman Tee = 1500 Tassen kostet M. 3.—, also 1 Tasse Saman Tee . . . . . 0.2 Pfg.

Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1 1/2 Pfund = M. 1.65 für Kaffee  
Eine Familie von 5 Personen braucht wöchentlich 75 Tassen = 1/20 Pfund = M. 0.15 für Saman Tee

**Saman Tee** ist also nachweisbar ganz außerordentlich viel billiger und sparsamer als selbst der schlechteste Kaffee.

Die berühmte deutsche Fabrik für Watten und Werkzeugmaschinen Ludwig Loewe & Co. hat seit dem Jahre 1899 anstatt einer Kaffeeküche eine Teeküche eingerichtet. Der Bericht der Firma über die Resultate dieses modernen Unternehmens lautet wörtlich:

„Kaffee betäubt das Hunger- und Müdigkeitsgefühl und spiegelt dem Arbeiter Sättigung vor, denselben so dazu verleitend, mehr Kräfte auszugeben, als den aufgenommenen Nährwerten entspricht. Tee ist zunächst ein sehr billiges Getränk, jedenfalls viel billiger als Kaffee von gleicher Qualität, und lässt sich leichter in grossen Mengen gleichmässig gut herstellen. Um sich aber vor minderwertigen Sorten zu schützen, empfiehlt es sich, nur garantiert echte Tees in Originalpackungen wohlbekanntere Firmen zu kaufen.

Gerade die billigen Sorten unbekannter Herkunft, welche den Namen Tee kaum verdienen, tragen die Schuld daran, dass man bei uns, zumal in minderbemittelten Volksschichten, dem Tee ein grosses Vorurteil und Misstrauen entgegenbringt.

In Wirklichkeit ist Tee aber ein ausserordentlich durststillendes Getränk, welches infolge seines Alkaloidgehaltes blutreinigend und verdauungsfördernd wirkt, indem es die Tätigkeit der Nieren in günstigster Weise beeinflusst. Das im Tee enthaltene ätherische Oel regt die Gehirntätigkeit und Arbeitslust an, ohne die schädlichen Nebenwirkungen des Kaffees zu besitzen.“

Diese Firma verkaufte im Jahre 1908 in der Werkzeugmaschinen-Abteilung 597187 Flaschen Tee an ihre Arbeiter.

# Saman Tee

ist eine indische Teemischung, die nach vielen Versuchen für den deutschen Geschmack besonders zusammengesetzt wurde.

ist schon in den kleinsten Packungen für 10 Pfg. erhältlich. Wenn man früher ein 10-Pfg.-Päckchen Tee kaufte, erhielt man zwar viel Teeblätter, aber nur 6 bis 8 Tassen schlechten Tees. Von einer 10-Pfg.-Packung Saman Tee erhalten Sie bis zu 30 Tassen des köstlichen Getränks.

ist in seiner Zubereitung einfach, man braucht nur eine Kanne und kochendes Wasser. ist kein Tee wie jeder andere, lassen Sie sich vom Händler keinen anderen Tee verkaufen!

Verlangen Sie Saman Tee, denn er ist der einzige, der alle Vorzüge der Billigkeit u. Güte besitzt.

Nur echt mit untenstehender Schutzmarke in Packungen von 10 und 20 Pfennig, 1/2, und 1/4 Pfund und in modern dekorierten Metallbüchsen von 1/2 Pfund in zwei Qualitäten.

## Allgemeine Teeimport Gesellschaft

Fernsprecher  
Amt IV, 602 u. 10823

A. T. G.  
G. m. b. H.

Berlin SO 36  
Harzer Straße 33



# Trinkt Saman Tee!



In Berlin in 1500 durch Plakate kenntlichen Geschäften erhältlich. Wo nicht zu haben, liefern wir direkt, eventuell erfolgt Mustersendung gegen Voreinsendung des Portos.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalkasse. Folgende Vereine veranstalten Vergnügungen in gesperrten Lokalen: Am Samstag, den 6. d. M. der Männerturnverein „Tempelhof“ im Lokal „Lübke“ dortselbst einen Maskenball, am gleichen Tage feiert die „Freiwillige Feuerwehr“ in Wühlend im dortigen Lokal von Müller ein „Winterfest“.

Pankow. Sonntag, den 6. Februar, abends 6 Uhr findet im Saale von Redow, Damerowstr. 19 eine Versammlung statt, in welcher Genosse W. Heidmann über „Konsumfragen“ spricht. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein.

Tegel. Am Sonntag, den 6. Februar findet von den bekannten Bezirkslokale aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen und Genossinnen treffen sich früh 8 Uhr; diejenigen, welche aus Land gehen, bereits um 7 Uhr beim Genossen Jul. Krause, Berlinerstr. 11. Die Bezirksleitung.

Hohen-Neuendorf. Sonntag, den 6. Februar, nachmittags 4 Uhr findet bei Kadrich, Stolper Straße 27 eine öffentliche Wählerversammlung statt. Stadtvorordneter A. Pagels spricht über: Gemeindepolitik und die Arbeiter.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordnetenversammlung

genehmigte gestern die Gehaltsaufbesserungen für die Feuerwehr, wie der Magistrat, im wesentlichen in Uebereinstimmung mit dem Polizeipräsidenten, sie für nötig gehalten und beantragt hatte. Im Anschluß war die Frage erwoogen worden, ob nicht noch etwas mehr gegeben werden könne. Freisinnige dachten do zuerst an die Offiziere, im besonderen an den Herrn Branddirektor, der ihnen noch nicht genug hat. Demgegenüber wiesen die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses darauf hin, daß viele eher die Mannschaften eine noch reichlichere Aufbesserung verdienen könnten. Aber bei der Eigenart des Verhältnisses, das in Berlin zwischen Stadtgemeinde und Feuerwehr besteht, glaubte schließlich der Ausschuß, sich jeden selbständigen Eingriff verjagen zu sollen. Der Polizeipräsident setzt nach Anhörung des Branddirektors die Gehälter für die Feuerwehr fest, und der Stadt bleibt eigentlich nur übrig, zu bezahlen, was am Alexanderplatz für gut befunden wird. Gestern hob unser Genosse Leid noch einmal hervor, daß bei dieser Sachlage es den Gemeindebehörden schwer möglich sei, für die Feuerwehr mehr zu tun. Zu bedauern sei, daß nach den Vorschlägen des Polizeipräsidenten den Mannschaften eine sehr viel geringere Aufbesserung als den Offizieren zuteil werde. Nur durch enbliche Uebernahme der Wohlfahrtspolizei werde die Stadtgemeinde auch das Verfügungsrecht über die Feuerwehr erhalten und dann diesen Zuständen ein Ende machen können.

Die Zuwendungen an wohltätige und gemeinnützige Vereine wurden sämtlich in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Höhe bewilligt. Diese Beiträge der Stadt zu den Kosten der sogenannten freien Liebestätigkeit sind der Preis, um den der Stadtfreisinn sich loskaufen zu können meint von der Erfüllung so mancher Pflicht, die ein Sozial fortgeschrittenes Empfinden den Kommunen zurechnet. Die Fürsorge für die dem Säuglingsalter entwachsene, aber noch nicht schulpflichtige Jugend wird von der Stadt Berlin besonders vernachlässigt. Im Hinblick darauf, daß gerade hier auch die freie Liebestätigkeit ganz unzulänglich ist und mit den aus dem Stadtsäckel gewährten Zuwendungen nicht im entferntesten den Ansprüchen zu genügen vermag, wiederholte gestern die sozialdemokratische Fraktion den schon vor zwei Jahren gestellten Antrag auf Einrichtung von Kruppen und Kindergärten durch die Gemeinde. Die Pflicht der Stadt, hier einzugreifen, wurde von unserem Genossen Weyl nachgewiesen, unter anderem aus einem Aufruf des Berliner „Vereins für Volkskindergärten“, der nach seinem eigenen Geständnis gegenüber den an ihn herantretenden Ansprüchen selber hilflos ist. Stadtvorordneter Rosenow, der zum Vorstand dieses Vereins gehört, konnte das nicht leugnen, aber er erklärte dessenungeachtet, eine Verstädtlichung der Kindergärten sei nicht wünschenswert. Die freisinnige Mehrheit war derselben Meinung und lehnte den Antrag unserer Genossen ab. Abgelehnt wurde nachher auch ein anderer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, die für die Zahnpflege in Schulen dem auf diesem Gebiet tätigen Verein eine noch größere Beihilfe gewähren wolle. Genosse Weyl begründete diesen Antrag, und ein Teil der Freisinnigen stimmte diesmal bei. Aber Stadtrat Romslau riet, „schrittweise“ vorzugehen, und in Befolgung dieses Rates fand sich dann die nötige Mehrheit gegen den Antrag zusammen.

Daß schließlich, nach dem Vorschlag des Ausschusses, der Heilsarmee die ihr vom Magistrat zugesagte Beihilfe verweigert wurde, sei nebenbei erwähnt. Der Ausschuß hatte sich den Bedenken angeschlossen, die in erster Lesung von sozialdemokratischer Seite vorgebracht worden waren. Im Plenum wurde gestern kein Wort mehr darüber verloren, weil an der Ablehnung der Subvention nicht zu zweifeln war. So mußte denn auch Stadtrat Fischbeil es sich verneinen, noch einmal in der komischen Rolle eines Protektors der Heilsarmee aufzutreten.

Die Königskolonnaden sollen tatsächlich nach dem Botanischen Garten verlegt werden. Diesen Vorschlag soll der Kaiser gemacht haben. Die Firma A. Wertheim will die Kosten für den Abbruch und die Wiederaufstellung des Bauwerks übernehmen. Da hat man nun ein Ortsstatut gegen Verunstaltung des Stadtbildes gemacht und kaum ist man damit fertig, wird bei der ersten Gelegenheit gegen den Geist und Sinn dieses Statuts gehandelt. Bemerkenswert ist allerdings, daß die Königskolonnaden Eigentum des Fiskus sind.

Ueber die Aufstellung der Kolonnaden im Botanischen Garten, den die Stadt erworben hat, liegen mehrere Projekte vor, von denen das des Stadtbaurats Hoffmann angenommen werden dürfte. Nach dem Plane des Stadtbaurats Hoffmann soll von dem Komplex des alten Botanischen Gartens ein 50 bis 55 Meter breiter Einfassungsgürtel ab-

gegrenzt werden, der als Umfahrtsstraße ausgebaut werden kann. Der Eingang zum Park soll auch hier in der Potsdamer Straße liegen. Die Kolonnaden würden also die neunzig Meter breite Eingangsstraße einfassen. Außerdem sollen sich nach beiden Seiten hin Neubauten im Stil der Kolonnaden anschließen, um den Hallen einen passenden Abschluß zu geben. Auch die neue Parkanlage, deren Schöpfung in den Händen des Gartenbau Direktors Broderjens liegt, dürfte für den Verkehr eine wichtige Neuerung bieten. Nach der Anlage sollen sich vom Mittelpunkt des Parks, einem riesigen Springbrunnen, strahlenförmig breite Wege nach der Pallas-, Eichholz- und Potsdamer Straße hinziehen, so daß man dann bedeutend schneller als bisher von der Potsdamer Straße nach einer der beiden anderen Straßen wird gelangen können.

Von der Brotteuerung.

Das Statistische Amt der Stadt hat jetzt das Ergebnis der regelmäßig vorgenommenen Ermittlungen der Brotpreise in Berlin auch aus dem Monat Dezember des abgelaufenen Jahres 1909 bekanntgegeben, so daß nun für das ganze Jahr 1909 die Preisbewegung zu überblicken ist und der Jahresdurchschnitt berechnet werden kann. Aus den Ermittlungen des Gewichtes des in 40 Bäckereien angekauften Roggenbrotes und Weizenbrotes (Schrippen) ergab sich als Durchschnittspreis pro Kilogramm:

Table with 3 columns: Month, Roggenbrot, Weizenbrot. Rows for Jan, Feb, Mar, Apr, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember, Ganzes Jahr.

Der Jahresdurchschnitt war in den letzten fünf Jahren:

Table with 5 columns: Year (1905-1909), Roggenbrot, Weizenbrot.

Wie man sieht, ist beim Weizenbrot auch in 1909 die Preissteigerung noch nicht zum Stillstand gekommen. Ermöglicht hat der Preis sich in 1909 beim Roggenbrot, aber auch hier ist der Rückgang nur erst gering. Insofern der Jahresdurchschnitt aus 1909 immer noch höher ist als der aus 1908 und sehr viel höher als der aus 1905. Das Kilogramm Roggenbrot im Durchschnitt von 1905 nur 24 1/2 Pf., dagegen im Durchschnitt von 1909 rund 30 1/2 Pf. — das bedeutet auf ein Pfund Roggenbrot in 1905 etwa 4 1/2 Pfund, aber in 1909 nur etwa 3 1/2 Pfund. Der minderbemittelten Bevölkerung hat die Hungertat, die ihr in den letzten Jahren — obenin in einer Periode allgemeinen Arbeitsmangels — zugemutet wurde, die Augen geöffnet über die „nationale“ Verteuerungspolitik.

Beschleunigung in der Steuerverwaltung. Die Beschlüsse der Gemeinden über ihre Steuern werden von den aufsichtführenden Behörden nicht immer schnell genug genehmigt. Der Minister des Innern hat deshalb jetzt die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten ersucht, der Angelegenheit ihre besondere Sorge zuwenden. Es handelt sich dabei um die Erteilung der Genehmigung und Zustimmung zu Beschlüssen über die Deckung des Kommunalsteuerbedarfs oder zu Steuerordnungen von Gemeinden und Kreisen. Besonders ist das Zustandekommen von Umsatz- und Wertzuwachssteuerordnungen durch einen zu langsamen Geschäftsgang in einigen Fällen so verzögert worden, daß zum Schaden der Kommunalverbände größere Werte der Besteuerung entgangen sind. Der Minister hat deshalb angeordnet, daß alle Angelegenheiten, die die Verteilung des Kommunalsteuerbedarfs auf die verschiedenen Steuerarten oder die Einführung oder Abänderung von Steuerordnungen in Gemeinden und Kreisen betreffen, unter dem Vermerk „Sofort“ in den Geschäftsgang zu geben und von allen Amtsstellen umgehend zu erledigen sind. Es sind dabei selbst Verzögerungen von nur wenigen Tagen zu vermeiden. Es soll auch darauf hingewirkt werden, daß die Bezirks- und Kreis-Ausschüsse so verfahren.

Der Ertrag der Hundsteuer ist in Berlin mit der Zunahme der Alkoholvereie für Luxusstunde andauernd gestiegen. Im letzten Etatsjahre (1909) waren vom Magistrat Berlin 785 500 M. als Einnahme aus der Hundsteuer im Etat festgesetzt worden. Diese Summe wird voraussichtlich überschritten werden. Für das kommende Etatsjahr 1910/11 sind deshalb vom Magistrat rund 800 000 M. als Reineinnahme aus der Hundsteuer in dem neuen Etatentwurf eingestellt worden.

Beim Postamt 58 in der Danzigerstraße 3 ist infolge einer Anregung des „Vorwärts“ an der Dausfront, dicht neben der Einfahrt, ein aus der Front weit herausragendes großes Emaille-schild angebracht worden mit folgender Warnung: „Zum Postdirektor, Amtszimmer, zur Hauptkasse, Rentienstelle und zu den Briefträgern nicht durch die Toreinfahrt, sondern durch den besonderen Eingang für Fußgänger.“ Es ist mal erfreulich, daß die Postverwaltung dem geäußerten Wunsch nachgegeben hat. Die Warnung ist um so notwendiger, als hier am Monatsbersten noch immer 3-400 Rentienempfänger ihre laufende Rente abgeben, während nur ein Teil der sehr zahlreichen Rentenbezugsberechtigten des Bezirkes die Rente an anderweiter, ungefährlicher Stelle ausgegibt erhält. Dem Publikum kann im eigenen Interesse nur dringend empfohlen werden, das jetzt deutlich sichtbare Warnungsschild genau zu beachten. Die baulichen Verhältnisse dieses Postamts sind, was die Postverwaltung eingesehen zu haben scheint, wohl so ziemlich die schlechtesten in ganz Berlin. Leider läuft aber der Mietvertrag mit dem Hausbesitzer noch bis zum Jahre 1917. Alsdann kommt die Postverwaltung um die Eröffnung des Postamts 58 in anderen geeigneteren Mieträumen nicht herum, wenn es nicht vorgezogen wird, in diesem Teile Berlins, der sich überraschend entwickelt hat, ein reichs eigenes Postgebäude zu errichten.

Die Deputation für die äußeren Angelegenheiten der städtischen höheren Lehranstalten hat sich in ihrer letzten Sitzung mit Errichtung einer höheren Mädchenschule im Stralauer Viertel und mit der stufenweisen Verlegung des Luisenstädtischen Gymnasiums in die Schönhauser Vorstadt im Prinzip einverstanden erklärt.

Wegen Kautionschwindsels festgenommen wurde gestern ein Kaufmann Karl Pätz, der in der Weissenaustraße eine Vertretung für eine Hochalouisenfabrik hatte. Pätz, der früher Maler war, hatte mit den Vertretergeschäften keinen Erfolg und legte sich nun auf den Schwindeln. Durch eine Stellenvermittlung in der Potsdamer Straße besorgte er sich junge Leute, denen er 700 M. Bürgschaft abnahm. Um sie in Sicherheit zu wiegen, ging er mit ihnen nach einer Bank und hinterlegte dort das Geld, aber auf seinen eigenen Namen. Sobald die jungen Leute den Aktien gewandt hatten, hob er den Betrag wieder ab und verbrauchte ihn für sich. Er sagte den Leuten auch nicht, daß er nur Vertreter sei, sondern gab sich für den Besitzer der Fabrik oder für deren Generalbevollmächtigten aus. Der Schwindeln mußte bald an Licht kommen, und Pätz wurde darauf gestern dingfest gemacht.

Tödlicher Unfall. Vorgestern morgen gegen 7 1/2 Uhr wurde die 8jährige Tochter Johanna des Schlossers Benzel Ritar, Chodowiedtstraße 88 wohnhaft, vor dem Grundstück Winger Straße 58 beim Passieren des Strahendammes von einer Karbidrostfahle überfahren und so schwer verletzt, daß sie bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus am Friedrichshain starb.

Zur Woldsche Krähholz. Der im Rixdorfer Kanal gefundene Oberkörper soll von den Gerichtsärzten noch genauer untersucht werden. Zugleich suchten Fischer mit dem Reg den Wasserlauf nach anderen Leichenteilen ab. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Krähholz auf dem Laubengelände in jener Gegend ermordet worden ist. Daß der Oberkörper von der Eisenbrücke ins Wasser geworfen sei, läßt sich nicht bestimmen sagen. Es kann auch weiter aufwärts, vielleicht an der Treptower Brücke, geschehen sein. Es kommt also für etwaige Beobachtungen, deren Mitteilung für den Fortgang der Untersuchung sehr wesentlich ist und auch einen Anbruch auf einen Teil der Belohnung von 3000 M. begehrt, nicht bloß die Eisenbrücke, sondern jene ganze Gegend in Betracht. Wahrscheinlich hat der verdächtige Oberkörper längere Zeit auf dem Grunde gelegen, ist beim Aufstauen zunächst an die Eiswolle gestoßen und bei der Jertürmung dieser jetzt ganz an die Oberfläche gekommen. Die Arbeiter, die das Eis mit Stangen zerklüften, um es zum Abstreifen zu bringen, haben vorher von dem Palet nichts gesehen.

Ein schwerer Betriebsunfall hat sich gestern in der Maschinenzentrale für den Bezirk landwirtschaftlicher Maschinen, Tempelhofer Ufer 22, ereignet. Dort war der 20jährige Schlosser Karl D. aus der Wölfestraße mit der Reparatur eines undicht gewordenen Dampfseffels beschäftigt, während der letztere noch im Betriebe war. Wühlich entzündeten dem Kessel heiße Dämpfe in solcher Menge, daß der Schlosser, ehe er daran denken konnte, sich in Sicherheit zu bringen, schwere Brandwunden im Gesicht, beiden Armen und Händen und am rechten Unterschenkel erlitt. Der Verunglückte wurde in bestimmungslosem Zustande nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht und von dort nach Anlegung von Notverbänden nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt.

Berliner Kishverein für Obdachlose. Im Monat Januar nächstigen im Männeralter 15 400 Personen, wovon 7788 habeten, im Frauenalter 4528 Personen, wovon 1938 habeten. Arbeitsnachweis wird erteilt: für Männer: Wiesenstr. 55/56; für Frauen: Kolbergerstr. 30.

Um auch den Schülern Gelegenheit zu geben, den Vortrag „Der Kinematograph im Dienste der Wissenschaft und des Unterrichts“ zu hören, hat sich Herr Dr. Dreifern bereit erklärt, seinen Vortrag am Samstagabend nachmittags 4 Uhr für Schüler zu freien Preisen im Wissenschaftlichen Theater der Uronia zu wiederholen. Abends gelangt der Vortrag „Im Firmenglanz des Ober-Engadin“ zur Darstellung.

Volkshor und Arbeiter-Sängerbund. Der Vorstand des Arbeiter-Sängerbundes schreibt uns in Ergänzung der Ausführungen des Genossen Jwanzig:

Genosse Wöhre behauptet, aus mehreren sachlichen Gründen könnte der Volkshor dem Bunde nicht beitreten. Zum Beispiel: der Volkshor ist bestrebt, Werke großer Komponisten zur Aufführung zu bringen; der Arbeiter-Sängerbund dagegen pflegt nur Arbeits- und Arbeiterlieder. Hieran haben wir zu erklären, daß der Arbeiter-Sängerbund neben dem freien Lied, durch welches er bei Arbeiterfestlichkeiten, Weisfeiern usw. die Massen begeistert, auch künstlerischen Bestrebungen huldigt, was ja verschiedenes seiner Vereine des öfteren bewiesen haben; auch der Bund selbst an seinem am 11. Dezember 1909 gehaltenen Stiftungsfeste. Weiter behauptet Genosse Wöhre: Die dem Bunde angeschlossenen Vereine müssen gemeinsame Proben abhalten; das Statut schreibt vor, die Mitglieder müssen gewerkschaftlich oder politisch organisiert sein usw. In der nach der Sitzung am 12. November gehaltenen Aussprache haben wir dem Vertreter des Volkshors erklärt, daß die gemischten Chöre nicht verpflichtet sind, an den gemeinsamen Proben teilzunehmen; die weiblichen Mitglieder sind nicht verpflichtet, einer Organisation anzugehören. Jedoch halten wir es für selbstverständlich, daß Sänger, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, sich auch organisieren. Ferner haben wir erklärt, daß der Volkshor als Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes vollständig unabhängig seine Oratorien und andere Chormerke zur Aufführung bringen kann. Genosse Wöhre versprach hierauf, in der demnächst stattfindenden Sitzung dieses dem Chöre zu unterbreiten und uns dann Bescheid zu geben. Da aber die Mitteilung ausblieb, stellen wir das bereits erwähnte Ersuchen um Aufschluß, worauf eine ausweichende Antwort einlief. Aus diesen Gründen heraus glauben die Delegierten der Generalversammlung berechtigt zu sein, der dieser Tage mitgeteilten Resolution zustimmen zu lassen. Auch wir überlassen es jedem denkenden Arbeiter, sich ein Urteil über die Sache zu bilden.

Genosse Wöhre schreibt uns:

Auf die heutige Erklärung des Genossen Jwanzig in Sachen Arbeiter-Sängerbund gegen Volkshor stelle ich fest:

1. In der November-Sitzung des Vereinsauschusses handelte es sich um die Frage, ob der Volkshor eine bürgerliche oder proletarische Organisation sei. Das war die Hauptfrage; die Frage des Anschlusses an den Bund kam erst in zweiter Linie. Auch lautete der Beschluß des Aktionsausschusses dahin, am Begründungabend des Freitagabend diesmal weder Volkshor noch Arbeiter-Sängerbund mitwirken zu lassen. Das klingt ganz anders als Genosse Jwanzig es darstellt.

2. In Bezug auf die Frage der Organisation der Bildungsbestrebungen scheint Genosse Jwanzig zu meinen, daß der Arbeiter-Sängerbund die geäußerte Zentralinstanz für sie sei. Andere Leute sind in dieser Beziehung etwas anderer Meinung. Will der Arbeiter-Sängerbund zentralisieren, so hätte er damit unter den vielen kleinen Arbeiter-Gesangsvereinen noch nächstliegende Arbeit genug. Er brauchte sich deshalb nicht an dem Volkshor zu reiben, der, wie ich darlegte, ganz andere Ziele hat als er. Wenn Genosse Jwanzig die Liedervorarbeiten des Arbeiter-Sängerbundes als geringfügige darstellt, scheint er selbst nicht einmal dessen Statut ordentlich zu kennen. Die Erfolge, die der Chor bisher errungen hat, waren jedenfalls nur möglich dadurch, daß er sich ausschließlich auf seine spezielle Aufgabe konzentrierte.

3. Es ist längst bekannt, daß bei der Gründung des Chors vor sechs Jahren einige bürgerliche Herren seine Mitglieder wurden, deren finanzielle Unterstützung damals sehr willkommen war. Seit zwei Jahren aber hat der Chor ein neues Statut, das den Zutritt solcher Mitglieder ausschließt.

4. Es ist un wahr, daß der Chor je Geld aus bürgerlichen Stiftungen erhalten hat; es ist deshalb auch un wahr, daß ich dies „zugegeben“ haben soll.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Zur heutigen Stadtverordnetenwahl. Jetzt, vor einer Wahl hängen die bürgerlichen Herrschaften wieder das Mantelchen der Beamtenfreundlichkeit um. Sie wissen ja, ihre Praktiken kommen nicht an die Deffentlichkeit; vorstichigerweise klüchten sie, wenn Verordnungen ufw. auf der Tagesordnung stehen, immer in die geheime Sitzung. Weil unsere Genossen das doppelgängerige Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten in sozialen Fragen durch namentliche Abstimmungen wiederholt festgestellt haben und gegen diesen Verweis kein Zeugnis hat, hat man die Geschäftsordnung geändert. Gerade

die Behandlung der Beamten- und Lehrerbeförderungsvorlage seitens der Bürgerlichen, der sogenannten Beamtenfreunde, die die beste Gelegenheit diese Herren zu lenzeln. Wären wir nicht zum Stillstehen verpflichtet, wärelch, den Beamten und Lehrern würden die Augen übergeben über das Verhalten ihrer „guten Freunde“. Die jene Herren die Wähler einschlagen, zeigt sich jetzt auch bei der Kandidaten-aufstellung. Während man bei der vorigen Wahl um die katho-lischen Arbeiter zu ködern, in den für die Sozialdemokratie to-tschieren Bezirken einen katholischen Beamten als Kandidaten für die vereinigten Bürgerlichen aufstellte, hat man dies mal, weil ein Bezirk zur Wahl steht, welcher nach Ansicht der Bürgerlichen für sie besonders günstig ist, von der Kandidatur des katho-lischen Herrn Thau Abstand genommen und dafür einen „höheren antiluitantontanen Beamten“ aufgestellt. Man hofft, mit diesem Herrn als Kandidaten mehr Beamtenstimmen einzufangen und die genossenschaftlichen Katholiken glaubt man mit den nötigen nationalen Sbraten gegen die Sozialdemokraten einweisen zu können. Aus alle-dem geht hervor, daß, wer sich nicht zum Mitschuldigen an dem vor-stehend gekennzeichneten, geradezu volksfeindlichen Vorgehen der bürgerlichen Mehrheit machen will, am heutigen Freitag, den 4. Februar, seine Stimme abgeben muß für den Ver-treter der Sozialdemokratie, den Gewerkschaftsbeamten August Becker.

#### Rixdorf.

Dem Gasvergiftungstode rettete gestern nachmittag um 2 1/2 Uhr die hiesige Feuerwehr die Rohrleger Schäfer u. Puhlmann von der städtischen Gasanstalt. Die beiden Männer bestiegen auf dem Grundstück Jägerstr. 78 unter dem Hausfuß die Gasleitung aus und mußten diese auseinander nehmen. Während sie in einem Schacht liegend arbeiteten, strömte so viel Gas aus, daß beide die Bewußtsein verloren. Zum Glück machte der starke Gasgeruch Haus-bewohner auf die schwere Gefahr, in der die Rohrleger schwebten, aufmerksam. Sie holten die betäubten Männer aus dem Schacht heraus und riefen die Feuerwehr, der es nach vielen Mühen mit dem Sauerstoffapparat gelang, die Verunglückten in das Leben zurück zu rufen. Die Verunglückten wurden mit einem Krankenwagen nach dem Krankenhaus in Budow gebracht.

#### Charlottenburg.

Ein Unglücksfall hat sich am gestrigen Nachmittag in der städtischen Ober-Realschule in der Gerickestraße ereignet. In der Turnhalle fand für die zweite Klasse in der Zeit von 2 bis 3 Uhr Turnunterricht statt, an dem auch der 12-jährige Sohn Gerhardt des Amtsratskandamm 24 wohnenden Kaufmanns Sturm teilnahm. Als der Knabe Liegen an dem Red machte, vertieften ihn plötzlich die Kräfte, er stürzte von dem Gerät herab und blieb bewußtlos auf dem Fußboden liegen. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht, wo der anwesende Arzt einen doppelten Bruch des rechten Armes und leichtere Kontusionen am Kopf und an den Beinen feststellte. Nach Anlegung von Verbänden wurde der Schüler nach der elterlichen Wohnung über-geführt.

#### Wilmerdorf.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Nach einer Pause von vier Wochen hielt die Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wieder eine Sitzung ab. Die Sitzung scheint nicht ge-reicht zu haben, denn eine ganze Reihe der Mitglieder fehlten entschuldigt und unentschuldigt; und einer der Herren ließ sich sogar bis zum November dieses Jahres dispensieren, weil er seinen Wohnsitz für diese Zeit nach Neubabelsberg verlegt hat. Mit Recht drückte der Stadtverordneter Dr. Leidig seinen Zweifel darüber aus, ob ein so langes Schwänzen angängig sei. Nach Erzielung der geschäftlichen Mitteilungen schritt die Stadtverordnetenversammlung zur Wahl verschiedener Ausschüsse. Dann stand weiter auf der Tagesordnung die Wahl je eines Sonderausschusses für die Vorberatung des Ortsstatuts betreffend Gehalts- und Hinterbliebenenversorgung der Feuerwehrleute, die Vorberatung des Ortsstatuts betreffend Unfallversicherung für die städtischen Beamten, die Vorberatung des Gemeindefestbeschlusses betreffend Annahme, Ausbildung usw. der Zivilanwärter, und end-lich die Vorberatung der Vorlage betreffend Befestigung von Flußlinien für das Jüngerfeld östlich des Wilmerdorfer Sees, das bekanntlich zum Stadtpark ausgebaut werden soll. Wenn diese Ausschüsse nicht so arg den städtischen Interessen entgegen-arbeiten wie der ständig beschlußfähige Ausschuss zur Vor-berberatung der Wertzuwachssteuer, dann ist zu erwarten, daß Wilmerdorf im Laufe dieses Jahrhunderts auch noch zu etlichen sozialpolitischen Leistungen kommt.

Eine ausführliche Erörterung rief die Magistratsvorlage be-treffend die Wahl einer Deputation für die Errichtung eines Krankenhauses hervor. An der Hand eines reichhaltigen Materials leitete der Stadtverordneter Dr. Rosenberg aus-einander, daß das Verhältnis zwischen der Stadt Wilmerdorf und den Krankenhäusern des Kreises Teltow unhaltbar geworden ist. Beim Auscheiden aus dem Kreise wurde Wilmerdorf zur Annahme eines Vertrages gezwungen, der die Stadt zur Zahlung von rund einer Million Mark jährlich verpflichtet, wovon 100 000 Mark auf die Krankenhäuser des Kreises kommen. Hieron hat Wilmerdorf im Grunde genommen gar nichts, denn selbst das Recht auf Besetzung von 130 Betten in den Kreiskrankenhäusern, das der Stadt zugewilligt wurde, ist von höchst problematischer Natur. Die wenig die Krankenhausverwaltung dies Recht re-spektiert, zeigte Stadtverordneter Rosenberg an verschiedenen Bei-spielen. Ein vom dritten Stock aus dem Fenster gestürztes Kind wurde nicht aufgenommen, weil dem unglücklichen Beschöpf kein Geld zur Hinterlegung mit auf den Weg gegeben war. Während der Verhandlungen über die Aufnahme ward das Kind. Auch einem Wilmerdorfer Eisenbahnarbeiter, der einen schweren Ver-triebsunfall erlitten hatte, wurde die Aufnahme verweigert. Noch zahlreiche andere Beispiele führte der Berichterstatter an; im ganzen sind bis jetzt trotz des Vertrages etwa 200 Wilmerdorfer Kranke aus den Teltower Krankenhäusern abgewiesen worden. Herr Rosenberg beklagte sehr, daß die Stadt sich seinerzeit auf einen Vertrag verlassener Natur eingelassen habe, der ihr keinerlei Rechte gab und der Bürgererschaft kaum irgendwelche Sicherheit in Krankheitsfällen bringe.

Andere Stadtverordnete, so die Herren Dr. Helm und Dr. Grochtmann, nahmen das Krankenhaus zu Groß-Bühlerfelde in Schutz, und auch der Stadtrat Professor Beh-schlag glaubte auf die Gesundheitskommission verweisen zu müssen, an die man sich mit Beschwerden wenden könne. Einer Behauptung des Stadtverordneten Dr. Grochtmann gegenüber be-stitzt der Oberbürgermeister Habermann, daß der mit dem Kreise abgeschlossene Vertrag das Krankenhaus nur zur Aufnahme von 80 Wilmerdorfer Kranken verpflichte. Wilmerdorf habe damals versucht, mehr als 130 Betten für sich zu reservieren sowie eine Bestimmung durchzuführen, die die Stadt im Falle der Errichtung eines eigenen Krankenhauses vom Vertrag mit dem Kreise entbinde, doch habe der Kreis sich hierauf nicht ein-lassen wollen. Nachdem noch mehrere Stadtverordnete durch Hervorhebung verschiedener Beispiele die Unhaltbarkeit des gegen-wärtigen Zustandes beleuchtet hatten, beschloß die Stadtverordneten-versammlung, dem auf Wahl einer Deputation für Er-richtung eines Krankenhauses abzielenden Magistratsantrag zu-gestimmen.

Ohne Debatte nahm die Stadtverordnetenversammlung den Magistratsantrag auf Einsetzung einer Deputation für die Er-richtung eines Theaters an.

Eingehend wurde ein Magistratsantrag auf Ankauf eines Grundstücks zwischen Kaiser-Allee, Bahnhofsstraße und Prinzregentenstraße erörtert. Das 35 397 Quadratmeter große Grundstück soll der Stadt mit Stempelgebühr, Kosten für Straßen-regulierung usw. auf 2 006 250 M. zu stehen kommen. Von dem Gelände wird etwa der dritte Teil zur Erweiterung des See-

parks dienen. Der Magistrat glaubt, daß die Stadt sich durch diesen Erwerb künftig einen großen Einfluß auf die Gestaltung der Umgebung am See par sichern werde. In der Stadt-berordnetenversammlung begegnete die Vorlage lebhaftem Wider-stand. Man hielt den geforderten Preis für viel zu hoch; etwas verächtlich war es allerdings, daß die Vertreter des Grundbesitzes überhaupt vor den Laiken warnten, die der umfangreiche An-kauf von Grundstücken der Stadt auferlegen müßte. Gegen eine starke Minderheit wurde schließlich die Angelegenheit einem Aus-schuss zur Prüfung überwiesen.

Der von uns in Nr. 27 veröffentlichte Bericht über die Säuglingsfürsorge der Stadt Wilmerdorf enthält einen Schreibfehler. Für die Verpflegung eines Kindes tagüber sind nicht 20 Pf., sondern 30 Pf. täglich zu entrichten.

Der Pferdemissbrauch in Wilmerdorf. Magistrat und Ver-kehrsdeputation in Wilmerdorf haben die Errichtung von Pferdeomnibuslinien im Prinzip genehmigt. Sie sollen zur Verbesserung des Verkehrs zwischen den Hauptverkehrs-zentren der Stadt dienen; vor allem ist der Verkehr nach den künftigen Stationen der Untergrundbahn bei diesem Plan be-rücksichtigt.

#### Treptow-Baumshulweg.

Die Generalversammlung des Wahlvereins ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des verstorbenen Genossen Eber-hardt in üblicher Weise. Aus dem Geschäftsbericht, den der Vor-sitzende Genosse Ehm erstattete, war ein erfreuliches Steigen der Mitgliederzahl der Organisation und eine größere Zunahme der Abonnementzahl des „Vorwärts“ zu konstatieren. Die Zahl der Mitglieder liegt von 656 auf 812, eine Zunahme von 156; männ-liche Mitglieder 676, weibliche 136. Die „Vorwärts“-Leser stiegen von 1344 auf 1555, ein Mehr von 211. — Ein Antrag, den alten Vorstand bis Juli weiter zu bestätigen, wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt. Die Neuwahlen ergaben folgendes Resultat: erster Vor-sitzender Ehm, zweiter Vorsitzender Müller, erster Kassierer Michaelis, zweiter Kassierer Haas, Schriftführer Krause und Jakob. Als Revisoren wurden Rieley, Dah und Rade ge-wählt, als Expediteure Gramenz und Hornig. Als Beisitzerinnen leuchten die vorgeschlagenen Genossinnen eine Wahl ab, dieselben sollen in der nächsten Monatsversammlung gewählt werden, ebenso die Lokalkommissionmitglieder. — Die nächsten Punkte der Tages-ordnung wurden für die Vereinsberufung zurückgestellt.

#### Grünwald.

In dem vornehmen Villenort hatten sich die Gemeindevertreter in ihrer letzten Sitzung mit einigen für sie recht heiklen Dingen zu beschäftigen. Zunächst wurde für jahrhundertliche Pflüge der Schüler und Schülerinnen der Gemeindefest für das Jahr 1910 eine Summe von 500 M. bewilligt. Für die Verpflegung bedürftiger Schüler und Schülerinnen mit Milch enthielt der Statutenentwurf eben-falls einen Betrag von 500 M. Dieser wurde jedoch ge-richtig, weil das Bedürfnis dafür noch nicht ausreichend begründet erschein. Darüber, ob das Bedürfnis tatsächlich vorhanden ist, sollen weitere Ermitt-lungen angestellt werden. Dem gleichen Schicksal verfiel ein im Statutenentwurf enthaltener Betrag von 2000 M. für Errichtung eines Asyls für Obdachlose, weil das Bedürfnis für ein solches nicht vorhanden sei und weil sich die voraussichtlich sehr selten ein-tretende Notwendigkeit der Beschaffung von Obdach für Obdachlose in billigerer Weise befriedigen lasse. Die Lizenzplakate durch Verunreinigung der Bürgersteige durch Hunde haben trotz nochmaliger Aufforderung der Hundebesitzer, ihre Hunde möglichst in ihren Grund-stücken zu halten, keine Abnahme abzuweisen. Dergleichen legten die Klagen über Verelästigung und Beschädigung von Hund immer wieder. Aus all diesen Gründen billigt die Gemeindevertretung, die Steuer von jährlich 10 M. für jeden ersten Hund auf 20 M. und für jeden weiteren Hund in jedem Haushalte von 20 M. auf 40 M. zu erhöhen. Sollte auch diese Maßregel nicht genügend wirken, so steht, ohne Rücksicht auf den Antrag auf weitere Steuererhöhung, eine Verfügung in Aussicht, der zufolge Hunde auf der Straße an der Leine zu führen sind. Eventuell sollen auch Hundebesitzer, die ihre Hunde, wie dies in Wirklichkeit üblich ist, statt innerhalb ihres Grundstücks ihre Not-durst auf der Straße berühren lassen, in Polizeistrafen genommen werden. Der Etat der ordentlichen Verwaltung wird dann in Ein-nahme und Ausgabe auf 1 181 000 M., derjenige der außerordent-lichen Verwaltung auf 10 000 M. und der der Forstverwaltung auf 10 872 M. festgesetzt, so daß der Gesamtetat in Einnahme und Aus-gabe 1 181 872 M. beträgt.

#### Ober-Schöneweide.

Aktion! Jugend. Umstände halber kann der Einzug in das neue Jugendheim Sonntag, den 6. d. M. nicht stattfinden. Wir besuchen daher, unserem Programm gemäß, das Alte Museum. Treffpunkt 11 1/2 Uhr bei Rabe. Der Jugendausflug.

#### Mahldorf a. d. Ostbahn.

Die Gemeindevertretung, welche dieses Mal wider Erwarten beschlußfähig war, beschloß einstimmig die zwangsweise Ein-gemeindung des Rittergutes Mahldorf, nachdem wiederholte Verhandlungen mit den Besitzern ergebnislos verlaufen waren. Das von der Kommission vorgelegte Ortsstatut betreffend die An-stellung, Beförderung und Pensionsverhältnisse der Angestellten der Gemeinde Mahldorf wurde mit einigen kleinen Änderungen angenommen. Abgelehnt wurde dagegen, an den Pensionsverhält-nissen des Gemeindevorstehers etwas zu ändern. Es zeigte sich hier, daß dieselben Herren, welche den Gemeindevorsteher seinerzeit angestellt haben, nicht einmal die Pensionshöhe des von ihnen beschlossenen Anstellungsvertrages kennen. Dem Gemeindevorsteher wurde anheimgegeben, unter Vorlage dieses Vertrages der Ge-meindevertretung eine Vorlage zu machen. Bei dem Antrage des Gemeindevorstehers auf Bewilligung von Geldmitteln zur Schaffung einer Wächterkontrolle wurde von unseren Genossen gerügt, daß der Wächter außer seiner Tätigkeit als alleiniger Nachtwächter für den ausgedehnten Ort nach am Tage vier Stunden und länger als Schreiber oder Ge-meindebediener beschäftigt wird. Der Antrag wurde abge-lehnt, da die Kontrolle des Wächters schon hinreichend durch den Genarmen ausgeführt wird. Der Volksbibliothek wurden 100 M. zum Ankauf von Büchern bewilligt. (Mitglied der Kom-mission ist Genosse Käning.) Die Abtretung der Rechte und Pflichten einer Anteile zum Schulhausbau im Betrage von 8774,08 M. an den Schulverband wurde genehmigt. Dem Ver-trage zwischen den Separationsgenossen zu Mahldorf, den Be-sitzern des Rittergutes und der Landgemeinde Mahldorf betreffend die Heberreinigung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten auf dre politische Gemeinde wurde zugestimmt; die Kosten des Verfahrens trägt die Gemeinde.

#### Herzfelde.

Eine gut besuchte Volksversammlung folgte am Sonntag einem Vortrag des Genossen Wähler über: „Neue Lasten des Volkes ohne Rechte.“ Eine Diskussion über das eingehende Referat fand nicht statt.

#### Pantow.

Mit großen Hoffnungen trugen sich unsere bürgerlichen Gegner für die bevorstehenden Gemeindevahlen. Bekanntlich war es ihnen im vorigen Jahre unter dem Einfluß der damaligen bedauerlichen Vorgänge im hiesigen Parteienleben gelungen, uns von den in unserem Verstand befindlichen 8 Seiten (der gesamten dritten Ab-teilung) in der Gemeindevertretung 4 zu entreißen. Für diesmal hoffen sie nun nicht mehr und nicht weniger, als — alle vier in der dritten Abteilung zur Wahl stehenden Sitze einzubehalten. Sie sind dementsprechend auch schon jetzt äußerst rege. Alle Unterschiede in wirtschaftlicher, parteipolitischer und sonstiger Beziehung sind ausgelöscht. Wenn man von den paar Demokraten absieht, so haben, wie im vergangenen Jahre so auch gegenwärtig, wieder alle bürgerlichen Vereine, Klubs und sonstige Konventikeln unter

Führung des Reichsverbandes — wenn auch noch nicht frei und offen, so doch im Stillen und ohne Aufsehen — gegen uns mobil gemacht. Sogar eine funktionslose Kampfschar hat sich zu-sammengefunden in einem sogenannten „Reinigungsausschuss“, der sich offenbar betruhen fühlt, der Panower Sozialdemokratie den Schnadenstich zu geben. Aber auch unsere Genossen sind am Werke. Sie sind sich bewußt, daß ihnen die Ehrenpflicht obliegt, das ver-lorene Terrain wiederzugewinnen; ebenso wissen sie, daß es sich diesmal um ein ernstes Ringen mit einem nicht zu unterschätzenden Gegner handelt. Sie werden einen Stolz darin erblicken, die vier zur Wahl stehenden Mandate in der dritten Abteilung unserer Partei wieder zuzuführen und die hochgeschätzten Hoff-nungen der Bürgerlichen zusehen zu machen.

In der dritten Abteilung handelt es sich um Er-satz- und Ergänzungswahlen. Die Ersatzwahlen finden am 16. März in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt. Es stehen hier in den zwei Wahlbezirken je ein Nichtangesehener zur Wahl. Die Ergänzungswahlen werden am folgenden Tage, den 17. März, eben-falls in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends voll-zogen; in diesen beiden Wahlbezirken ist je ein Angesehener zu wählen. — Die Wahlen zur ersten und zweiten Ab-teilung sind Ergänzungswahlen, dieselben finden für die zweite Ab-teilung am 18. März von nachmittags 1—7 Uhr, für die erste Ab-teilung am 19. März von nachmittags 4—6 Uhr statt.

#### Waidmannslust.

Die in Hermsdorf tagende Generalversammlung des hiesigen Bezirkswahlvereins nahm den Bericht des Bezirksleiters Genossen Laidner entgegen. Im verflochtenen Geschäftsjahre fanden fünf Mitglieder- und drei öffentliche Versammlungen statt. Es konnte ferner eine erfreuliche Zunahme der Mitgliederzahl festgestellt werden. Den Bericht der Kassenberichte, welcher eine Einnahme von 462,70 M. gegenüber einer Ausgabe von 262,12 M. aufweist, gab Genosse Eng. Aus dem Bericht des Bibliothekars-Genossen Brandt ist zu bemerken, daß unsere Bibliothek einen Bücherbestand von 148 Bänden aufweist und dieselbe von 98 Genossen in Anspruch genommen worden ist. Der Bericht der Zeitungskommission wurde vom Genossen Wämel gegeben. Unter dem Punkte Vereinstangelegenheiten wurde ein Antrag des Genossen Hänel einstimmig angenommen, welcher besagt, das Geschäftsjahr um 1/2 Jahr zu verlängern, damit es mit dem des Kreises zusammen endet. Die gesamte Bezirksleitung bleibt bis zur nächsten Generalversammlung, welche im Juni stattfindet, in Funktion. An Stelle des Genossen Kugel, welcher nach Berlin ver-zieht, wurde Genosse Hofmann-Höben-Reuendorf als 1. Schriftführer gewählt. Zum Schluss sprach der 2. Bezirksleiter Genosse Liebold die Mahnung aus, auch ferner für eine rege Agitation Sorge zu tragen.

#### Mühlenbeck.

In einer zahlreich besuchten Volksversammlung für Mühlenbeck und Umgebung referierte am Sonntag im Wäselischen Lokal in Dackdorf Genosse Stadtm. Or u h l - Vidtberg über: „Wer regiert in Preußen?“ Nachdem der Referent den ganzen Jammer unserer preussischen Zustände ins richtige Licht gerückt hatte, ersuchte er die Versammelten, an dem Kampf für die Erringung des gleichen Wahl-rechts zum Landtag und zu den kommunalen Körperschaften regen Anteil zu nehmen. In der Diskussion machten die Genossen Käse-hagen und Max Brudmann die Mitteilung, daß den Mühlenbecker Genossen die Abschrift der Gemeindevahlliste ver-weigert worden ist. Es soll gegen diese wider den klaren Wortlaut der Ministerrede vom 1. März 1909 verstoßende Handlungsweise Protest eingelegt werden. Genosse W u h l forderte zur energischen Durchführung des Schnapsbottens auf, er wies auf die Wichtigkeit dieses Beschlusses gerade für die ländlichen Gegenden hin. Nachdem einige Erklärungen ihren Beitritt zum Wahlverein erklärt hatten, er-ludete der Vorsitzende die Versammelten, beim bevorstehenden Gemeindevahllkampf auf dem Posten zu sein.

#### Notawes.

Die Gehälter für die Gemeindebeamten sind in der letzten nicht-öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wie folgt festgesetzt: Baummeister und Rentant beziehen vom 1. April ab ein Anfangs-gehalt von 3000 M. und nach 21 Jahren ein Endgehalt von 5000 M.; Sekretäre und Friedhofsinpektoren 2200 resp. 4200 M. nach 24 Jahren; Assistenten, Kämmerer, Polizeiwachmeister, Oberfeuerwehrmann 1800 resp. 3000 M. nach 18 Jahren; Polizeiergenten 1400 resp. 2400 M. nach 24 Jahren; Polizeibetriebsbeamte 1250 resp. 2200 M. nach 24 Dienstjahren und 25 M. Mantelgeld neben der Lantime für die Steuererziehung. Die nicht mit Pensionsberechtigung be-schäftigten Gemeindebeamten erhalten folgende Gehälter: Diatone 1080 M. steigend alle 2 Jahre um 150 M. bis zum Höchstlohn nach 12 Jahren von 1980 M.; für die bautechnischen Hilfsarbeiter erfolgt die Steigerung des Einkommens wie bei den Assistenten, für den Baukontrollen wie bei den Polizeiergenten. Die Hilfs-boten erhalten statt 2 M. täglich 2,25 M., die Fried-hofsauflieger statt 1100 M. jährlich 1200 M. neben freier Wohnung. Das Grundgehalt des Elektromaschinenisten ist auf 1550 M. festgesetzt und steigt wie bei den Polizeiergenten; das Kleidergeld für letztere und für die Polizeiergenten wird von 75 auf 100 M., das des Polizeiwachmeisters und des Oberfeuerwehrmannes von 75 auf 125 M. erhöht. Es sind für das Rechnungsjahr 1910 im ganzen folgende Mehraufwendungen erforderlich: für die Besoldung der mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten 7028 M., für die Diatarien 890 M., für den Baukontrollen 200 M., für die Hilfs-boten 150 M., für die Friedhofsauflieger 300 M., für den Elektro-maschinenisten 50 M., für Kleidergeld 875 M., für Mantelgeld 100 M., hierzu die Wittwenkassenbeiträge für die pensionsberech-tigten Dienstbeamten mit 421 M., in Summa 9514 M. Da den Lehrern die unter 30. Juni 1909 gewährte Vorzahlung nicht in Abzug gebracht wird, soll den Beamten und Hilfsarbeitern für das laufende Rechnungsjahr ein Viertel der für 1910 in Aussicht genommenen Besoldungsaufbesserung als nichtpensionsfähige Zulage gezahlt werden, was für das Rechnungsjahr 1909 den Betrag von 2278 M. erfordert.

Das Gewerkschaftskartell nahm in seiner letzten Sitzung den Jahresbericht entgegen. Es haben im ganzen 81 Sitzungen statt-gefunden; auch wurde eine rege Korrespondenz geführt. Einer Ein-nahme von 1264,18 M. steht eine Ausgabe von 922,94 M. gegen-über. In den Ausschuss wurden gewählt: Engel als erster Vor-sitzender; Reinfeldt zweiter Vorsitzender; Förster Kassierer; Lamprecht Schriftführer; als Revisoren Schmell und Schmidt. In den Jugend-ausschuss wurden die Genossen Grnhl, Torba, Wendorf, Degener, Dohe und Dürre, und in die Lokalkommission Baute gewählt.

#### Spandau.

Eine von etwa 400 Frauen besuchte öffentliche Versammlung hörte am Dienstagabend im Wäselischen Lokal einen Vortrag der Genossin Frau Berta Lungwitz-Verlin über das Thema: „Die Finanzreform im proletarischen Haushalt.“ In 1 1/2 Stunden an-regenden Vortrage, welcher durch Beifallsstürme mehrere Male unterbrochen wurde, schilderte die Referentin die Einbrüche, welche in den Proletarierfamilien, durch Einföhrung der neuen Steuern hervorgerufen sind, besonders riefen die Zölle, Kaffee-, Tee- und Streichholzsteuern, welche das Budget des proletarischen Haushaltes am meisten belasten, unter den Frauen große Entrüstung hervor. Die Referentin forderte zum Schluss die Frauen auf, endlich mit dafür sorgen zu helfen, daß auch der Kreis Spandau-Potsdam-Ost-hauselland nach den nächsten Wahlen im Reichstag sozialdemokratisch vertreten ist. Der Erfolg des mit stürmischem Beifall auf-genommenen Vortrages war, daß sich nach der Versammlung ein großer Teil der anwesenden Frauen in den Wahlverein auf-nahmen ließ.

#### Potsdam.

Um die Rechtslage festzustellen, ob die Ende vorigen Jahres fastgehobenen Stadtverordnetenwahlen beendet sind oder ob für



